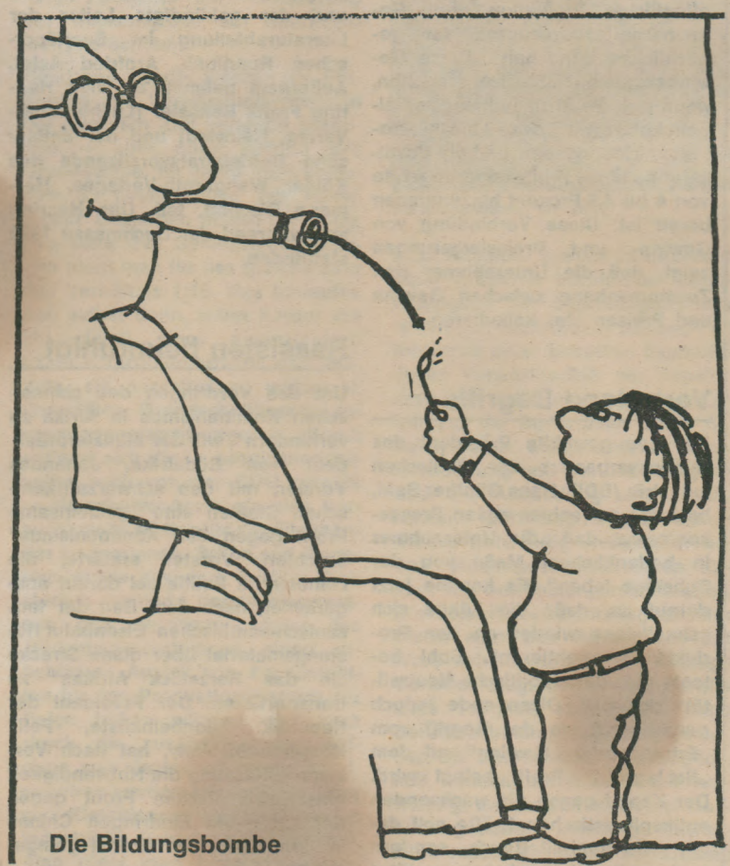
D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 31
März '72 DM 1,20

Bildungsreform - von Krupp zu Ford



Die Bildungsbombe

Zur Zeit vollzieht sich in Bonn der zweite Ministerrücktritt dieser Regierung. Der frühere und künftige Krupp-Vertreter auf dem Sessel des Bundesbildungsministers, Leussink, wird durch den früheren Ford-Manager Dohnanyi ersetzt. Mancherorts hat man den Rücktritt Leussinks zum Symptom für das Scheitern der sozialdemokratischen Bildungsreformpolitik aufgewertet. In Wirklichkeit bedeutet nicht der Rücktritt im Jahre 1972 das Scheitern der SPD-Konzeption, sondern seine Ernennung im Jahre 1969 war und bleibt das eindeutige Symptom für die Konzeptionslosigkeit der Sozialdemokratie auf einem Felde, dem die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung selber den Rang der höchsten Priorität zugewiesen hatte. Nicht die Person Leussink ist schuld an dem Scheitern eines sozialdemokratischen Bildungsprogramms, sondern die Ernennung Leussinks selber war Programm, sie erhellte schlaglichtartig die Tatsache, daß es ein sozialdemokratisches Bildungsreformkonzept gar nicht gab.

Die SPD hatte sich im Wahlkampf 1969 mit einem Reformprogramm von Carl-Heinz Evers geschmückt, aber nach der gewonnenen Wahl wurde Evers mit dem Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand bedient, während man sich einen Bundesbildungsminister holte, dessen Name Gewähr dafür war, daß die Reform nicht stattfand. Man holte sich einen scheinbar unpolitischen Fachminister, früheres Verwaltungsratsmitglied bei Krupp, der sich als Vorsitzender des Wissenschaftsrates einen Namen als Vertreter einer restriktiven Bildungspolitik gemacht hatte.

Nachdem das Evers-Papier gleich nach dem Wahlkampf in der Versenkung verschwunden war, wurden die Widersprüche innerhalb der sozialdemokratischen Bildungspolitik allen offensichtlich. Leussink als parteiloser Minister war nicht in der Lage, der Partei auch nur im Ansatz zu einer Konzeption zu verhelfen. Die SPD lavierte ständig zwischen unterschiedlichen Positionen. Zum einen wollte man mit einem Minimum an Reform die unzufriedenen Studenten und Schüler befrieden. Unter dem Druck der Studentenrevolte entstanden partiell reformfreudige Hochschulgesetze in einigen sozialdemokratisch regierten Ländern. Es gelang an einigen Orten, die Selbstbestimmung der Studierenden und Lehrenden über den Inhalt von Studium und Lehre durchzusetzen. Da man für solche Befriedungsreformen Leute brauchte, die grundsätzlich an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse interessiert waren, blieb es nicht aus, daß man an einzelnen Orten, wie z. B. Bremen, Kräfte gewähren lassen mußte, die die Reform über den ursprünglich gesetzten Rahmen hinaustrieben.
Die andere Linie sozialdemokrati-

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Andreas Lennert: Bildungsreform 1

Eva Brumlop: Streik in England 3

Hans Ulrich Megerle: Spiegel-Affäre 4

Vinzenz S. Josselsohn: Reservearmee 5

Georg Schleichert: Gemeinde-Finanzen 5

Max Moritz: Staatsbetriebe 6

Andreas Buro: Vietnam-Friedensvorschläge 7

Berufsverbot

Gert Schäfer: Präservativmittel 7

Michael Vester: Gegenreform — Die Fälle Brückner und Seifert 9

Strategie

Lucio Magri: Schüler- und Studentenbewegung in Italien 12

Verlagswesen

Bartels, Iirak: Krise bei Luchterhand 16

International

Hanegbi, Machover, Orr: Klassencharakter der israelischen Gesellschaft (Teil II) 18

Organisationen

GEW - Junglehrer 21

SLB-Tagung 22

Lehrerstrategie 23

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der Internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

Klar kalkuliert

Die Unternehmer streben in diesem Jahr nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter Abzug aller Steuern eine Erhöhung der durchschnittlichen Nettogewinne und Vermögenseinkommen um rund 14 % an. Grundlage für diese Zahl ist die kürzlich veröffentlichte Projektion des „Gemeinschaftsausschusses der gewerblichen Wirtschaft". Diese Gewinnexplosion läßt sich erreichen, wenn sich die Arbeitnehmer mit einem Lohnzuwachs um 6 bis 6,5 Prozent zufriedengeben und die Bevölkerung eine Preissteigerungsrate von 4 bis 4,5 Prozent hinzunehmen bereit ist. Diese Verbindung von Gewinn- und Preissteigerungen zeigt, daß die Unternehmer den Zusammenhang zwischen Gewinn und Preisen klar kalkulieren.

Verbotene Begriffe

Der neu gewählte Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans Günther Sohl, beklagte auf seiner ersten Pressekonferenz, daß „die Unternehmer in bedenklichem Maße von der Substanz leben". Es komme jetzt darauf an, daß „die Löhne sich schnellstens wieder an der Produktivität orientieren". Sohl betonte die „parteipolitische Neutralität" des BDI. Diese ende jedoch genau dort, wo der Begriff vom „Ertrag" oder „Gewinn" mit dem „Schlagwort" Profit belegt wird. Der Kampf gegen die wachsenden antikapitalistischen Kräfte soll damit nicht nur mit Berufs- sondern auch mit Wortverboten geführt werden.

Parallelen

Wer sich in Zukunft in Griechenland um eine Anstellung im öffentlichen Dienst bewirbt, muß in einem detaillierten Fragebogen Auskunft über seine politischen Ansichten und seine Vergangenheit bis zurück zum 18. Lebensjahr geben. Sogar über die politischen Meinungen seiner Verwandten muß der Bewerber Zeugnis ablegen. Die Fragen betreffen die Mitgliedschaft in einer Partei oder politischen Organisation. „Entsprachen die Ziele der Organisation direkt oder indirekt denen des Kommunismus? Hatten die Parteien oder Organisationen subversive Ziele? Haben Sie an Demonstrationen dieser Bewegungen teilgenommen? Teilen Sie die Namen der Organisationen mit, denen Sie im Ausland angehört haben." Die Anwärter müssen sich im übrigen verpflichten, den „nationalen Idealen und der legalen Gewalt mit Treue und Hingabe" zu dienen und „stets den Willen des Staates" zu erfüllen.

Hintergründe der Redakteursentlassungen

Die Hintergründe der Entlassungen mehrerer Schriftsteller und Journalisten sollen in einem vom Messerat der Frankfurter Buchmesse veranstalteten Hearing aufgerollt werden. Eingeladen sind die gekündigten Journalisten Eckart Spoo (Frankfurter Rundschau), Jörg Barczynski (Main-Echo, Aschaffenburg), Dieter Brumm (Der Spiegel) und der gekündigte Leiter der Literaturabteilung im Saarländischen Rundfunk, Arnfried Astel. Außerdem nehmen an dem Hearing Frank Benseler (Luchterhand-Verlag, Neuwied) und der entlassene Betriebsratsvorsitzende des Kölner Wengeroth-Verlages, Hermann Bischoff, teil. Das Hearing soll während der Buchmesse 1972 stattfinden.

Rassisten beunruhigt

Um das Vordringen des chinesischen Kommunismus in Afrika zu verhindern", will der Ministerpräsident von Südafrika, Johannes Vorster, mit den schwarzafrikanischen Staaten eine „gemeinsame Front gegen den Kommunismus" errichten. Vorster erklärte, die chinesische Politik sei darauf ausgerichtet, nach dem Bau der tansanisch-sambischen Eisenbahn Rüstungsmaterial über diese Strecke „in das Herzstück Afrikas" zu transportieren. Der Präsident der Republik Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, hat nach Vorsters Auffassung die Notwendigkeit einer afrikanischen Front gegen das drohende Eindringen Chinas in den schwarzen Erdteil „eingesehen".

Sozialistische Hilfe

Die Volksrepublik China hat Chile einen Kredit in Höhe von 70 Millionen Dollar bewilligt. Nach Angaben des Außenministers Almeyda haben mehrere sozialistische Länder Chile kürzlich Finanzhilfe angeboten, um die gegenwärtige Wirtschaftskrise abwenden zu helfen. Chile hat im Jahr 1970, zwei Jahre nach der Übernahme durch Präsident Allende, diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen.

Cabora Bassa

Die Angriffe gegen das Staudammprojekt von Cabora Bassa haben in jüngster Zeit stark zugenommen. Aus einem Lagebericht des portugiesischen Hauptquartiers geht hervor, daß sich die Kämpfe zwischen der Befreiungsfront für Mosambik (FRELIMO) und den portugiesischen Regierungstruppen besonders in der Region Tete abspielen, in der das Cabora Bassa-Projekt liegt. Cabora Bassa kann inzwischen nur noch per Flugzeug oder in einem Militärkonvoi erreicht werden, der einmal täglich die von den Guerilleros verunsicherte Strecke zwischen Cabora Bassa und Tete befährt.

Dogmatisches Abstempeln

Die Zeitung „Tygodnik" bringt eine Polemik des Nestors der polnischen Schriftsteller Antoni Slonimski gegen die bisher in Polen weitverbreitete Praxis des Abstempelns von Leuten, hauptsächlich solcher mit verschiedenen „Abweichungen", gegen die man keine anderen Argumente hat. Er schreibt: „Wenn wir solche Stempel tragen sollen, würde ich vorschlagen, daß sie ein Gültigkeitsdatum haben, wie dies bei der Medizin zu sein pflegt. Zum Beispiel: ‚Anzuwenden nur nach dem März', oder ‚nur während des Oktobers gültig', usw. Spielen doch Monate eine große Rolle in unserer Geschichte, wie der ‚Polnische Oktober', der ‚Polnische Dezember' etc. Der Stempel ‚Abweichler' verursacht Unannehmlichkeiten, ich persönlich aber habe noch mehr Abneigung gegen die Phrase ‚von einer feindlichen Position aus'. Wenn es nämlich schwer ist, ein Gegenargumnet zu finden, dann bleibt immer die kostbare, unschätzbare und beliebte Abstempelung ‚leeres Kritikastertum von einer feindlichen Position aus'. Aber wer soll darüber entscheiden, ob diese Position feindlich ist? In einer Diskussion müßten, wie in jedem anderen ehrlichen Spiel, feste Regeln von beiden Seiten beachtet werden. Man kann schwer Karten spielen, wenn irgend jemand, sobald er im Nachteil ist, einfach die unterste Karte zu oberst kehrt... Außer dem erwähnten Datum sollten die Stempel, die man uns aufdrückt, auch praktische Anweisungen enthalten; man müßte etwa den einen klar mit ‚Gift' und andere mit ‚An kühlen Plätzen aufbewahren!' oder ‚Vor Gebrauch schütteln' signieren. Persönlich würde ich es vorziehen, nicht ‚an einem kühlen Platz' aufbewahrt zu werden, denn kaltgestellt war ich schon."

Unterdrückung in Persien

Die massive Unterdrückung der persischen Opposition geht weiter. Nachdem Anfang Februar sechs Untergrundkämpfer zum Tode verurteilt wurden, fünf weitere zum Tode Verurteilte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt" wurden, begann einige Tage später ein neuer Prozeß gegen eine Gruppe von 20 Gegnern des Schah-Regimes.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Bildungsreform - von Krupp zu Ford

scher Bildungspolitik wird charakterisiert durch Kräfte, die das Bildungswesen einer innerkapitalistischen ökonomischen Globalsteuerung einpassen wollen. Die Ernennung des früheren Ford-Managers und späteren Schiller-Staatssekretärs Dohnanyi zum neuen Bildungsminister läßt erwarten, daß sich diese Linie in Zukunft noch verstärken wird. Schon unter Ludwig Erhard hatte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage in seinem Jahresgutachten 1965 darauf hingewiesen, „wie sehr die Produktivität der Investitionen in Sachkapital davon abhängt, ob zuvor genügend Mittel für Ausbildung, Forschung und technische Entwicklung eingesetzt wurden. Da die Investitionen in den Menschen nur langsam ausreifen, ist es geboten, sie langfristig zu planen". Aufgabe dieses Sektors staatlicher Infrastrukturpolitik ist es, einerseits die notwendige Zahl von Arbeitnehmern mit dem jeweils benötigten Qualifikationsniveau, andererseits das notwendige Maß profitabel verwertbarer wissenschaftlicher Erkenntnisse bereitzustellen. Der Versuch einer solchen, an langfristigen ökonomischen Bedürfnissen orientierten Bildungsplanung ist der vor wenigen Wochen in einer vorläufigen Fassung verabschiedete Bildungsgesamtplan. Er ist gekennzeichnet durch den Versuch einer straffen Lenkung der Auszubildenden in und durch die verschiedenen Ausbildungsinstitutionen. Die Instrumente, mit denen man z. B. die Einhaltung der vorgeschriebenen Kurzstudiengänge für etwa die Hälfte der Studenten administrativ erzwingen will, befinden sich schon in der Planung. Warnend wies in einem Bonner Hearing vor der Bund/Länder-Kommission selbst der Vertreter der Westdeutschen Rektorenkonferenz darauf hin, daß die geplante Zwangsexmatrikulation von Studenten schon einmal — 1966 in Berlin — der auslösende Funke für eine Studentenrevolte gewesen sei, der man erst nach Jahren Herr wurde.

Qualitative Änderungen sind kaum vorgesehen. Das wird an der Vorschuldiskussion deutlich. Die einschneidende Benachteiligung der Kinder von Arbeitern und kleinen Angestellten gegenüber den Bürgersöhnen im Gymnasium bleibt erhalten: Die Grundschule, auf die die Kinder aller Bevölkerungsschichten gehen und die an sich die Aufgabe hätte, familiäre Bildungsdefizite auszugleichen, bleibt weiterhin die Schule mit den größten Klassen und den am kürzesten ausgebildeten und am schlechtesten bezahlten Lehrern. Kompensatorische Erziehung im Kindesalter findet weiterhin in der Form statt, daß die Eltern die Versäumnisse und Mängel der Schule zuhause kompensieren müssen. Wo dies die Eltern nicht können, weil beide arbeiten, kommen die Kinder unter die Räder. Der Bildungsrat hatte vor Jahren die Einführung einer generellen Vorschule mit dem Ziel familiärer Bildungsdefizite vorgeschlagen. Er hatte aber eindeutig darauf hingewiesen, daß die Reform der Grundschule, in der heute noch an einzelnen Orten bis zu 60 Kinder in einer Klasse sitzen, Voraussetzung für die Einführung der Vorschule sein müsse. Jede denkbare Form emanzipatorischen Unterrichts in der Grundschule verlangt zwingend die Reduzierung der Klassengröße auf allerhöchstens 25 Schüler.

Bund und Länder werden die Förderung des Vorschulunterrichts in der nächsten Zeit verstärkt betreiben — aber ohne Reform der Grundschule. Im Jahre 1975 sollen sich 35 Grundschüler mit einem Lehrer begnügen müssen. Für die Oberstufe des Gymnasiums dagegen plant man für das gleiche Jahr das Verhältnis 1:16. Das bedeutet, daß selbst dann, wenn Kinder die Möglichkeit eines emanzipatorischen Vorschulunterrichts wahrnehmen, sie anschließend wieder in überfüllten Grundschulklassen zusammengepfercht werden. Damit entlarvt sich die — bezeichnenderweise auch von der CDU geteilte — Vorschuleuphorie als der Versuch, mehr Mütter für die Fließbänder zu gewinnen. Schon seit längerem wurde aus dem Schiller-Ministerium warnend darauf hingewiesen, daß die Planungsdaten des Bildungsgesamtplanes einen erheblichen Ausfall von Arbeitskräften für den Produktionsbereich zur Folge haben würden, der auch durch die zusätzliche Beschäftigung von Gastarbeitern nicht aufgehoben werden könne. Die Mütter von Kleinkindern sollen die neue industrielle Reservearmee werden. Also plant man Kinderbewahranstalten: Im Jahre 1975 27 Kinder in einer Gruppe und eine Kindergärtnerin bzw. Jugendleiterin für 40 Kinder.

Die notwendige Reform der Berufsausbildung im Interesse der Auszubildenden findet nicht statt. Statt dessen wird man den Unternehmern das Geld für überbetriebliche Lehrwerkstätten in die Tasche schieben. Die für die Bildungspolitiker in den letzten Jahren besorgniserregend angestiegenen Übergangsquoten auf weiterführende Schulen sollen mit der rigorosen Anwendung von Leistungstests gedrosselt werden. Über die unzureichende Aussagekraft derartiger Tests ist man sich im klaren. Ihre Funktion besteht in Wirklichkeit darin, unter dem Deckmantel der angeblichen Chancengleichheit und gerechten Auslese Schülerströme dahin lenken zu können, wo man sie zu brauchen glaubt. Einer ähnlichen Aufgabe soll häufig, soweit man sie überhaupt einführt, die Gesamtschule dienen.

Auch diese scheinbar gradlinige „technokratische" Linie sozialdemokratischer Bildungspolitik steckt in sich voller Widersprüche. Die langfristige Planung des Arbeitskräfteangebots mit Hilfe der Bildungspolitik setzt eine halbwegs zutreffende Bedarfsprognose voraus. Die ist aber, angesichts des völligen Fehlens gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftsplanung, nicht möglich. Sowohl im Interesse einer größeren beruflichen Unabhängigkeit der Beschäftigten vom jeweiligen Arbeitgeber als auch im Interesse einer besseren ökonomischen Verwertbarkeit der Arbeitskraft läge daher eine breitere, nicht nur auf die Bedürfnisse eines Arbeitsplatzes ausgerichtete Allgemeinbildung und Berufsbildung für alle. Die Ausbildung zum „Fachidioten" führt langfristig zu immer wieder notwendig werdenden hohen gesamtgesellschaftlichen Kosten für Umschulungsmaßnahmen. Die derzeitige Ausbildungsstruktur bietet aber den Abnehmern der Ware Arbeitskraft für sie wichtige Vorteile. Liegt der ersten beruflichen Tätigkeit eine relativ enge Berufsausbildung zugrunde, so haben die Unternehmer die Möglichkeit, einmal die Inhalte der notwendig werdenden weiteren Ausbildungsschritte selbst zu bestimmen, indem sie diese Fortbildung weitgehend innerbetrieblich oder in eigenen Ausbildungsstätten organisieren, und zweitens bleibt ihnen die Auswahl derjenigen überlassen, denen sie unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation das Privileg einer beruflichen Weiterbildung gewähren. Eine Beschneidung des unter Unternehmerverantwortung sich vollziehenden Ausbildungsanteils zugunsten einer Ausbildung unter öffentlicher Kontrolle stößt auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmer, weil auch eine technokratische Bildungsreform nicht verhindern kann, daß zumindestens partiell emanzipatorische Inhalte im öffentlichen Bildungswesen vermittelt werden.

Jede denkbare sozialdemokratische Bildungsreform setzt eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen in einer Größenordnung voraus, die einer — trotz aller öffentlichen Dramatisierung allerdings nur geringfügigen — Umverteilung im Einnahmesektor gleichkäme. Eine solche Finanzpolitik ließe sich nur auf der Basis einer Mobilisierung der Bevölkerung durch SPD und Gewerkschaften zugunsten einer Beschneidung der Unternehmereinkommen durchsetzen. Solange sich die SPD zu einer solchen Mobilisierungsstrategie nicht bereit findet, wird sie immer lavieren müssen zwischen den gegensätzlichen auf sie einwirkenden Kräften: den Ausbildungsinteressen ihrer Stammwählerschaft, den Herrschaftsinteressen der Unternehmer und jenen durch Namen wie Steinbuch und auch Leussink repräsentierten Gruppen, die eine Anpassung des Bildungswesens an die „Sachzwänge" der technologischen Entwicklung fordern. Für ein solches Lavieren war Leussink der ideale Steuermann.

Bildungsplanung für wen?

ANDREAS LENNERT

Bergarbeiterstreik in Großbritannien

Der mehrwöchige Streik der Bergarbeiter in Großbritannien, der nach Aussage der Regierung zu der härtesten Notstandssituation seit 25 Jahren geführt hat, offenbarte drastisch die ökonomische Dauerkrise des englischen Kapitalismus in seiner Spätphase. So haben alle Versuche der Regierung, durch Rationalisierungsmaßnahmen, Lohnleitlinien und Produktivitätsabkommen eine dem Profitbedarf fortschreitender Kapitalakkumulation adäquate Ausbeutungsrate herzustellen und damit dem englischen Kapitalismus zu einem Wiederaufschwung aus der Krise zu verhelfen. in den letzten Jahren rasch aufeinanderfolgende und langanhaltende Lohnkämpfe ausgelöst, die in erster Linie Reaktionen auf die vorhergehenden Maßnahmen des Kapitals waren. Die wachsende Intensität der Arbeit als Folge der kapitalistischen Akkumulation, die durch Maßnahmen der verschiedenen Regierungen seit den 60er Jahren in bisher ungekanntem Ausmaß forciert worden war, wie die als Mittel der

Umverteilung vorangetriebene inflationäre Strategie des Kapitals bedeuten schon beim Stillstand der Löhne ein Sinken derselben unter ihren Wert und damit eine wachsende Verelendung der Arbeiter.

Die Bergarbeiter stehen am unteren Ende der Lohnskala der Beschäftigten des sogenannten öffentlichen Sektors. In den ersten dreißig Jahren des 20. Jahrhunderts als Führer der Kämpfe der englischen Arbeiterklasse aufgetreten, sind sie seit Ende des Krieges durch Rationalisierung und Automatisierung, die eine massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge hatten, immer mehr in die Defensive und Isolation gedrängt worden. Die Kohle befindet sich in hartem Konkurrenzkampf mit billigeren Energielieferanten — Öl, Atomkraft, Erdgas — die bereits die Hälfte des Energiemarktes beherrschen. Eine Durchsetzung von Lohnforderungen, die eine Erhöhung des Preises der Arbeitskraft über ihren Wert beinhaltete, hätte unweigerlich eine Folge, die wiederum zusätzliche Grubenschließungen provozieren könnten. Die Bergarbeiter werden solange auf verlorenem Posten kämpfen, als es ihnen nicht gelingt, die Solidarität der in den anderen öffentlichen und privaten Branchen der Energiewirtschaft Beschäftigten zu gewinnen. Obwohl es zu lokalen Solidaritätsaktionen gekommen ist, hat der Dachverband der britischen Gewerkschaften eine Koordination gewerkschaftlicher Unterstützungsmaßnahmen abgelehnt.

Trotz der dem Bewußtsein der Beteiligten nach noch ökonomistischen Beschränktheit des Kampfes und seiner relativen Isolierung, sollte man diesen in seiner Bedeutung für die Existenzfrage des englischen Kapitalismus nicht unterschätzen. Wenn auch die meist partikularistischen Lohnkämpfe bisher noch keine bewußte politische Perspektive entwickelt haben, so läßt sich an der Schwere der sozio-ökonomischen Krise und der Härte der Auseinandersetzung doch ablesen, daß auch ein Kampf um die Verteilung der Einkommen auf der erreichten Stufe der Kapitalakkumulation nicht bloß ein Kampf um die materielle Besserstellung der Lohnabhängigen ist, sondern ein Kampf, der das kapitalistische System als profitorientiertes bedroht, so daß jede ernstere Lohnerhöhung, jeder größere ökonomische Kampf sich notwendig in eine politische Machtfrage wandelt. Gelingt es der Regierung auf Grund der Nicht-Existenz einer geschichtlich aktionsfähigen Arbeiterklasse, die bewußt auf eine sozialistische Perspektive hinarbeitet, die Löhne herabzudrücken, so könnte die Verschärfung der Krise hinausgezögert werden. Langfristig jedoch kann der Kapitalismus nicht mit einer ständig wachsenden Zahl von Arbeitslosen weiterexistieren, denn die dauernde Senkung des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft würde einen Zustand herbeiführen, wie ihn Marx und Engels bereits im „Kommunistischen Manifest“ voraussahen: „Die Bourgeoisie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz, selbst innerhalb seiner Sklaverei, zu sichern.“

EVA BRUMLOP

Ein Kapitalist verliert seine Skrupel

Vor fünf Monaten ließ Rudolf Augstein zur Rechtfertigung des Rausschmisses dreier linker Redakteure im „Spiegel“ mitteilen, in der Redaktion habe sich eine Fraktion gebildet, die dort „ihre Dogmen verwirklichen will“. Konkreter: „Die Vollversammlungsfraktion ... will den Redaktionsrat durch imperatives, jederzeit entziehbares Mandat abhängig wissen. Derart würden Personal-Details einer erstaunten Umwelt offen vor Augen liegen.“ Was jene Fraktion nur angeblich wollte, tat Augstein schließlich selbst. Er publizierte im „Spiegel“ Nr. 8/1972 diffamierende und überdies falsche Personaldetails über zwei weitere frisch gefeuerte Redakteure; so sei ihre Arbeit schon seit Jahren „gravierend beanstandet“ worden.

Was nach außen als Widerspruch erscheint, ist bei näherem Zusehen Teil einer langfristigen Strategie. Im Herbst des letzten Jahres hatte sich die Situation des Unternehmens, dessen Alleininhaber Rudolf Augstein damals war, aus mehreren Gründen verschlechtert. Der branchenweit zu beobachtende Anzeigenrückgang wurde durch die versteckten Drohungen aus der Industrie verschärft, mit Werbung lieber gefügigere Magazine zu versorgen. Pläne für die Gründung zumindest eines konkurrierenden Nachrichtenmagazins kursierten seit Monaten. Darüber hinaus sah Augstein die Wahl ausschließlich linker Redakteure in den Treuhandausschuß als Gefährdung seines Plans, Demokratisierung und Mitbestimmung durch ein Angebot von Mitbeteiligung zu verhindern, das ihm sowohl die Verfügungsgewalt über das Unternehmen, als auch die vielleicht letzten fetten Jahresgewinne der Jahre 1970—1972 sichern sollte.

Die Opferung der Redakteure Alexander von Hoffmann, Hermann Gremliza und Bodo Zeuner bot sich als Ausweg an, weil damit sowohl die Mitbestimmungsinitiative geschwächt, als auch die Industrie beruhigt und der politische Kurs des Blattes den neuen Gegebenheiten besser angepaßt werden konnte. Augstein, dessen liberale Vergangenheit als Publizist der erforderlichen Brutalität beim Durchsetzen seiner Kapitalinteressen noch im Wege stand, kündigte ihnen unter dem Vorwand, die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bonner „Spiegel“-Redaktion mit ihnen, die in der Deutschland-Redaktion gearbeitet hatten, sei zerstört. Aber die Signalwirkung des Opfers durfte dabei nicht verlorengehen; so mußte er die politische Begründung nachreichen. Einen früheren Fall aus unmittelbarem Kapitalinteresse erfolgter Kündigung hatte er aus dem gleichen Grund dagegen nicht politisch motivieren können: Die Ersetzung des industriefreundlichen Chefredakteurs Jacobi durch den SPD-Herrenreiter Gaus sollte die anzeigenspendende Industrie nicht abschrecken, wohl aber die allgemeine Politisierung der Gesellschaft und deren modischen Linkstrend Ende der sechziger Jahre mit Profit auffangen.

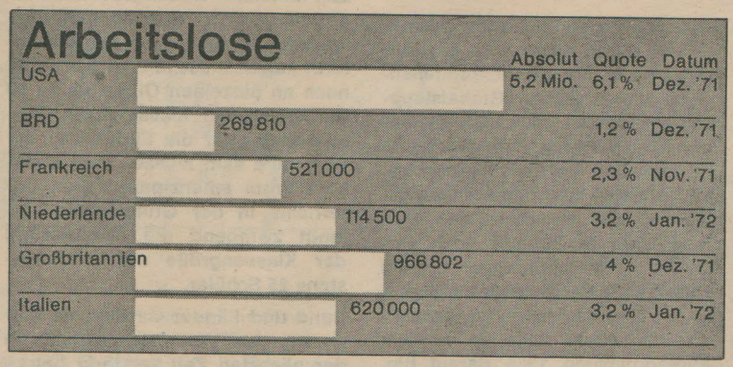
Augsteins Entschlossenheit, seine Kapitalinteressen nicht länger durch liberale Gesten zu gefährden, wuchs, als sich zeigte, daß die Redaktion durch die Kündigungen zwar eingeschüchtert worden war, daß aber zugleich die Kritik am Mitbeteiligungsmodell zunahm. Grund dafür war einerseits die Sorge der Betriebsangehörigen, sich mit Steuern in Höhe von mehreren Millionen Mark für die 1973 zu übernehmende Hälfte der Kapitalanteile belasten zu müssen — bei ungewissen Gewinnerwartungen. Andererseits hatte Augstein die Einbehaltung der Gewinne von 1970 bis 1972 (nominell und fiskalisch hatte er den Betriebsangehörigen die Hälfte davon überschrieben; gleichwohl flossen sie als „Kaufpreis“ für den Kapitalanteil in Augsteins Tasche zurück) damit begründet, Schulden abtragen zu wollen. Die 40 Millionen Mark, die er dann im Herbst für den Verkauf von 25 % seiner Anteile am „Spiegel“ an Gruner & Jahr erlöste, sollten nicht dazu dienen, diese Schulden vorzeitig zu tilgen und die Mitbeteiligung beschleunigt einzuführen — ungerührt verleibte er sie seinem Privatvermögen ein.

Als die Jahresübersicht für 1971 schließlich einen Anzeigenrückgang von fast 20 % ergab, amputierte Augstein noch einmal zwei linke Redakteure: Otto Köhler und Dieter Brumm. Köhler wurde — unüberhörbar für die Anzeigenkunden — mitgeteilt, eine „tragfähige Übereinstimmung über Thematik, Gestaltung und Kontinuität der Pressekolumne“ habe „zu keinem Zeitpunkt seit Vertragsbeginn bestanden“; gegen seinen Willen also, so wollte man der Öffentlichkeit weismachen, habe der „Spiegel“ sechs Jahre lang Köhlers Kolumnen veröffentlicht. Brumm, unter anderem durch ein im letzten Jahr im List-Verlag publiziertes Buch „Gespräche mit Sozialisten“ bekannt geworden, sollte gekündigt werden, weil er sich nicht genügend profiliert habe, Nachfolger seines Ressortleiters zu werden. „Mit diesem Argument“, so Brumm, „könnten 80 % aller „Spiegel“-Redakteure gekündigt werden“.

Die Kündigungen und ihre Begründung waren so durchsichtig gehalten, daß es die öffentliche Meinung Augstein diesmal ersparte, eine politische Begründung nachschieben zu müssen. Lediglich Nina Grunenberg leistete in der „Zeit“ ein Übersoll von Anpassung an die vermeintlichen Verleger-Interessen; sie verteidigte das Absurde, wo Augstein lieber Proteste sah. Aber wiederum war die Signalwirkung nicht allein entscheidend, obwohl sie diesmal besser funktionierte und Augstein sogar glaubte, mit dem öffentlichen Zweifel an der beruflichen Qualifikation den Gekündigten noch einen Fußtritt im eigenen Blatt zu versetzen. Köhler und Brumm hatten sich auch durch fundierte Kritik am immer schwächer werdenden demokratischen Engagement vieler „Spiegel“-Beiträge hervorgetan, und Brumm, einer der Mitbegründer der Initiativen für ein Redaktionsstatut, war in mehrere Redaktionsvertretungen gewählt worden und Augstein dort wegen seiner Hartnäckigkeit unangenehm aufgefallen.

So besteht denn kein Anlaß, an der Qualifikation Rudolf Augsteins als Kapitalist noch länger zu zweifeln; wie in einem Lehrstück wurde deutlich gemacht, daß Fehler begeht, wer Kapitalisten nicht von ihren Kapitalinteressen her begreift. Wichtiger ist die Frage, in welchem Ausmaß Mitbestimmung im kapitalistischen System betriebsintern durchgesetzt werden kann, und auch darin ist das „Spiegel“-Beispiel lehrreich. Offene, durch keinen organisatorischen Rückhalt von außen gesicherte Initiativen können zwar zu einer relativ schnell erreichbaren Mobilisierung führen, sind aber im Konfliktfall auch schnell zu zerschlagen.

Brumm und die Redakteure um ihn gründeten nach dem Fiasko der Statutenbewegung, das mit den ersten drei Kündigungen besiegelt war, eine Betriebsgruppe der dju in der IG Druck und Papier. Sie



verteilten an die Delegierten des Medienparteitages der SPD ein Flugblatt mit Hinweisen auf ihre Erfahrungen im Kampf um die innere Pressefreiheit, mobilisierten erstmals Gewerkschaftsmitglieder aus anderen Hamburger Redaktionen für eine gemeinsame Strategie und stellten eine Gewerkschaftsliste für die Betriebsratswahl auf. Am gleichen Tag, an dem Brumm als Sprecher der Betriebsgruppe sein schriftliches Einverständnis zur Kandidatur erklärt hatte, erhielt er die Kündigung. Merke: „Wollt ihr beweisen, daß dieser Staat rettungslos abgestunken ist und daß etwas anderes nötig ist, das ihr heraufführen wollt, dann sagt uns das. Vielleicht machen wir mit." (Rudolf Augstein auf der Frankfurter Buchmesse 1967.)

HANS ULRICH MEGERLE

Arbeitslosigkeit und Walhall des Kapitals

Das vom Spiegel-Verlag zusammen mit McGraw-Hill („Business Week") herausgebrachte „Manager-Magazin" („Sie gehören zum Kreis derjenigen, die in leitenden Positionen tätig sind. Sie gehören zu den Entscheidern in der Wirtschaft und darum zur Führungsgruppe, für die MM gemacht wird") läßt durch seinen Chefredakteur Leo Brawand im Februar-„briefing" fragen: „Stabilität durch Arbeitslosigkeit?" Schließlich gäbe es keinen Personalchef, dem nicht schon einmal die zornige Bemerkung entschlüpfte: „Eine Million Arbeitslose müßten wir haben, dann stünde es besser um die Arbeitsmoral in Deutschland." Zwar hat nach Herrn Brawands Verstand die „industrielle Reservearmee längst im Walhalla der Geschichtsbücher Quartier bezogen" — während des „Konjunkturabstiegs" gelte es jedoch, „Leistungsreserven zu mobilisieren", was schließlich „für unsere im Weltverbund stehende Wirtschaft zwingend geboten" sei. „Gemeint ist damit jene Konjunkturlage, in der Unternehmer im schärfsten Wettbewerb um Aufträge kämpfen, und gleichzeitig die Arbeitnehmerschaft aus Furcht um ihre Arbeitsplätze Höchstleistungen an Fleiß und Produktivität vollbringt." Natürlich erscheine der Zusammenhang zwischen hoher Beschäftigung und niedriger Arbeitsproduktivität als evident. Aber unter Politikern sei die Frage, wieweit man die Konjunktur abkühlen und insbesondere die Arbeitslosenziffer ansteigen lassen könne, tabu. Doch erklärte der verstorbene Herr Blessing in seinem letzten Interview offen: „500 000 Arbeitslose würde ich auch jetzt politisch für möglich halten. 1967 hat die Regierung sogar fast 700 000 verkraftet." MM meint, „wie hoch Bonn die Zahl der Arbeitslosen in der BRD steigen lassen kann, ist nicht nur eine Frage der möglichst umfassenden sozialen Absicherung der Betroffenen, sondern auch der politischen Nervenstärke." Denn schließlich stünden wir in der BRD gut da; was ist schon unsere Arbeitslosenquote von 1,2% etwa verglichen mit der der USA von 6,1% (beidemal vornehm gerechnet).

MM's Walhall liegt zwar nicht im Teutoburger Wald, aber vor aller Augen. Wer die industrielle Reservearmee nicht sehen will, will sie wenigstens spüren: „Praktiker aus der Abkühlungsphase vor fünf Jahren haben denn auch", so verkündet MM, „eindeutige Veränderungen in Erinnerung. Als sich beispielsweise die damaligen NSU-Motorenwerke in Neckarsulm von 30 Bummelanten trennten, zeitigte das laut Auskunft der Geschäftsführung phantastische Ergebnisse". In den USA werden gerade, in vereinigter Öffentlichkeitsarbeit, 5% Arbeitslosigkeit als die „Arbeitslosenrate bei Vollbeschäftigung" verkündet. Ein weiteres Ansteigen der strukturellen Arbeitslosigkeit gilt als unvermeidlich. Die „Dropouts" werden schon gar nicht mehr statistisch berechnet; sie erscheinen, auch wenn sie nach Millionen zählen, nicht länger als zählende gesellschaftliche Größen. Die hungernden Massen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verhungern in Walhall.

Nach Annemarie Rengers revolutionären Vorschlägen zur Entwicklungshilfe (siehe „links", Januar 72) lesen wir gerade, daß Kreise der deutschen Wirtschaft am Import ungelernter farbiger Arbeiter aus Süd- und Südwestafrika dringend interessiert seien. Das Gastarbeitermaterial aus den europäischen und nordafrikanischen Zonen von Walhall scheint zu anspruchsvoll zu werden? Aber stelle sich einer vor, die rasch importierten Ovambos gründeten in Köln ein zentrales Büro der C.P.O. (Kommunistische Partei der Ovambos) — zurück nach Walhall mit ihnen! Wozu in die Ferne schweifen, wo das Gute liegt so nah? In dem Maße, wie der Wirtschaftsraum der EWG tatsächlich integriert wird und multinationale Konzerne ihn beherrschen, wird sich auch seine Arbeitslosenrate angleichen. Die weltwirtschaftlichen Privilegien der westdeutschen Exportindustrie, von denen die Vollbeschäftigung hierzulande wesentlich abhing, werden langfristig verschwinden. Der „Economist" prognostiziert: Die DM sei immer noch unterbewertet, deshalb ergäbe sich 1972 ein neuer Exportboom der Westdeutschen, womit die nächste Währungskrise für 1973 bereits feststehe. Wird es so lange dauern?

Zweifellos sind jedoch die längerfristigen Voraussagen richtig, daß der „bundesdeutsche Exportmerkantilismus der vergangenen zwanzig Jahre" vorbei ist, damit auch die „Belle Époque der großen Exportgewinne" (MM). Die westdeutschen „Arbeitnehmer", die in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem guten Teil auch von den günstigen terms of trade auf den Weltmärkten lebten (und damit auf Kosten ihrer Klassengenossen in anderen Ländern), werden die Internationalität des Kapitals nun mehr und mehr anders zu spüren bekommen. Ihr Lebensstandard, d. h. ihre Reallöhne und der zivilisatorische Wert ihrer Arbeitskraft hängen stärker als zuvor unmittelbar von der Steigerung der Arbeitsproduktivität, d. h. von technologischem Fortschritt und verstärkter Mehrwertauspressung ab. Die von der Rezession erhoffte Erhöhung der Arbeitsintensität mit Hilfe der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wird sich auf den Mechanismus der drohenden und realen industriellen Reservearmee ebenso stützen können wie sich die Rate technologischer Arbeitslosigkeit in den entwickelten kapitalistischen Ländern erhöhen wird. Die Gewerkschaften warnen vor dem Geschäft mit der Angst um den Arbeitsplatz. Das Geschäft ist in vollem Gange.

VINZENZ S. JOSSELSOHN

Gemeinden

Man hat es wieder einmal geschafft, ein Problem in unserer Gesellschaftsordnung zu verdrängen, das in regelmäßigen Abständen von den Repräsentanten der Kommunen an die Öffentlichkeit gebracht wird. Der Bremer Bürgermeister Koschnick hatte die Finanzmisere der Gemeinden klar aufgezeigt und die Folgen einer Nichtbehebung angedeutet. Pflichtschuldig hatte die Presse ihre Kommentare veröffentlicht und dann dieses „Thema" ad acta gelegt.

Vielleicht bringt dieser Vorstoß den Gemeinden bei der nächsten „Reform" der Gemeindefinanzen mal wieder drei Pfennig mehr Mineralölsteuer pro Literverbrauch oder ein Prozent mehr Anteil an der Einkommen- und Lohnsteuer. Damit wäre der stetig sinkende Anteil der Gemeindesteuern an den Gesamtsteuereinnahmen etwas abgeflacht, ebenso wie die stetig steigende Verschuldung, und man hätte vor der Finanzmisere der Gemeinden für einige Jahre Ruhe. Auf diese Weise schob man schon die ganzen Jahre die Lösung dieses Problems auf die lange Bank, etwa durch Umstellungen der Finanzeinnahmen mit leichten Vorteilen für die Gemeinden, durch Erhöhung der Landeszuweisungen, durch die die Selbständigkeit der Gemeinden untergraben wird oder durch Verabschiedung eines Städtebauförderungsgesetzes.

Mit Fleiß wird in der Öffentlichkeit die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen und kommunalen Verbände als ein reines Problem knapper finanzieller Mittel dargestellt. Die eigentlichen Ursachen werden beharrlich verschwiegen.

Deutlich und für jeden spürbar wird das Wort von dem privaten Reichtum und der öffentlichen Armut im täglichen Leben in Stadt und Gemeinde. Mit allem persönlich möglichem Komfort ausgerüstet, einem Komfort, von dem ein Großteil überflüssig ist, spürt der einzelne Bürger am eigenen Leib den fehlenden Kindergarten und das fehlende Altersheim, den fehlenden Platz in der Klinik und das mangelnde Bildungsangebot, er spürt die Wartezeiten des ungenügenden Nahverkehrs und die mangelhaften Möglichkeiten, sich sportlich zu betätigen. Hier wird der gesellschaftliche Hintergrund dieser Misere deutlich. Denn privater Reichtum bedeutet nicht nur Ausstattung des Einzelnen mit Konsumgütern, sondern Profit und wirtschaftliche Macht und damit politische Macht für die Industrie. Welcher Politiker wird es wagen, diese freiheitliche Grundordnung in Frage zu stellen? Die an sich selbstverständliche Forderung nach einer Umstrukturierung der Produktionsziele würde dies gesamte System in Frage stellen. Eine solche Umstrukturierung, und nur sie könnte die Gemeinden grundsätzlich finanziell sanieren, würde dem Rentabilitätsprinzip der Unternehmer und damit deren unternehmerischer Freiheit widersprechen. Der Betrieb von Schulen, Kliniken und Altersheimen wirft ungenügenden Profit ab, ebensowenig wie der Betrieb von öffentlichen Verkehrsmitteln und ähnlichem. Für die Unternehmer sind das tote Investitionen, die keinen direkten Profit abwerfen, deren Benutzung ihnen aber Profit erwerben hilft. Man baue und verkaufe Autos und zwinge durch deren Vorhandensein die öffentliche Hand zum Straßenbau anstatt zum Neubau der öffentlichen Verkehrsmittel, so heißt das Erfolgsrezept. Dieser Widerspruch zwischen unternehmerischer Wirtschaftstätigkeit und den zum Teil durch sie hervorgebrachten sozialen Bedürfnissen verschärft sich zusehends. Aber die Verbindung der produktiven Investitionen der Privatunternehmen mit den kollektiven Folgekosten in Form einer umfassenden Wirtschaftsplanung würde zwar den Gemeinden helfen, ihre Probleme zu bewältigen und läge im Interesse der Menschen, aber sie würde zugleich die „freiheitlich demokratische Grundordnung" der Unternehmer beseitigen. Ohne die Beseitigung des kapitalistischen Systems ist also auch nicht die Finanznot der Gemeinden und die öffentliche Armut zu beheben. Der Widerspruch wird auch nicht durch die „linke Kommunalpolitik" aufzuheben sein. Doch können die dort entwickelten Vorschläge, die auch schon längere Zeit von den verschiedensten politischen Gruppen praktiziert werden, konfliktorientiert angewandt zu Ansätzen der Veränderung führen und damit durch Aktivitäten der Betroffenen zu notwendigen Bewußtseinsänderungen.

GEORG SCHLEICHERT

Staatsunternehmen in der BRD

Zu einem der ältesten, auch von der Sozialdemokratie verbreiteten Märchen der Staatsbürokratie gehört die Ansicht, staatliche Unternehmen („Der Bund als Unternehmer") böten dem „Staat" und den „Politikern" die Machtchance, als „Wirtschaftsführer" tätig zu werden und Märkte zu beherrschen, strukturpolitische Neuerungen voranzutreiben, Preisführerschaft auszuüben und die Wettbewerbsposition der Unternehmen in Staatsbesitz gegenüber der „Privatwirtschaft" überlegen zu gestalten. Trotz des quantitativ bedeutsamen Anteils „öffentlichen Eigentums in der BRD" und trotz der quantitativ vergleichsweise hohen Summen, die über die Staatshaushalte umverteilt werden, ist damit jedoch über die qualitativen Einflußchancen des „Staates" als „Monopolherr" im Wirtschaftsprozeß noch verhältnismäßig wenig ausgesagt. Ein Ende März 1971 vom damaligen Bundesfinanzminister Möller in Auftrag gegebenes Gutachten über den industriellen Bundesbesitz, das der Düsseldorfer Wirtschaftsprüfer Professor Potthoff ausarbeiten ließ und nun der Bundesregierung überreichte, kam zu dem Ergebnis, daß die Bundesunternehmen all jene monopolistischen Funktionen ganz und gar nicht erfüllen. Die Unternehmen seien zu klein, zu wenig konzentriert, zu wenig kapitalkräftig und vom Bund im Grunde gar nicht geführt. Tatsächlich herrschten divergierende Einzelinteressen vor, „Zielkonflikte" in der unternehmerischen Betätigung des Bundes. Weder verfüge der Bund in den teilprivatisierten Unternehmen über ein ausreichendes Entscheidungsrecht, noch sei es ihm gelungen, im öffentlichen Einflußbereich Branchenstrukturen zu verbessern oder gar als Wirtschaftspionier zu dominieren.

Auch in der BRD bestätigen sich somit die britischen Erfahrungen über den Staatseinfluß selbst bei verstaatlichten Unternehmen. Weit davon entfernt, selbst im kapitalistischen Rahmen nennenswerte ökonomische Machtstellungen der „politischen" Instanzen jenseits der allgemeinen Konjunktursteuerung zu errichten, unterliegen die öffentlichen Unternehmen nicht nur den kapitalistischen ökonomischen Widersprüchen im engeren Sinn, sondern darüber hinaus noch den ökonomisch vermittelten widersprüchlichen Interessen der einzelnen bürokratischen und politischen Instanzen. Diese Erfahrung gilt jedenfalls für Länder wie England, USA oder die BRD, während die stärkere etatistische Verflechtung des Kapitals – auch auf der Ebene der Einzelkapitalisten – in Frankreich oder Italien etwas andere Resultate nach sich zieht (und sie gilt natürlich auch nicht für Formen der Kriegswirtschaft sowie für die staatliche Sicherung der „allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion"). Jedenfalls können derlei Befunde einiges zur empirischen Überprüfung etwa der Theorie des staatsmonopolistischen

„Von der hat er seine Krankheit!"

Kapitalismus beitragen, die ja unter anderem von der Rolle des Staates als ökonomischem Monopolisten ausgeht. Was die Bundesregierung angeht, so ist zu hören, daß die lange geplante Neuordnung des industriellen Bundesbesitzes – nach diesem ernüchternden Gutachten – erst einmal auf die lange Bank geschoben werden soll, um die eingesessenen Einzelinteressen nicht allzusehr zu beunruhigen.

MAX MORITZ

Vietnam - Täuschung und Rüstung?

Als vor 18 Jahren die hoffnungslose Situation der französischen Truppen im Indochina-Krieg offensichtlich wurde, entschlossen sich Paris und – widerstrebend aber letztlich doch geschickt mitspielend – Washington durch eine internationale Konferenz auf diplomatisch-politischer Ebene zu retten, was noch zu retten war. Die USA lieferten dazu einschüchternde Begleitmusik: Der National Security Council schlug Ende 1953 eine enorme Verstärkung der Rüstung für eine Strategie der massiven Vergeltung vor, was die UdSSR und die VR China als deutliche Drohung an ihre Adresse empfinden mußten. Dulles versuchte, die kapitalistischen Industriestaaten zu einem Eingreifbündnis zu bewegen und verstärkte die finanzielle Unterstützung der Franzosen. Der damalige Vize-Präsident Nixon heizte die Atmosphäre der Drohung durch martialische Sprüche an.

Die Vietnamesen haben Genf 1954 nicht vergessen. Sie wissen, daß Verhandlungen auch bedeuten können: Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln, denn in Genf hat die vietnamesische Befreiungsbewegung viel von der militärisch gewonnenen Position wieder verloren. Für sie sind deshalb die Bedingungen, unter denen Friedensregelungen getroffen werden sollen, zum entscheidenden Kriterium für die Möglichkeit der friedlichen Beilegung des Konfliktes überhaupt geworden. Unter diesem Aspekt gilt es, die amerikanische Friedensofferte zu prüfen. Dabei geht es nicht allein um den Text des amerikanischen Verhandlungsangebotes, sondern wiederum auch um die Begleitumstände, unter denen es offeriert wird.

Die Begleitumstände sind: Die neue China-Politik Washingtons zielt darauf, die beiden den vietnamesischen Befreiungskampf unterstützenden sozialistischen Großmächte gegeneinander auszuspielen und dadurch nach Möglichkeit ihr weiteres Engagement zu schwächen. Die Bombardierung wird wiederum auf Nordvietnam ausgedehnt. Eine Bombe mit Wirkung ähnlich der von Atomwaffen wird eingesetzt. Nixon kündigt eine erhebliche Steigerung der Rüstung an. Rogers erklärt drei Tage nach der Veröffentlichung des US-8-Punkte-Planes: „Die USA seien bereit, jede Regierung in Südvietnam zu akzeptieren, die das Volk des Landes haben wolle. Die Einsetzung einer kommunistischen Regierung sei unannehmbar". (FR 29. 1. 1972). Nixon selbst krönt dieses alles, indem er in seinem Bericht zur Lage der Nation erklärt: „Wir werden in der Verteidigung unserer Interessen überall und jederzeit handeln, an welchem Ort der Welt sie auch bedroht sein mögen". In den Pariser Geheimverhandlungen war Nixon zwar bereit, mit Hanoi zu sprechen und dessen Neun-Punkte-Plan – wenn auch negativ – zu beantworten, die FNL und ihren Friedensplan jedoch ignorierte er. Dies könnte belanglos erscheinen, versteckte sich hierin nicht die alte These der USA, daß der Krieg in Südvietnam nur von den Nordvietnamesen geführt werde und ein südvietnamesischer Verhandlungspartner nicht existent sei. Das wiederum bedeutet die Zurückweisung des Anspruches der Befreiungsbewegung, eine genuine Vertretung des Volkes in Südvietnam zu sein, worum schließlich ja gekämpft wird. Das ganze Schauspiel rollt ab unter genauem Timing in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen. Muß sich die vietnamesische Befreiungsbewegung da nicht fragen, ob sie überhaupt der Adressat des Nixonschen ‚Friedensplanes' ist, oder ob er nicht nur vom agilen Kissinger für die „schweigende Mehrheit" und zur Gewinnung der schwankenden Minderheit in den Staaten geschrieben wurde?

Kernpunkt der Kontroverse über eine Verhandlungslösung des Krieges in Vietnam ist es, unter welchen Bedingungen eine Volksentscheidung herbeigeführt werden soll und kann. Ist es ohnehin schon etwas sonderbar anzunehmen, daß Revolutionen und Konterrevolutionen per Abstimmung beendet werden können, so ist es doch vollkommen ausgeschlossen, daß die revolutionäre Front Wahlen akzeptiert, die unter dem terroristischen Regime der Konterrevolutionäre inszeniert werden sollen. Diese hätten auch nach der Wahl alle Machtinstrumente weiter in der Hand, während die FNL sich im Wahlkampf weitgehend enttarnen müßte, um die eingeschüchterte Bevölkerung überhaupt nur zu erreichen. Die Forderung der FNL und Hanois nach einer Übergangsregierung in Saigon vor Abhaltung von Wahlen, die durch ihre personelle Zusammensetzung bereits die zu erreichenden Ziele: Frieden, Neutralität, Unabhängigkeit und Demokratie, zum Ausdruck bringt und trägt, ist deshalb unabdingbar. Der US-Plan sieht in diesem entscheidenden Punkte vor, daß einen Monat vor der Wahl Präsident und Vize-Präsident zurücktreten und der Präsident des alten Saigoner Senats die Geschäfte weiterführt. Der ganze Repressionsapparat bleibt also, denn der Präsident des Senats ist ebenso wie Thieu eine Figur der in Saigon herrschenden Kompradorenbourgeoisie. Daß gegen so geballte Macht eine ‚unabhängige Wahlkommission', die aus allen politischen Kräften des Landes zusammengesetzt sein soll, sich also gegenseitig fortwährend neutralisieren wird, zur Farce werden muß, ist kaum zu bestreiten. Wie man übrigens unabhängige und internationale Kommissionen übers Ohr zu hauen pflegt, ist nach 1954 in Vietnam hinreichend vorexerziert worden. Wer soll also auf einen solchen Schwindel außer den amerikanischen Wählern, den systemergebenen Presseagenturen und den ihre Elaborate abdruckenden bürgerlichen Zeitungen noch hereinfallen? Die Regierungen vieler westlicher Staaten fallen nur offiziell darauf herein. In Wirklichkeit akklamieren sie, weil ihnen wie Washington an der Täuschung gelegen ist.

Für das Wahljahr – und darüber hinaus generell als Herrschaftstechnik – hat sich Nixon, Spitze amerikanischer Herrschaftseliten, eine Maske ersonnen, die ihn von vorne als Friedensengel und von hinten als Kriegsgott erscheinen lassen soll. Den USA und der kapitalistischen Welt zugewandt, fächelt sich der Friedensengel Kühlung mit dem Acht-Punkte-Plan für Vietnam, während auf der Rückseite der Kriegsgott die Furien des Krieges gegen Vietnam starten läßt und zur erhöhten Prosperität der amerikanischen Bürger – so der Engel – die Rüstungsaufträge der Regierung kräftig steigert. Krieg den Hütten – Wohlstand den Palästen. Wahlen mögen auf diese Weise in den USA gewonnen werden können, Frieden in Vietnam ist so nicht zu haben.

ANDREAS BURO

Präservativmittel vor der Wahrheit

Die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst"

Gert Schäfer

Der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz sowie die gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers und der Regierungschefs der Bundesländer über „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" vom 28. 1. 72 bekräftigen auf Bundesebene, was schon in einzelnen Ländern praktiziert wurde: die exemplarische Unterdrükkung einzelner Sozialisten als „Verfassungsfeinde" und die allgemeine Bedrohung aller Sozialisten im öffentlichen Dienst durch ein Berufsverbot. Um einer allgemeinen und öffentlichen Darlegung und Definition der „Verfassungsfeindlichkeit" von formalen Organisationen zu entgehen, wurde dem allgemeinen Verdacht der Weg bereitet. Das damit ermöglichte Opportunitätsprinzip der Verfolgung überläßt es der Willkür staatlicher Instanzen, zu bestimmen, wer als Verfassungsfeind verfolgt werden soll, eröffnet überdies der Denunziation, der öffentlichen Herabwürdigung von Sozialisten und der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor. Die Verteidiger des „Rechtsstaats" sprechen allen rechtsstaatlichen Grundnormen Hohn.

Was bedeuten die Beschlüsse?

Die Beschlüsse bedeuten erstens, daß nicht automatisch jedes formelle Mitglied einer als verfassungsfeindlich bezeichneten Gruppe oder Partei betroffen ist, aber jedes Mitglied oder jeder „Sympathisant" damit rechnen muß und somit einer permanenten Bedrohung seiner Berufsposition ausgesetzt ist. Zu diesem allgemeinen, aber unbestimmten Abschreckungseffekt gesellt sich zweitens die exemplarische Maßnahme gegen einzelne, besonders exponierte oder auch zufällig herausgegriffene „Verfassungsfeinde". Allgemeine diffuse Bedrohung und besonderes Exempel ergänzen sich wechselseitig. Drittens wird der Abschreckungseffekt verstärkt und tätig ausgeübt durch die unvermeidliche Überwachung seitens der Staatsschutzorgane. Die geheimdienstliche Überprüfung jedes Bewerbers oder jedes „verdächtigen" Angehörigen des öffentlichen Dienstes verschafft auf der einen Seite den Staatsschutzorganen Arbeit und Geld, eröffnet auf der anderen dem Denunziantentum in Büros und Lehrerzimmern, in Instituten und Gerichten die schönsten Möglichkeiten. Gesinnungsschnüffelei wird jedem drohen, der sich irgend bei Vorgesetzten oder Wettbewerbern mißliebig macht. Ein allgemeines Klima des Verdachts kann sich überallhin verbreiten.

Ministerpräsident Stoltenberg erklärte verdeutlichend, daß die Beweislast der Verfassungstreue bei jedem einzelnen (verdächtigten) Bewerber liege. Eine öffentliche Begründung der Aussonderung von Unliebsamen brauche nicht erteilt zu werden. Vielleicht mögliche Verwaltungsgerichtsverfahren und Verfassungsbeschwerden sollen mit der rechten Auslegung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" elegant beantwortet werden. Die zu taktischen Kalkülen der Herrschenden verfügbaren Maßnahmen scheinen ein fugensicheres Instrument der Abschrekkung und Repression bereitzustellen. Aufgehen könnte dieses Kalkül jedoch nur dann, wenn die grundrechtlichen Normen im Rechtsauslegungsverfahren so verbogen würden, daß jede nicht dem Kapitalismus hörige politische Position als verfassungswidrig erscheint – das wird immerhin nicht leicht fallen und käme in der Tat einer politisch initiierten Verfassungsrevision auf dem Justizwege gleich.

Historischer Kontext

Die Bedrohung in Berufspositionen und der damit verbundene öffentliche Verdacht der Verfassungsuntreue sind die Antwort der Herrschenden auf jenen „langen Marsch durch die Institutionen", zu dem nicht zuletzt sie auf den Höhepunkten der antiautoritären Bewegung selbst aufgerufen haben – wer erinnert sich nicht an die wohltönend demokratischen Aufforderungen der damaligen Zeit, doch den Weg in die „demokratischen Institutionen" zu finden und von der „Gewalt der Straße" abzugehen. Offenkundig richten sich die Repressionsmaßnahmen heute vor allem gegen sozialistische Lehrer, Hochschullehrer und Juristen. Wer links vom rechten Flügel der SPD steht, wird als Wegbereiter oder Verfechter des „Linksfaschismus", des „Totalitarismus", der „Anarchie" usw., jedenfalls als Feind der „freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie", als Verfassungsfeind denunziert – von jenen, die zu den Trägern und Verbündeten des deutschen Faschismus gehörten. Kaum zu fassen, daß ausgerechnet jene, die wie selbstverständlich die fast vollständige Übernahme der ökonomischen, administrativen und publizistischen Agenten und Verbündeten des Faschismus in den Machtapparat der Bundesrepublik geduldet und gefördert haben, sich heute als Verteidiger der Demokratie aufspielen und die deutsche Linke als „totalitär" verteufeln. Aber die gesellschaftliche Heuchelei der „gesunden Mitte" ist von unendlicher Beständigkeit. Während treffliche Demokraten wie Arnold Gehlen, Werner Weber, Ernst Forsthoff (die Liste ist nicht weniger unerschöpflich), von den „Funktionseliten" wohl bestallt, wie selbstverständlich als Professoren in den Schaltstellen der Elitenfabrikation angestellt, bei maßgeblichen öffentlichen Veranstaltungen, wie Feierstunden im Bundestag, hofiert und von den „gemäßigten" Publikationsorganen wie der FAZ über Jahrzehnte hinweg gefeiert wurden, sehen sich Sozialisten als Verfassungs- und Staatsfeinde (von denselben Instanzen) verfolgt. Von tiefster Widerwärtigkeit ist in diesem Land nicht zuletzt die abgründige Heuchelei seiner feinen Leute, und nichts ist wahrer als der Satz Adornos: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie. Unterwanderung bezeichnet ein Objektives; nur darum machen zwielichtige Figuren ihr come back in Machtpositionen, weil die Verhältnisse sie begünstigen".

Aber haben wir nicht eine SPD-FDP-Regierung? Eine Regierung macht noch keinen Staat – das ist das Problem der Weimarer Republik auf politischer Ebene gewesen, und das ist die heute aktuelle innerpolitische Konfliktfront. In den Gazetten der Herrschenden ist mit rarer Deutlichkeit zu lesen, wen sie als wirklich aktuelle innenpolitische Gegner ansehen und wer durch die Kampagne gegen die sozialistische Linke getroffen werden soll: „Voll innerer Skrupel und politischer Rücksichten beobachtet die SPD-Führung unter Brandt die schleichende Entfernung eines nicht geringen Teils der Parteibasis von Godesberg. Vieles wäre nicht erklärbar ohne diese merkwürdigen Schwächeanfälle einer großen demokratischen Partei im Angesicht der totalitären Linken. Hier käme der Opposition die Aufgabe zu, mehrere Entwicklungslinien möglichst kühl und undemagogisch zu bündeln: die Wandlungen im ideologischen Unterfutter der SPD (und der FDP), die wachsende Verklemmung der Reformpolitik und die bedenklichen Einbrüche im Rechtsstaatsdenken auf dem linken Flügel" (FAZ, 9. 2. 71, S. 1 – nicht nur dort ist seit Monaten Tag für Tag dasselbe zu lesen).

Die Sprache dieser Herren ist ebenso schäbig wie ihre Denunziationen infam sind: sie sollen alles treffen, was hierzulande nicht zu den starren Hütern der kapitalistischen Autorität gehört. Selbst der zahme westdeutsche Liberalismus gilt ihnen als Wegbereiter des Marxismus (ein Urteil, das sie heute wie ehedem mit Hitler teilen). Dieselben Leute, die in der Zeit des Vorfaschismus der „Revolution von rechts" zujubelten, auf die ein Carl Schmitt das Wort münzte: „Legalität wird zur vergifteten Waffe, die man dem Gegner in den Rücken stößt" – dieselben Leute schämen sich nicht, die wirklichen Demokraten in diesem Lande als „Handlanger" der „Legalität der Hitlers vor der Machtergreifung" zu bezeichnen und sehen – nun deutlich in der Sprache des Nationalsozialismus – bereits jeden „etwas weltfremden Humanisten" und „hilflosen Liberalen" zum „Helfershelfer" des „Umsturzes" geraten (H. Schelsky in seinem wegweisenden, von den Herausgebern hochgejubelten Beitrag in der FAZ, 10. 12. 71). Jedes Wort, das diese Hüter der Verfassung über den Rechtsstaat verlieren, diskreditiert rechtsstaatliche Normen, reduziert sie darauf, eine willige Magd der Herrschaft zu sein. Jedes Wort, das sie für demokratische Institutionen einlegen, schmäht die Demokratie. Jeder Satz, der ihnen aus der Feder fließt, verrät ihre vollständige Korruption und ihren buckelnden Dienst an der herrschenden Klasse.

Stellenwert der Repression

Das Grundgesetz, auf das sich die öffentlichen Denunzianten berufen, hat einen durchaus ambivalenten Inhalt. Da es nicht ohne weiteres möglich ist, Sozialismus und Grundgesetz als unvereinbar zu erklären (obwohl dies etwa der oberste Hüter der Verfassung, der „streitbare Demokrat" Herr Benda, versuchte – siehe „links", Dezember 71), müssen die Sozialisten als antidemokratische Kräfte verfolgt werden. Die Interpreten der herrschenden Klasse haben es in der Zeit seit 1949 fertiggebracht, eine herrschende Grundgesetzinterpretation zu etablieren, die es nun tatsächlich gestattet, die Verfassungstreue all jener, die nicht auf dem Boden der bestehenden Verfassungswirklichkeit – d. h. des kapitalistischen autoritären Verfassungsstaates – stehen, anzuzweifeln und zu verneinen. Das Bundesverfassungsgericht ist mit Personen besetzt, die in ihrer Mehrheit keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß sie die „herrschende Lehrmeinung" teilen. So können die Herrschenden si-

cher sein, daß die Rechtsprechung ihren Willen vollstrecken wird.

Die durch die Repressionsmaßnahmen Betroffenen haben, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck ihrer realen Schwäche, heftig auf die Beschlüsse reagiert und das Berufsverbot häufig als „klaren Terror" bezeichnet, der den demokratischen Schein der Verfassung vollends zerreiße. Nun handelt es sich bei diesen Repressionsmaßnahmen nicht um einen offen terroristischen Akt, wenn wir unter Terror jene historischen Unternehmen verstehen, die jenseits bestimmter allgemeiner Gesetze politische Gegner durch offene Gewalt zu vernichten, zu morden und mit Hilfe dieses Schreckens Indifferente zur furchtsamen Folgebereitschaft gegenüber den politisch Herrschenden zu zwingen suchen. Der Schrecken, den diese Repressionsmaßnahmen verbreiten können, richtet sich wesentlich auf die Gefährdung durchaus privilegierter Berufspositionen. Die Institutionen gesellschaftlicher Sozialisation und gesellschaftlicher Wissensakkumulation (Schule, Hochschule) sowie gesellschaftlicher Administration und Sanktionsgewalt (Justiz) sollen von Elementen freigehalten oder gesäubert werden, die den vorherrschenden gesellschaftlichen Meinungen und Ideologien nicht weniger gefährlich scheinen als den Machteliten, die durch diese Meinungen und Ideologien öffentlich legitimiert werden. Gerade die staatliche Administration und die öffentlichen Erziehungsanstalten sind zweifellos strategische Schaltstellen des Gesellschaftssystems, die nicht ungestraft verunsichert oder gar „umfunktioniert" werden können. Keinen Sozialisten dürfte es wundern, wenn die Instanzen der herrschenden Klasse schon bei den geringsten Gefährdungen ihrer Herrschaftspositionen abwehrend reagieren, zumal in der Bundesrepublik, wo den Machteliten eine selbstverständliche und durch Jahrhunderte hinweg erhärtete Herrschaftslegitimation durchweg abgeht, und wo es keine hinreichend institutionalisierte oppositionelle Gegenmacht gibt, die es den Herrschenden verböte, als allgemein ausgegebene gesellschaftliche Institutionen ungestraft nur mit Anhängern der vorherrschenden Parteien zu besetzen (so gibt es etwa in Frankreich oder Italien bekanntlich relativ mächtige Lehrer- und Hochschullehrerverbände von Sozialisten und Kommunisten, und es ist ganz selbstverständlich, daß Sozialisten und Kommunisten unterhalb der Schwelle der eigentlich politischen Beamten dem öffentlichen Dienst angehören können; aber wir haben in der BRD ja eine ganz besondere „freiheitliche Demokratie").

Die schlauen Propagandisten der herrschenden Klasse spekulierten überdies darauf, daß das „Wehgeschrei der Linken" (so die FAZ) die Kluft zwischen den „Arbeitnehmern" und den sozialistischen Intellektuellen weiter vertiefen würde. Denn selbstverständlich kann kein Arbeiter einen „Revolutionär" ernst nehmen, der empört aufschreit oder leere „demokratische" Phrasen von sich gibt, wenn der Klassenstaat, den er revolutionieren will, ihn aus seinen privilegierten Institutionen und Berufspositionen entfernt... Die Repression, der er unterliegt, ist nämlich im gesamtgesellschaftlichen Maßstab geringfügig. Die undifferenzierte Rede vom Terror (wie vom Faschismus) verzerrt einerseits die tatsächlichen gesellschaftlichen Relationen von Gewalt und Zwang, und läßt andererseits keine realistischen politischen Situationseinschätzungen mehr zu.

Die Herrschenden sind erschreckt, daß ihr ureigner Nachwuchs in quantitativ nennenswertem Maße die Folgebereitschaft kündigt. Selbst die noch Angepaßten, wie die RCDS-Leute, pflegen mehr und mehr zumindest lange Haare zu tragen und sich gelegentlich als „Genossen" anzureden. Für einen rechten Sohn der herrschenden Klasse ist dies wahrhaftig erschreckend. So ist die Hysterie jener zu erklären, die den „langen Marsch durch die Institutionen" bereits kurz vor dem endgültigen Erfolg wähnen. Ihre Angst hat aber auch einen realen Kern. Sie fürchten sich vor der „Indoktrination" durch die Linke (obwohl die linke Agitation, unter uns gesagt, häufig ziemlich kläglich und ihr theoretisch-strategischer Gehalt vielfach ziemlich leer ist). In einer seiner ersten Schriften hat Marx die preußischen Zensurinstruktionen ein Präservativmittel vor der Wahrheit genannt. Aus Angst vor der Wahrheit über ihre eigene Gesellschaft greifen die Herrschenden wieder einmal zu Repressionsmaßnahmen, zu Berufsverboten (denn zumal im Erziehungsbereich gibt es in der BRD ein staatliches Ausbildungsmonopol). Die verschärfte staatliche Zensur des Erziehungswesens will somit ein Präservativmittel vor der gesellschaftlichen Wahrheit anbringen; das ist ihre Art von „pluralistischer Wahrheitsfindung". Die Herrschenden denunzieren uns in den übelsten Worten. Warum? Weil sie sonst nichts mehr zu sagen haben. Denn „objektiv" ist es wirklich lächerlich, von einigen Zehntausend Sozialisten in der BRD den Untergang der Gesellschaft zu befürchten. Nicht weniger lächerlich ist es, wenn wir einen Augenblick bedenken, wer die öffentlichen Kommunikationsmittel beherrscht. Gibt es auch nur eine einzige sozialistische Fernsehsendung in der BRD? „Subjektiv" erscheint den Herrschenden aber schon die leichteste Kritik an der Herrschaft des Kapitals und der Autorität des kapitalistischen Staates als Staatsgefährdung. Sie zetern wie die berühmten Gänse auf dem Kapitol, weil ihr Kapital vergänglich ist. Je mehr sie zetern, desto mehr werden sie jene, die sie beruhigen wollen, erschrecken. Das kann Gefahren ebenso wie Chancen für die Linke bedeuten. So ist durchaus zu befürchten, daß die neuen Sozialistengesetze Schule machen werden – wohlgemerkt: nach allen Vergleichsmaßstäben handelt es sich aber bisher um bescheidene Repressionen.

Legalität und Illegalität

Unsere „streitbaren Demokraten" geben vor, die Demokratie zu schützen. Sie schützen jedoch, wie jeder weiß, lediglich die bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Wie ihnen Legalität zu einer vergifteten Waffe wurde, so rufen sie selbst in eben dem Maße Illegalität hervor, wie sie – gegen die Normen des Grundgesetzes – gesellschaftliche Veränderungen, die über die bestehende „Verfassungswirklichkeit" qualitativ hinausreichen, als „verfassungswidrig" erklären. Der Status quo eines schein-demokratischen, autoritären Verfassungsstaates auf kapitalistischer Basis ist aber nicht das Ende der Geschichte. Die Machthaber werden nicht die geschichtliche Entwicklung ersticken können, aber sie können die Weichen stellen für die Formen kommender gesellschaftlicher Kämpfe.

In der Frage Legalität oder Illegalität qualitativen sozialen Wandels ist die wesentliche Frage enthalten, ob es morgen zu offenen gewaltsamen Auseinandersetzungen, zum Bürgerkrieg kommen muß. Denn wer in Rechtsformen ausgetragenen revolutionären gesellschaftlichen Wandel verunmöglichen, wer also die Illegalisierung qualitativer Opposition will, erzeugt und betreibt selbst, was er scheinheilig zu bekämpfen vorgibt: Terror. Er erzeugt mit Notwendigkeit „ungesetzliche" Gewalt. Die nach Ruhe und Ordnung gierenden Staatsbüttel sind es stets selbst, die Gewalt anbeten und Gewalt hervorrufen. Heute gefährden die „streitbaren Demokraten", wie sich die autoritären Hüter der kapitalistischen Legalität jetzt zu nennen belieben, wie kein anderer in diesem Lande die Ansätze demokratischer Kultur, zu der diese Herren ohnedies nichts beigetragen haben. Sie wollen die Freiheit des Kapitals und des kapitalistischen Staates als gesellschaftliche Freiheit und verwirklichte Demokratie ausgeben. Allein ihre Gesetze sind stets das Gegenteil dessen, was sie der Phrase nach scheinen. Sie unterstellen uns der Jurisdiktion des Verdachts und offensichtlichen Tendenzgesetzen, Gesetzen, die nicht Handlungen als solche, sondern die Gesinnung des Handelnden zum Hauptkriterium erheben. Solche Tendenzgesetze, schrieb Marx damals, sind an sich Gesetze des Terrorismus, Gesetze, die keine objektiven Normen geben, in der Tat positive Sanktionen der Gesetzlosigkeit.

Aus: Konkret

Die Gegenreform-Kampagne 1970–1972

Zur Einordnung der „Fälle" Brückner und Seifert

Michael Vester

Der Angriff auf die Linke ist kein Beweis für die Stärke des Angreifers. Der Angreifer ist eine organisierte Verbindung von Vertretern der bankrotten Politik des CDU-Staats, die in verschiedenen Institutionen Einfluß haben. Ihre demagogische Kampagne soll nicht nur exponierte kritische Intellektuelle, sondern vornehmlich die verbliebenen Reformansätze der neuen Regierung treffen. Die SPD und die Linke haben sich bisher von dieser Kampagne überrumpeln und einschüchtern lassen. Das wäre vermeidbar gewesen, wenn sie eine realitätsgerechte Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse und der geschichtlichen Situation gehabt hätte. Sie ist sich nicht klar über ihre eigene Stärke und über die Schwäche des Gegners. Die Schwäche der Gegenreform ist, daß sie weder eine Basis in der Bevölkerung mobilisieren kann noch auf irgendeinem gesellschaftlichen Gebiet ein Reform- oder Reorganisationskonzept vorlegen kann. Das will sie auch nicht.

Die Bedingungen von Reform

Jedes politische Herrschaftssystem bedarf zur Erhaltung seiner Kontinuität einer intelligenten Einsicht in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturprobleme. Die Erscheinungsformen der gegenwärtigen Strukturkrise sind: Preissteigerungen, dequalifizierte Konsumgüter und Umweltverseuchung sowie ein Stillstand der sozialstaatlichen Leistungen für körperlich und psychisch Leidende, für Verkehr und kommunale Infrastruktur, für die Rentner und die Jugendlichen im Ausbildungssektor. Diese anhaltenden Krisenerscheinungen beweisen, daß ein wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht mit dem Profitprinzip als vorrangigem Regulierungsmechanismus nicht erreicht werden kann. Die Krise hat im Bildungssektor 1966–1968 eine Protestwelle der Studenten und Jugendlichen, im Produktionssektor 1967 und 1969 zwei spontane Streikwellen und im Konsumbereich in derselben Zeit mehrere eindrucksvolle Straßenbahnboykotte motiviert. Diese Bewegungen sind zwar vorläufig wieder zurückgeschrumpft. Sie haben aber ein allgemeines Reformklima erzeugt. Breite Kreise der Bevölkerung stellen die Notwendigkeit von Strukturreformen nicht mehr infrage oder sind neuen Vorstellungen, vor allem im Erziehungssektor, nicht mehr verschlossen. Es wurde die Bildung einer sozialliberalen Regierung möglich, die Ablösung der reformunfähigen CDU-Fraktion des Kapitals durch eine fortschrittlichere Fraktion der kapitalistischen Machtelite, die sich gewisse Modernisierungen des Systems vornahm.

Ein solcher Machtwechsel zugunsten technokratisch-modernisierungsfähiger Machteliten ist aufgrund spontaner Jugend- und Arbeiterbewegungen in den 1960er Jahren in verschiedenen östlichen und westlichen Industrieländern versucht oder verwirklicht worden: der Krisenzusammenhang ist international.

Eine Lösung oder wenigstens eine Kontrolle der Krise ist prinzipiell nur unter zwei Bedingungen möglich. (1) Es bedarf einer rationalen Öffentlichkeit, die eine von Tabus wenig behinderte Analyse der Mißstände, und einer intakten demokratischen Realverfassung, die Basisinitiativen der Bevölkerung sich ausdrücken läßt. Denn das System befindet sich ja gegenüber der Bevölkerung in einer Legitimationskrise, die nur durch ein Diskutieren und Austragen der strukturbedingten Konflikte behoben werden kann. (2) Modernisierungen oder Reformen (miteinander heute leider zu oft verwechselt) mißlingen, wenn sie nur die quantitativen Standards der Bedürfnisbefriedigung erhöhen wollen. Sie erfordern eine mindestens partielle Machtumverteilung in den Institutionen.

Wie hat sich die neue Regierung diesen Aufgaben gestellt? Im privatwirtschaftlichen Sektor sind beide Bedingungen nicht erfüllt. Denn eine Basisbewegung der Arbeiter ist erst wieder im Entstehen. Und die SPD hatte nicht nur aus Koalitionsrücksichten, sondern auch wegen ihrer jahrhundertalten defensiven Grundhaltung, der der Gedanke an eingreifende Änderungen fast als unanständig erscheint, eine Umverteilung wirtschaftlicher Macht (über Produktions- und Kommunikationsmittel) gar nicht beabsichtigt. Im sozialstaatlichen Sektor dagegen schienen die Bedingungen hierfür partiell gegeben. Es gab Diskussion und Basisbewegungen; Kapitalinteressen oder der Staatshaushalt waren durch Machtumverteilungen nicht unmittelbar (!) tangiert. Die Tendenz zu kleinen Änderungen der autoritären Entscheidungsstrukturen wurde nur mäßig unterdrückt, zumal man sie in einen Plan technokratischer Modernisierung einzugliedern hoffte, gewissermaßen als Ausnützung innovierender Impulse von unten, die jedes System zur Anpassung an neue Situationen unbedingt braucht. Hier setzte die Gegenreform ein und erzielte bisher ihre größten publizistischen Erfolge.

Die Methode der Gegenreform-Kampagne

Eigentlich hätte man gleich nach der Regierungsbildung eine Kampagne erwarten müssen. Sie wurde auch versucht, vor allem auf dem Gebiet der (für ein Exportland lebensnotwendigen) Ostpolitik. Nachdem ruchbar wurde, daß die CDU/CSU Abgeordnete anwarb, verlor diese Kampagne ihre Wirkung, wenn auch nicht ihre Lautstärke. Auch andere Kampagnen mißlangen oder befestigten das Bild der CDU/CSU als einer konzeptionslosen und aufgebrauchten Partei. Aber sie bremsten auch die Reforminitiativen der Regierung. Ende 1970 begann mit der spektakulären Gründung des „Bunds Freiheit der Wissenschaft" die Gegenreform-Kampagne auf dem Ausbildungssektor. Der BFW wurde in den Massenmedien rasch als ein Verein von Panikmachern und Privilegierten entlarvt. Er verschwand aus dem öffentlichen Bewußtsein, weil die Erinnerung an die Studentenrevolte und die Notwendigkeit von Reformen noch lebendig war und weil in den Erziehungsinstitutionen Zehntausende von Lehrern, Studenten, Assistenten usw. solide Reformarbeit leisteten und als solidarisierte Reformkraft nicht verärgert werden durften. Die Taktik der Gegenreform wurde daraufhin geändert. Während die Meinungskampagne im ZDF-Springer-Provinzzeitungen-Bereich weiterlief, aber zunächst wirkungslos blieb, verlagerte die Gegenreform ihre Energien auf den Aufbau einer Art Untergrundorganisation mit dem vorläufigen Zweck, die Reformkräfte als kriminell zu diffamieren. Denn das Prinzip der Gegenreform ist nicht die rationale öffentliche Argumentation oder wissenschaftliche Auseinandersetzung. Da sie selbst keine Argumente hat, erstrebt sie die Einschränkung und Kriminalisierung der kritischen Meinungsäußerung. Da sie keine gesellschaftliche Basis hat, sucht sie durch öffentliche und heimliche Diffamierungen . bürokratische Staatseingriffe gegen die Reformkräfte herbeizumanipulieren. Zu dieser Kooperation im Untergrund, die die Öffentlichkeit scheuen muß, gehören Politiker der CDU und der rechten SPD und FDP, autoritäre Ordinarien und Lehrer, Journalisten und Zeitungsbesitzer, Unternehmer und Regierungsbeamte, schließlich eine Anzahl von Angeund dergleichen; diese oft erfundenen und immer übermäßig dramatisierten Erscheinungen wurden zugleich als repräsentativ für die ganze Linke, das ganze Reformhörigen der Strafverfolgungs- und Staatsschutzbehörden.

Im Februar 1971 veröffentlichten erst CDU-Parteizeitungen, dann auch andere rechte Zeitungen Einzelheiten der Aussagen des Baader-Meinhof-Geschädigten Ruhland, phantasievoll ausgeschmückt und erweitert um eine Anzahl von weiteren Verdächtigungen, auch gegen SPD-Kulturpolitiker wie von Oertzen. Diese Kampagne verlor ihre Stoßkraft ebenfalls, weil ihre finsteren Methoden rasch öffentlich bloßgestellt wurden. Seitdem wirkte das Informationssystem der Gegenreform wesentlich untergründig. Durch lancierte Verdächtigungen wurden zahlreiche Berufungen und Einstellungen an den Universitäten sabotiert, ohne daß die Verdächtigten die Vorwürfe erfuhren oder Gelegenheit bekamen, sie zu widerlegen.

Gegen Ende 1971 war eine wesentliche Änderung des politischen Klimas zu bemerken. Während der Bundeskanzler den Nobelpreis erhielt, profilierte sich die Obrigkeit innenpolitisch als wenig „schlapp". Nach welchem Wind hing sie ihr Mäntelchen? Die Reformkräfte waren nicht geringer geworden, die Radikalen nicht radikaler, die Rechten nicht rechter. Auch in der Bevölkerung des Landes, der ein öder Arbeitstag und die Unterhaltung vorzeitig gegründeter Familien zum Lebensinhalt geworden sind, war kein Meinungsumschwung festzustellen. Verändert hatte sich nur das Image, das die Exekutive sich von diesem Kräftefeld machte. Dieses Image bezog sie wohl vornehmlich aus den Massenmedien, die eben nicht Eigentum dieser Bevölkerung sind. Wahrscheinlich glaubten sie, daß die Bevölkerung (die Wählerschaft) das denkt, was diese Medien ihnen vordenken. Das ist zwar nach allen Ergebnissen der Sozialforschung falsch. Es ist aber wirksam.

Die Medien-Öffentlichkeit, auf deren Vorspiegelungen die Politiker hereinzufallen begannen, baute das Bild eines inneren Feindes auf, einer zugleich bedrohlichen und sozial schwachen Gruppe, die die meisten Eigenschaften der früher verfolgten Minderheiten besaß (asozial, sexuell anrüchig, kriminell, unsauber, aggressiv usw.) und somit, böse und wehrlos zugleich, als Objekt aggressiver Vorurteile und Projektionen besonders geeignet war. Zugleich erhielt die tatsächlich voranschreitende Reformarbeit eine geringe Publizität. Herausgestellt wurden einzelne Gruppen und Individuen, Einzelfälle von Tumulten

lager ausgegeben. – Die Reformpolitiker wurden ängstlicher. Journalisten wurden entlassen, Lehrer nicht in den Schuldienst aufgenommen. Besetzte Häuser wurden mit brutalen Mitteln, die früher durch gütliche Verhandlungen erübrigt worden waren, geräumt. Straßensperren, unmotivierte Hausdurchsuchungen, Mißhandlungen usw. waren Folgen der Baader-Meinhof-Hysterie.

Am 17. Januar 1972 begann mit dem Ruhland-Prozeß eine neue Phase der Kampagne. Ein Angeklagter wurde zum Ankläger gegen Personen gemacht, die selbst nicht im Prozeß stehen, also nicht die Rechte der Widerlegung haben, die ein Angeklagter vor Gericht genießt. Die Prozeßmaxime „Im Zweifel für den Angeklagten!" wird verkehrt in die Diffamierungsmaxime „Im Zweifel gegen den Beschuldigten!". Die justizförmige Wahrheitsfindung wird abgelöst von der journalistischen Diffamierungsfreiheit. Der „SPIEGEL" bringt einen Vorabdruck der Aussagen, die der Angeklagte vor Gericht noch nicht gemacht hat.

In den folgenden Tagen überschlugen sich die Ereignisse. Mi., 19. 1.: Ruhland wirft Brückner Beherbergung der BM-Gruppe vor. Das hannoversche Kultusministerium publiziert die Möglichkeit einer Suspendierung. – Do., 20.1.: Brückner bittet mit Rücksicht auf seinen Dienstherrn um Beurlaubung und wird suspendiert, da er sich zur Sache nicht äußere. Die Vorwürfe der Strafverfolgungsbehörden werden Brückner nicht mitgeteilt. Niedersachsens CDU erklärt, die SPD-Regierung hätte eher gegen Brückner vorgehen müssen. CDU-Minister Hahn attackiert Heidelbergs Rektor Rendtorff; „Die Welt" greift die FU Berlin wegen Berufungspolitik an usw. Wehner lehnt „Ausnahme-Gesetze" gegen Beamte ab. – Fr., 21. 1.: Presseangriffe gegen Universitätsreformer. Oertzen erklärt CDU-Angriffe für unbegründet. – Sa., 22. 1.: Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" (HAZ) behandelt CDU-Angriffe gegen Oertzen. „Bild" behauptet, Baader wolle sich stellen, Gruppe sei im Libanon. Die „Süddeutsche Zeitung" bringt als erstes Organ, daß im Ruhland-Prozeß Genannte sich gegen Rufmord wehren. – Mo., 24. 1.: Baader-Brief geht bei dpa-Bayern ein. – Di., 25. 1.: Staatssekretär Wedemeyer (Kultusministerium Hannover) lädt die Professoren Negt, Seifert und Vester vor und ermahnt sie zur Zurückhaltung auf dem Teach-in; Seifert hinterlegt seine Rede für den Fall von Presseangriffen. Seifert spricht auf dem Teach-in in Hannover gegen die Durchbrechung von Verfassungs- und Rechtsstaatsgrundsätzen. Durchsuchung der Rechtshilfeorganisation „Rote Hilfe" in Westberlin. – Mi., 26. 1.: HAZ berichtet entstellend über Seifert unter der Schlagzeile: „Prof. Seifert greift die (!) Justiz an". Löwenthal-Magazin spiegelt Terror an Hochschulen vor, greift Seifert an und meldet, daß die Niedersächsische Landesregierung Vorermittlungen gegen Seifert eingeleitet hat („endlich!"). Landtagsfragestunde mit CDU-Angriffen auf linken Schulunterricht. „Frankfurter Rundschau" kritisiert Ruhland-Prozeß (– in den nächsten Tagen kritisiert die FR Seiferts Kritik am Ruhland-Prozeß, verweigert aber den Abdruck). Presserat rügt „Bild"-Titel „Baader-Meinhof-Bande mordet weiter" zum Banküberfall in Kaiserslautern am 22. 12. 71 als unbewiesen – Do., 27. 1.: Ministerpräsident Kubel und Justizminister rügen Seifert. Kubel erklärt, Seifert habe sich in einer Weise geäußert, die mit seinem Treueverhältnis als Landesbeamter dem Staat gegenüber nicht zu vereinbaren sei. Kubel rügt Löwenthal wegen nicht gesendeter Kubel-Aussage. Kubel erwidert auf CDU-Angriffe, die Regierung sei rechtzeitig und richtig gegen Seifert und Brückner vorgegangen. Er gibt das endliche Eintreffen der Brückner-Akten aus Karlsruhe bekannt. HAZ korrigiert entstellende Seifert-Meldung durch Teilabdruck der Rede. Unqualifiziert begründeter Angriff Dönhoffs gegen Brückner in der „Zeit". – Fr., 28. 1.: Auch die FR greift Seifert und Brückner an. Böll greift die Diffamierungskampagne in der Fernsehsendung „Titel, Thesen, Temperamente" an. Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz über „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst". – Sa., 29. 1.: SPD-Landesausschuß unterstützt Kubels Kritik an Seifert. – Mo., 31. 1.: Bei einer Anhörung im Kultusministerium erklärt Seifert, daß die Äußerungen auf politischer Ebene eine Klärung seines Falles erschwert haben und daß die Bestimmungen über Pflichten der Beamten insoweit nicht auf Hochschullehrer anwendbar sind, als die Erfüllung dieser Pflichten unvereinbar wäre mit dem Verfassungsgrundsatz der Freiheit von Lehre und Forschung. Seiferts Rechtsbeistand ist der Öffentlichrechtler Prof. Denninger, früherer Rektor der Universität Frankfurt. – In der Zeit bis Mo., 7. 2. folgen Angriffe und Maßnahmen gegen die Universität Bremen, gegen das Otto-Suhr-Institut, gegen einen Berufungsvorschlag in Hannover, gegen den „Spiegel"-Kolumnisten Otto Köhler, gegen Solidarisierungen mit Seifert und Brückner usw.; in einem Böll-Artikel in der SZ vom 5. 2., auf verschiedenen Teach-ins und in der Panorama-Sendung vom 7. 2. wird dagegen die Aushöhlung des Rechtsstaats durch die Gegenreform kompetent kritisiert. Außerdem erschienen zwei Artikel, die die rechtsstaatlichen Intentionen Seiferts ausführlich erörterten, in der SZ vom 4. 2. unter dem Titel „Vom Katheder ein Rat an die Barrikaden-Kämpfer", im „Kölner Stadtanzeiger" vom 3. 2. unter dem Titel „Im Geschrei ging das mahnende Wort unter – Von der Baader-Meinhof-Gruppe deutlich distanziert".

Die Aussichten der Gegenreform-Kampagne

Jetzt ist schon deutlich, daß die voreiligen politischen Verurteilungen Seiferts durch die SPD- und Regierungsspitzen Niedersachsens sich rechtlich nicht werden halten lassen. Was Seifert gesagt hat, ist nicht nur durch die grundgesetzliche Freiheit von Lehre und Forschung (Art. 5) und die Meinungsfreiheit geschützt, sondern war auch – politisch und beamtenrechtlich gesehen – die Pflicht eines Politikprofessors. Die Medien haben seine Intentionen geradezu ins Gegenteil verkehrt. Auch im Falle Brückner, der nie ein Anwalt der Verzweiflungspolitik der Baader-Meinhof-Gruppe war, wird sich zeigen, daß die ohne Kenntnis und Überprüfung der Vorwürfe verfügte Suspendierung primär dem SPD-Image zuliebe erfolgte. Seifert als Kritiker der „Spiegel"-Affäre und der Notstandsgesetze und Brückner als Gutachter in den Prozessen gegen Anti-Springer-Demonstranten waren gewiß schon seit langem als Diffamierungsobjekte ausersehen. Die Mühe einer Auseinandersetzung mit ihren fachwissenschaftlich und politisch bedeutenden Leistungen macht sich die Gegenreform nicht. Dazu ist sie auch nicht qualifiziert.

Die strategischen Ziele der Gegenreform- Kampagne zeichnen sich immer deutlicher ab. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bekannte am 21. 1. offen, daß es gar nicht um den harten Kern der Baader-Meinhof-Gruppe, sondern um die geht, „von denen anzunehmen (!) ist, daß sie die Gruppenmitglieder decken und beherbergen", um die Sympathisanten, d. h. die Leute, die die FAZ dafür hält. Nicht nur alle kritischen Kräfte an den Universitäten erhalten das Baader-Meinhof-Etikett. Die interessanteste Zielgruppe der Gegenreform sind die Liberalen und Sozialdemokraten, die die Diffamierungskampagne nicht mitmachen wollen. Am 4. 2. 72 schrieb Ulrich Frank-Planitz in der „Deutschen Zeitung/Christ und Welt" unter dem Titel „Die Folgen der totalen Toleranz": „Auf jeden Fall haben sie (die Liberalen) versäumt, beizeiten über ihre unfreiwillige Rolle als Katalysator nachzudenken. Und ebensowenig wurde von ihnen für den Fall Vorsorge getragen, daß ihre Toleranz von der anderen Seite mißbraucht würde. Liberalismus kann nur in einer Demokratie gedeihen, die sich zu verteidigen weiß. Gerade daran aber fand die Mehrzahl der Liberalen bislang wenig Gefallen. Erst wenn sie sich daran gewöhnt haben, daß die Konservativen ihre wirklichen Alliierten sind, können sie darauf vertrauen, daß die Bundesrepublik mit dem Radikalismus von links wie rechts fertig wird und fähig ist, einen liberalen Staat am Leben zu erhalten." Und Herbert Kremp drohte in der „Welt" vom 5. 2. 72 der SPD offen mit dem Baader-Meinhof-Etikett: „Die SPD-Führung ... will nicht Böll-Partei werden, ihr graut zu Recht vor dem Baader-Meinhof-Etikett. ... Wenn die SPD-Führung es ernst meint, muß sie kämpfen: gegen die doktrinären Theoretiker, gegen die literarisierenden Sympathisanten und gegen ihre publizistischen Helfer ..." Das blieb nicht ohne Wirkung. Die „Zeit" verzichtete auf die Verteidigung der Rechtlichkeit im Fall Brückner und lehnte einen Artikel von Hans Mayer zur Problematik des Falls Brückner ab. Die „Frankfurter Rundschau" attackierte Panorama.

Die Folklore der politischen Machteliten

Daß die gegenwärtige Einschüchterungs-Kampagne überhaupt so funktioniert, beruht auf Täuschungen darüber, wie der politische Prozeß wirklich funktioniert. Diese Täuschungen bilden zusammengenommen ein System politischer Sitten und Gebräuche, das wir als Folklore der politischen Machteliten bezeichnen können.

1. Die erste Täuschung ist die Annahme, daß die Massenmedien und die Äußerungen von Politikern die Wahlentscheidungen maßgeblich beeinflussen. Wenn z. B. CDU/CSU-Politiker verbreiten, daß die kritischen Intellektuellen kriminell bzw. gefährlich seien und daß die SPD-Reformpolitiker diese Gefahr duldeten, so fürchten viele SPD-Politiker um ihre Wähler und bemühen sich, durch Disziplinierung der Intellektuellen und durch zusätzliche Abstriche von Reformen ihre Wohlanständigkeit zu beweisen.

Neuere Sozialforschung hat erwiesen, daß tagespolitische Kampagnen grundsätzlich keinen Wechsel zwischen dem Lager der bürgerlichen Parteien und dem der Reformparteien motivieren. Die Größe dieser beiden Lager korreliert einzig mit der Tendenz der Industrialisierung und Verstädterung: das Potential sozialer Reformparteien wächst kontinuierlich, aber langsam. Motivierend sind also grundsätzlich die wirtschaftliche Lage und das soziale Milieu der Wähler. Was schwankt, ist die Wahlbeteiligung. Die Gegenreform kann also tatsächlich mit außen- und innenpolitischen Angst-Kampagnen die Wahlbeteiligung ihres Potentials erhöhen. Umgekehrt kann ein defensives, unsicheres oder zaghaftes Verhalten der Reformparteien zur Wahlenthaltung sogar eines Teiles ihrer Stammwähler führen.

2. Damit hängt eine zweite Täuschung zusammen: daß die Reformgegner angeblich eine Basis in der Bevölkerung zu aktivem Handeln motivieren können. Das ist in einer anderen geschichtlichen Situation tatsächlich auch schon einmal gelungen: in der Mobilisierung von Versammlungsmassen und von bewaffneten Banden im Faschismus. Der „normale" kapitalistische Staatsapparat konnte zwar die Gewerkschaften und andere Reformkräfte bereits erheblich einschüchtern und behindern. Aber erst die parastaatlichen Terrorbanden konnten sie wirklich erschlagen bzw. physisch vernichten.

Dieses Merkmal eines faschistischen Trends fehlt heute fast ganz. Vielmehr beruht das gegenwärtige Herrschaftssystem gerade auf politischer Apathie. Zweifellos wird,

nachdem diese Apathie durch unerwartete spontane Streikbewegungen und Studentenbewegungen zeitweilig durchbrochen wurde, eine Massenmobilisierung der Gegenreform erneut versucht. Auf längere Zeit aber ist ein Gelingen dieses Versuchs wenig wahrscheinlich. Die Gegenreform-Kampagne erfolgt in einem fast paranoiden Klima und wird vorwiegend getragen von Publizisten und Bürokraten der politischen Machtelite. Die Gegenreform weiß recht gut, daß sie keine breite Basis mobilisieren kann. Sie täuscht aber eine breite Basis vor, um ihren Ruf nach Staatseingriffen, besonders in den Bildungssektor, zu begründen. Dieser Täuschung erliegen viele Reformpolitiker.

3. Die dritte Täuschung betrifft den Zustand der Linken. Ein Bericht des Innenministers Genscher hat den Eindruck entstehen lassen, daß die Linksgruppen an den Hochschulen sehr „radikal", aber auch sehr desorganisiert, zersplittert, uneinig usw. seien. Die Gegenreform, die sich seit der Studentenbewegung zurückgehalten oder gar selbst als „eigentliche" Reform- oder Demokratengruppe maskiert hat, sah darin offenbar das Signal zum Zuschlagen.

Aber sie schlägt blind zu. Sie unterschätzt die Größe und sie überschätzt die „Radikalität" der Linken. Ihre Informationen erhält die Gegenreform durch unzuverlässige Kanäle. Die Informanten des Innenministers und der Rechtspresse leben davon, daß sie möglichst viele dramatische, verdächtige und justizrelevante Vorgänge in ihren bürokratischen Apparaten nach oben melden. Dadurch entsteht eine gewisse Spitzel-Romantik, eine pathologische Realitätsverzerrung mit ihren für den Rechtsstaat gefährlichen Konsequenzen.

Richtig ist zwar, daß die Nachfolgegruppen der Studentenbewegung sich durch eine Abgrenzungsneurose, in der eine Gruppe die andere mit heroischem Vokabular als klassenverräterisch auszukonkurrieren sucht, entpolitisiert haben. Dieses Image täuscht aus mehreren Gründen. a) Die reale Hochschul- und Gesellschaftspraxis dieser Gruppen war schon lange eher reformistisch als revolutionär, da sie im Grunde erkannt haben, daß die geschichtliche Situation durchaus nicht revolutionär ist und daß das System andererseits nicht faschistisch ist, daß also eine Untergrundideologie wie die der Baader-Meinhof-Gruppe nichts anderes als Unsinn sein kann. b) Die gegenwärtige Gegenreform-Kampagne produziert außerdem eine neue Solidarisierung der Linken, in der – langsam zwar – das Maulheldentum und ein entsprechender Theorie-Fetischismus kein Gehör mehr finden und realitätsanalytische und praxisbezogene Kampfarbeit gegen die Reaktion immer mehr verwirklicht wird. c) Schließlich ist es ein Grundirrtum der Gegenreform, sich mit Scheuklappen auf die Nachfolgegruppen der Studentenbewegung zu fixieren. Die Reformimpulse, die diese Bewegung gegeben hat, haben sich längst verselbständigt, haben eine Eigendynamik gewonnen, die unsere gesamte Gesellschaft durchzieht.
Um die Kerne der Studentenbewegung herum ist in konzentrischen Kreisen – nicht zuletzt im Bildungs-, Medizin- und Sozialsektor – eine massenhafte Reformaktivität entstanden, die mit den „normalen" staatlichen Disziplinierungsmitteln zwar verlangsamt werden kann, die aber nur dann wirklich vernichtet werden könnte, wenn wieder parastaatliche Terrorbanden lizensiert würden. Das Fiasko der NPD spricht gegen die letzte Möglichkeit. Die noch virulenten faschistischen Potentiale sind heute in die pseudochristlichen Parteien integriert, haben damit zwar eine gewisse Gewalt erlangt, andererseits auch eine Grenze.

Wolfgang Abendroth an Klaus Stephan

Sie hatten den merkwürdigen Geschmack, in „Report" von Montag, dem 31. 1. 1972, zu behaupten, die ehemaligen Gestapogefangenen des Dritten Reiches seien durch die Thesen meines Hannoveraner Kollegen Jürgen Seifert beleidigt worden.

Deshalb halte ich mich als alter Gestapogefangener, Zuchthäusler und Strafbataillonssoldat des Dritten Reiches für verpflichtet, zu dieser Ihrer Behauptung einige Zeilen zu schreiben.

In Ihrer Kommentar-Darstellung war zunächst eine – für denjenigen, der Ihre Sendung gesehen hat und nicht durch die Propaganda bestimmter Kommunikationsmittel manipulierbar ist – leicht erkennbare Verfälschung der Wahrheit enthalten. Jürgen Seifert hatte nicht behauptet, die gegenwärtigen Methoden der Polizei seien Gestapomethoden. Er hatte vielmehr eindeutig gesagt, daß wegen der gegenwärtigen Art des Verhaltens von bestimmten (keineswegs allen) Organen der öffentlichen Gewalt und dessen, was sich als „öffentliche Meinung" bezeichnet, „in diesem Lande erneut Gestapomethoden für legitim gehalten werden können". Er hatte wenige Sätze vorher (im Gegensatz zu Heinrich Böll, der als Schriftsteller und Nichtwissenschaftler zu einer derart subtilen Unterscheidung nicht verpflichtet ist) eindeutig darauf verwiesen, daß zwischen einem faschistischen System und einem (entgegen seinem Normensystem inzwischen in der sozialen Wirklichkeit entstandenen) autoritären Verfassungsstaat grundsätzliche Unterschiede bestehen, so daß für einen Intellektuellen, der verpflichtet ist, über Denkvermögen zu verfügen, kein Zweifel am Sinn seiner Aussage bestehen konnten.

Aber auch politisch, also für den zu derartigen Problemen nicht wissenschaftlich Vorgebildeten, sondern für den gleichsam „normalen Durchschnittsbürger", war das, was Jürgen Seifert gesagt hat, notwendig. Daß manche seiner subtilen Formulierungen für ihn zu schwierig und dadurch fehlinterpretierbar wurde, muß teilweise zugegeben werden. Er hat, gerade um den wirklichen Stand der Dinge und die wirklichen Gefahren klarzumachen, auf den Fall des 1926 unter dem Druck einer damals „konservativen" Majorität von Professoren und Studenten aus dem Amt vertriebenen und von der damaligen Regierung Preußens preisgegebenen demokratischen Professors Theodor Lessing verwiesen. Der Zufall will es, daß ich als damaliger junger Student 1926 an den (leider vergeblichen) Versuchen teilgenommen habe, Theodor Lessing gegen diese Verhaltensweise einer vor Vorurteilen zurückweichenden, wenn auch für das eigene Bewußtsein noch republikanisch-rechtsstaatlichen Regierung zu schützen und deshalb große Schwierigkeiten bekam. Jürgen Seifert hat gezeigt, was aus dieser nicht-rechtsstaatlichen Maßnahme einer Regierung in einem (noch seinen Normen nach) Rechtsstaat geschichtlich an Konsequenzen folgen kann, wenn keine Gegenkräfte entstehen, und was daraus in Deutschland dann leider tatsächlich gefolgt ist. Das bleibt sein Verdienst. Das sage ich gerade als ehemaliger politischer Gefangener des Dritten Reiches.

Das gilt umso mehr, als derartige Gefahren, wenn man sie nicht richtig und genau analysiert, die Gegengefahr „ultralinker" Fehldeutungen bei jungen Demokraten erzeugen, die für die Demokratie und sie selbst selbstmörderisch wirken. Das unsinnige und objektiv kriminelle Verhalten von Ulrike Meinhof wäre ohne die ungesühnte Tötung von Ohnesorg durch die Polizei, ohne die ungesühnte Hetze gegen Rudi Dutschke durch die Springer-Presse und das Attentat auf ihn nicht denkbar gewesen. Soll man tatenlos zusehen, wie sich die Gefahr entwickelt, daß erneut Studenten zu fehlerhaftem Verhalten verleitet werden, weil von Polizei- und Justizbeamten solche Methoden angewendet werden, wie sie z. B. der sicherlich nicht „linke" Kieler Professor Georg von Rauch in seinem Brief an den Berliner FDP-Vorsitzenden Oxfort beschreibt, und weil der gegenwärtige Chef des Bundesverfassungsschutzamts Dr. Schrübbers noch immer im Dienst ist, obwohl er nicht mehr bestreitet, als politischer Ankläger auch in Bagatellsachen gegen Gegner des Dritten Reiches Zuchthausstrafen beantragt zu haben? Prof. Dr. Brückner in Hannover wurde dagegen vom Amte suspendiert, weil er beschuldigt wird, aus übermäßiger, wenn auch vielleicht strafrechtlich unzulässiger menschlicher Solidarität jemandem Quartier verschafft zu haben, das er hätte verweigern sollen.

Gerade als ehemaliger Gestapohäftling bin ich Jürgen Seifert dafür dankbar, daß er versucht hat, solchen Gefahren entgegenzuwirken. Denn das war der Zweck seiner Rede. Ihr Kommentar hat zahllose politische Verfolgte des Dritten Reiches beleidigt, die meine Erfahrungen teilen.

WOLFGANG ABENDROTH

Die Chancen der Linken

Die fällige Reorganisation der Linken, die aufgrund ihres gewachsenen Resonanzpotentials an der gesellschaftlichen Basis mehr Möglichkeiten hat als je, müßte unter anderem folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

1. Die Linke darf nicht die Kräfteeinschätzung der Gegner übernehmen, sondern sollte die Möglichkeit einer breiter werdenden Basisorganisation wahrnehmen. Dabei darf sie aber nicht – wie in früheren Phasen – sich so definieren, wie der Gegner sie definiert, etwa indem sie eine heroische Verfolgten- und Untergrundmilitanz entwickelt. Durch solch defensives Verhalten überläßt sie dem Gegner die Initiative, läßt sich von ihm zu verschiedenem Unsinn provozieren und verzichtet darauf, den möglichen – natürlich an den realen Erfolgsmöglichkeiten zu kalkulierenden – Gegenangriff zu führen. Lassen wir uns nicht provozieren!

2. Um dies tun zu können, muß sie sich eine Sprache und eine kommunikative Vermittlungsfähigkeit erwerben, die sie aus ihren ingroup-Gettos befreit und zum Brennpunkt der Interessen an der gesellschaftlichen Basis macht. Dazu gehört die Kenntnis des politischen Alltagsverständnisses dieser Basispopulationen und das Erwerben eines gewissen Geschicks im Umgang mit den normalen Institutionen der Repression.

3. Der organisatorische Rahmen kann nicht im Konzept einer (neoleninistischen oder sonstigen) Parteikonzeption mit ihren basisfremden, ohnmächtigen Führungsansprüchen sein. Er müßte gewerkschaftlich sein, die je spezifischen Interessen und Notwendigkeiten jedes Arbeitsbereichs aufgreifend, aber auch nicht unpolitisch auf Nahziele unmittelbarer Interessenorganisation beschränkt, also auch nicht ständische Absonderungen befördernd. Aus diesen Gründen ist die Politik informeller Gruppen wie z. B. des Sozialistischen Büros, spezielle Zeitschriften für Betriebsbelegschaften, für Lehrer, für Sozial- und Medizinarbeiter usw. zu unterstützen, realitätsgerecht.

In absehbarer Zeit sind aufgrund der politisch-ökonomischen Situation erneut sich zuspitzende soziale Spannungen im Produktionssektor und im Erziehungssektor zu erwarten. Welches soziale Lager wird bis dahin besser organisiert sein?

Für eine Wiederaufnahme der Studenten- und Schülerbewegung

Lucio Magri

Der folgende Beitrag von Lucio Magri, einem hervorragenden Vertreter der Gruppe Il Manifesto, geht von der Situation Italiens aus. Seine Vorschläge lassen sich also durchaus nicht unmittelbar auf die Bundesrepublik übertragen. Gleichwohl kann der den politisch fortgeschritteneren italienischen Verhältnissen entsprechende Ansatz nicht zuletzt die strategischen Zielbestimmungen in der Bundesrepublik, die verschiedenen politischen Linien erhellen und somit auch zu einer konkreten, das heißt situationsspezifischen Strategie und Taktik beitragen. Der Beitrag wird im März in der Internationalen Marxistischen Diskussion des Merve-Verlags, zusammen mit weiteren Texten, in dem Heft „Il Manifesto — Thesen zur Schul- und Hochschulpolitik" erscheinen. (Bezug über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 648.)

Volksuniversität — Ja

Plakat: Französischer Mai 68

Einiges deutet darauf hin, daß die Schüler- und Studentenbewegung als direkt an ihrem spezifischen Bereich ansetzende Kampf- und Massenbewegung wieder beginnt. Es ist eine Wiederaufnahme, die wahrscheinlich als Reflex einer Krise entsteht (der Krise der minoritären Gruppen und der auf die Betriebe ausgerichteten politischen Arbeit der Studenten), sowie als Antwort auf eine Initiative des Gegners (die Liberalisierung der Studienzulassungen und Studienpläne, also die vom System in Gang gesetzte „stille Reform", die neue Widersprüche entfaltet und neue Protagonisten auf den Plan ruft). Genau dies bestätigt aber, daß das Studentenproblem keineswegs eine bloß vorübergehende, mit der Radikalisierung einer politischen Avantgarde zusammenhängende Erscheinung war, sondern eine strukturelle, die der Kapitalismus sich jetzt nicht mehr vom Halse schaffen kann, die er im Gegenteil fortwährend nährt.

Politische Linien im heutigen Italien

Um die Leitung dieser neuen Phase des Kampfes bewerben sich neue Führungsgruppen, die im Unterschied zu denen des Jahres 1968 versuchen, der Bewegung sofort, gleich zu Anfang, eine Plattform auf überregionaler Ebene vorzulegen: die früher horizontale Trennung — nach lokalen Zentren — wird von einer vertikalen Differenzierung — nach Linien — ersetzt. Die Bestimmung dieser Linien ist noch höchst ungenau: in jeder einzelnen finden sich analytische Ansätze und Vorschläge, die weitaus reichhaltiger sind als ihr programmatischer Entwurf, und dieser Entwurf ist seinerseits noch sehr roh. Auch der tatsächliche Einfluß dieser Linien auf die Realität erscheint noch sehr begrenzt, ungleichmäßig und schwankend. Trotzdem kann man durch eine gewisse Schematisierung bereits drei Positionen, drei Strömungen, erkennen, die die Bewegung zu hegemonisieren versuchen.

Die erste Linie ist die der Kommunisten (KPI), die ihre Universitäts-Sektionen neu konstituiert haben und dabei sowohl einige organisatorische Erfolge erringen konnten (in Rom, Venedig, Bari, Mailand und Padua) als auch eine gewisse politische Bedeutung gewonnen haben (in Bologna und einigen kleineren Städten).

Ihre Linie, sowohl die proklamierte vor allem die, anhand derer sie Anhänger gewinnen und Initiativen entwickeln, ist gekennzeichnet vom Rückzug auf die „Reform des Ausbildungswesens", heute konzentriert auf das „Recht auf Studium" mit allem üblichen Zubehör: Studienhonorar, strukturelle Entwicklung, Abschaffung der Selektionsmechanismen, Modernisierung der Lehrmethoden und -inhalte, studentische Mitbestimmung, Kampf gegen die fortschreitende Dequalifizierung. Die Verbindung zwischen diesem Programm und der allgemeinen politischen Linie der KPI besteht genau in dem, was die Strategie der Reformen anstrebt: die „nationale ökonomische Entwicklung" soll mehr und bessere Berufsmöglichkeiten garantieren, und die Ausnützung von Lehre und Forschung als erneuerter Institution im Dienste eines neuen Auftraggebers (der Volksbewegung) soll zur Verwirklichung dieser „Evolution" beitragen.

Die zweite Linie wurde von den Genossen der staatlichen Universität Mailand (Statale di Milano) entwickelt, die in wenigen Monaten eine Massenbewegung von beachtlichen Proportionen initiieren konnten, auf deren Welle sie zur Zeit versuchen, ein Netz von Verbindungen zu anderen Orten (vor allem in der Lombardei und der Emilia) zu knüpfen. Ein großer Teil dieses Erfolges hängt mit den allgemeinen politischen Themen und Initiativen zusammen, für die die Studentenbewegung das Stichwort, eine Struktur und einen einheitlichen Aktionsrahmen liefert: das sind zum einen eine Reihe von Straßendemonstrationen, die aufgrund ihres politischen Inhalts und ihrer Kampfformen einem nunmehr breiten Fächer der linksradikalen Öffentlichkeit Artikulationsmöglichkeiten bieten, zum anderen eine weniger dogmatisch gefärbte Wiederaufnahme dessen, was bisher in Italien als „Maoismus" aufgekommen war, wodurch den zahlreichen chinafixierten Gruppen, die sich mitten in der Krise befinden, eine Vereinigungsmöglichkeit geboten wurde. Im Unterschied zu allen übrigen Ansätzen der Studentenbewegung, die unmittelbar den Kontakt mit Arbeitern gesucht und eine Kampffront gegen die KPI eröffnet hatten, um so eine alternative Organisation aufzubauen, begnügt sich die Mailänder Gruppe damit, die derzeitige Hegemonie der KPI über die Arbeiterklasse zu konstatieren; sie klammert das Problem der „neuen Partei" aus und setzt sich zunächst das Ziel, die Voraussetzungen für sie zu schaffen durch einen neuen Aufschwung der Studenten- und Schülerbewegung als antireformistischer und theoretisch revolutionärer Massenbewegung. Die Frage, warum gerade die Studenten und wie sie diese Rolle spielen sollen, wird in einer Weise beantwortet, die direkt mit der allgemeinen Konzeption zusammenhängt: ihr zufolge sind die Studenten der fortgeschrittenste Teil jener Klein- und Mittelbourgeoisie, die von der zunehmenden Proletarisierung und der autoritären Involution so direkt getroffen wird, daß sie ihre eigenen Interessen nur noch dann verteidigen kann, wenn sie die sozialistische Perspektive und das Bündnis mit der Arbeiterklasse akzeptiert. Das Terrain der Mobilisierung der Studenten ist also jenes der Verteidigung ihrer Qualifikation und Berufschancen in Verbindung mit den übrigen Zwischen-

schichten, in welche dann später durch eine Avantgarde die „korrekte politische Linie“ hineingetragen wird.

Eine dritte Linie wird von den verschiedenen ouvrieristischen Gruppen vorangetrieben, jenen Gruppen, die heute zwar ohne präzise Koordinierung agieren, aber gleichwohl weiterhin eine einflußreiche Strömung darstellen: in Turin, Venedig, Trient, Florenz und Pisa. (Die Bewegung an der katholischen Universität von Mailand müßte gesondert untersucht werden: sie liegt zwar auf der gleichen Linie, bemüht sich aber derzeit intensiv um eine Neubestimmung). Die analytische Begründung dieser Linie besteht seit geraumer Zeit in der Identifizierung der gesellschaftlichen Physiognomie des Studenten mit der des Proletariers, woraus eine Angleichung des studentischen Kampfes an den der Arbeiter abgeleitet wird. Zum einen also Maximierung der materiellen Forderungen der Studenten (vom Studienhonorar bis zum Mensaessen, vom Schutz für die Pendler bis zu den Sozialleistungen, kurz: die Kosten für die Ausbildung der Arbeitskraft sollen immer mehr vom Kapital bezahlt werden); zum andern Verweigerung des Studiums und Blockierung der Forschung (Kampf gegen die Selektionsmechanismen, Irrelevanz der didaktischen Probleme, Lähmung des Unterrichts). Auf dieser Grundlage suchen sie die direkte Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiter und weisen sie die politische „Besonderheit“ der Studenten- und Schülerbewegung zurück.

Obgleich sich diese Linien in jeweils völlig verschiedene Strategien einordnen und daher unterschiedliche Kampfziele betonen, haben sie doch, was die Studentenbewegung anbetrifft, eines wesentlich gemein: sie wollen sie erneut als Massenbewegung lancieren vermittels eines Rückgriffs auf die „gewerkschaftliche“ Dimension (auf die der Schicht) d. h., vermittels unmittelbarer Verteidigung der Lage des Studenten, seines materiellen Interesses und seines Qualifikationsniveaus.

Substantielle Ambivalenz der qualifizierten Arbeit und die Studenten

Wir meinen dagegen, daß diese Ebene falsch und illusorisch ist und daß es auf diesem Weg keinen Wiederaufschwung der Bewegung geben kann, – oder wenn doch, dann auf zerbrechlichen und zweideutigen Grundlagen. Denn aus unterschiedlichen Gründen verflüchtigt sich in allen diesen Linien das entscheidende Element der gesellschaftlichen Physiognomie des Studenten und der qualifizierten Arbeit in einer Gesellschaft des fortgeschrittenen Kapitalismus, d. h. ihre substantielle Ambivalenz: zugleich entfremdete, ausgebeutete Arbeitskraft und Inhaber eines Privilegs zu sein, Produzent von Wissenschaft und Kultur zu sein, aber einer Wissenschaft und einer Kultur, die systemfunktional sind, eine Schicht zu sein, die sich auf dem Wege der Dequalifizierung befindet, aber auch die einzige ist, die sich qualifizieren kann. Eine Linie der „Syndikalisierung“ führt bei Studenten, ebenso wie bei den übrigen Zwischenschichten, notwendig zu einem Überhang des negativen Aspekts dieser Ambivalenz, zu einer Trennung von der Arbeiterklasse und zur inneren

Arbeiter, Studenten, Bevölkerung – verbunden Plakat: Mai 68

Spaltung. Sie würde einen pulverisierten, in eine Unzahl von korporativen Strömungen zerfallenen Syndikalismus produzieren – wie es ja übrigens schon für viele Schichten geschehen ist (Lehrer, Angestellte im öffentlichen Dienst, Journalisten).

Werden wir konkret. In einer Gesellschaft, in welcher die Rolle des Studenten von der des Werktätigen getrennt ist, in welcher das gehobene Ausbildungsniveau zum Aufstieg in gehobene Gehaltsstufen dient, in welcher die Selektionsmechanismen außerhalb der Schule es fast nur den Kindern der Oberklassen gestatten, zu den höheren Stufen der Ausbildung vorzudringen, in welcher die öffentlichen Aufwendungen in erster Linie von den unteren Einkommensstufen finanziert werden, bedeutet die Forderung nach einem allgemeinen Studienhonorar und nach Abschaffung aller Selektionsmechanismen – wenn sie verstanden wird nicht als konstitutiver Teil einer neuen Ordnung der Gesellschaft und Ausbildung (in der alle arbeiten und studieren sollen und das Studium keinen Privilegienanspruch mit sich bringt), sondern als unmittelbar zu erfüllende Forderung – den Kampf um ein willkürliches Privileg. Würde diese Forderung unmittelbar erfüllt, so müßten die Arbeiter die Kosten tragen für eine wachsende Zahl von Studenten und Schülern, deren Ausbildung schlecht und unnütz ist, die zum größten Teil aus den anderen Klassen kommen und die morgen ihre Ausbildung dazu benutzen, um sich das Recht auf bessere Arbeit und höheres Einkommen zu sichern. Oder im umgekehrten Falle: wenn der Kampf gegen die Dequalifizierung innerhalb des schulischen und universitären Rahmens geführt wird (für sinnvolles Studium, für berufsbezogene Inhalte), wenn er gar innerhalb der bestehenden sozialen Rollen in Verbindung mit den qualifizierten Berufskategorien begründet wird, so kann er nur eine – im übrigen illusorische – Perspektive für jene Studenten bieten, die regelmäßig die Lehrveranstaltungen besuchen; er trennt sie dagegen von der anschwellenden Masse der Werkstudenten und von denen, die nicht am Universitätsort wohnen; er bleibt folglich ein bloßer Anreiz für eine privilegierte Minderheit, die als Stimulus und ideologische Mystifikation dient, um die Massen zu integrieren.

In den vergangenen Jahren konnte diese Gefahr vermieden werden, weil sich der Kampf konzentrierte auf die Entlarvung des autoritären und selektiven Ausbildungswesens, also auf ein Ziel, in dem alle studentischen Schichten konvergierten und das andere gesellschaftliche Gruppen nicht benachteiligte. Heute ist der Kampf allerdings in eine objektiv neue Phase eingetreten: die Massenausbildung beginnt, eine vollendete Tatsache zu werden, und es treten neue zunehmend materielle Widersprüche auf. Wer diese Widersprüche dadurch angehen will, daß er sich Strömungen, die unmittelbare Forderungen stellen, anschließt, ohne sie auf eine höhere Ebene zu führen, der bereitet die Krise der Einheit und die politische Involution der Bewegung vor; und dies mit Programmen, die eine reale Mobilisierung schließlich nur im Rahmen einer korporativen, ihrem Wesen nach rechten Ideologie bewirken könne. Es ist kein Zufall, daß die Linien, die wir genannt haben, auf solcher Grundlage eine reale Verbindung mit den Massen nicht haben erreichen können.

Unser Vorschlag: Angriff auf die kapitalistische Arbeitsteilung und Bedürfnishierarchie

Was wir selbst vorschlagen, was wir in allgemeiner Form mit den „Thesen zur Schule und Hochschule“ zu bestimmen versuchten, ist etwas radikal anderes. Wir leugnen nicht die Bedeutung gewisser Kämpfe zur unmittelbaren Verteidigung studentischer Interessen (vor allem jener gegen die Mechanismen der sozialen Selektion) oder gewisser politischer Masseninitiativen (vor allem dann, wenn sie direkt antikapitalistische und antireformistische Inhalte haben), aber wir halten daran fest, daß die einen ebenso wie die anderen nur dann entwickelt, durchgeführt und überwunden werden können, sofern sie sich auf eine viel fortgeschrittenere Linie der Bewegung beziehen: auf die allgemeine und direkte Infragestellung von Schule und Universität als „abgesonderten Institutionen“, die die Reproduktion der sozialen Rollen der kapitalistischen Gesellschaft und damit der kapitalistischen Arbeitsteilung garantieren. Von vielen Seiten ist uns vorgeworfen worden, unsere Theorie sei abstrakt und utopistisch, an sich zwar richtig, aber intellektualistisch und wenig mobilisierend. Die bösartigste und gröbste Version dieses Einwands zeigt sich in dem Vorwurf, daß wir Grundrisse einer kommunistischen Erziehung entwerfen, während wir uns doch in einer Gesellschaft befinden, in der die Macht in den Händen der Kapitalisten ist, und auf einer historischen Stufe, auf der die Aufhebung der Arbeitsteilung sogar von einer sozialistischen Macht nur schrittweise vorgenommen werden könnte. Diesem Vorwurf ist leicht zu begegnen: was wir vorschlagen, ist kein heute und in dieser Gesellschaft realisierbares alternatives Modell für Schule und Universität, sondern eine Kampflinie, die heute und in dieser Gesellschaft beginnt, die Ausbildungsinstitutionen in Frage zu stellen, die von ihnen hervorgebrachten gesellschaftlichen Rollen an der Wurzel zu kritisieren, und die aus dieser Kritik ein Instrument schmiedet, um das System zu bekämpfen und ihm eine konkrete Alternative entgegenzustellen.

Dadurch verschiebt sich die Diskussion auf eine andere Ebene; die Frage lautet: ist es heute möglich, eine Linie für einen nicht bloß ideologischen Angriff auf die kapitalistische Arbeitsteilung konkret zu bestimmen? Ist es möglich, die Studenten – oder einen wichtigen Teil von ihnen – in diesen Kampf miteinzubeziehen?

Beginnen wir mit dem zweiten Punkt. Es besteht allgemein Einigkeit darüber, daß der unmittelbarste und materiellste Widerspruch, aus dem die Studentenrevolte entsteht, derjenige zwischen der wachsenden Vermassung der Ausbildung und der mangelnden Fähigkeit des kapitalistischen Systems zur Nutzung ihrer Ergebnisse ist. Weniger Einigkeit besteht vielleicht – oder er wurde ungenügend reflektiert – über den Charakter und die Tragweite dieses Widerspruchs. Die oft hervorgehobene Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung von Intellektuellen ist tatsächlich nur der unmittelbare und äußerliche Aspekt einer allgemeineren und vielfältigeren Erscheinung: sie umfaßt einerseits – im Ausbildungssektor – die fortschreitende Aushöhlung des realen Inhalts der Kultur und der Kenntnisse, die die kapitalistische Wissenschaft zu liefern vermag, und andererseits – in der Gesellschaft – die ständig ungenügendere Nutzung der intellektuellen Fähigkeiten, die aber für die kapitalistische Entwicklung benötigt und deshalb von der Ausbildung stimuliert werden. Es kommt also im Problem der Studenten (und allgemein im Problem der qualifizierten Arbeit) – sei es auch in einer besonderen Form – nicht irgend ein Widerspruch ans Licht, sondern d e r Widerspruch des reifen kapitalistischen Systems (jener zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen), und zwar in seiner radikalsten Bedeutung: nicht bloß als quantitativer Widerspruch zwischen möglicher und tatsächlicher Wachstumsrate, sondern als qualitativer Widerspruch zwischen dem Typ von Entwicklung, dem das System folgt, und den vom System selbst erzeugten gesellschaftlichen Bedürfnissen (nicht-entfremdete Arbeit, eine andere Hierarchie der Bedürfnisse,

eine neue Organisation des gesellschaftlichen Lebens, etc.). In diesem spezifischen Sinne ist es richtig, von der Proletarisierung der Intellektuellen, der Studenten und der Techniker als von einem aktuellen Phänomen zu sprechen: der Student ist sich nicht bloß darüber im klaren, daß die Möglichkeit, eine berufliche Stellung zu finden, sehr beschränkt ist, sondern er weiß auch, daß diese ihm in jedem Falle nur eine zutiefst unbefriedigende Arbeit zu bieten hat; und er erlebt jene Perspektive bereits in der Willkürlichkeit und Monotonie der Methoden und Inhalte einer ihm eingepaukten Ausbildung. Unter den gesellschaftlichen Rollen, auf die die Ausbildung vorbereitet, und unter den Disziplinen, die sie lehrt, gibt es keine einzige, in der diese Krise nicht mehr oder weniger evident ist. Hierin liegt der tatsächlich progressive, antikapitalistische Inhalt der studentischen Problematik und des Arbeiterkampfes. Gewiß, eine solche Perspektive beinhaltet den grundsätzlichen Verzicht auf das doppelte Privileg des Studenten (auf jenes, das aus der Trennung zwischen Studium und Arbeit resultiert, und auf jenes des zukünftigen qualifizierten Werktätigen, dem das System zwar nicht Sicherheit und Befriedigung bietet, jedoch wenigstens höheres Einkommen und geringere Anstrengung. Sie beinhaltet also eine theoretisch und politisch höhere Ebene und einen Kampf zwischen rechts und links innerhalb der Bewegung. Aber es ist ein Kampf, in dem die Linke nicht mehr nur auf die „ideologische" Bewußtwerdung einer Avantgarde setzt, sondern an einem materiellen Widerspruch arbeiten kann, dem sich eine ganze gesellschaftliche Gruppe konfrontiert sieht.

Die entscheidende Schwierigkeit und notwendige Voraussetzung: gesamtgesellschaftlicher Kampf

Damit kommen wir zu der theoretisch und praktisch entscheidenden Schwierigkeit. Ein Kampf gegen die Arbeitsteilung kann nur dort beginnen, wo die Arbeit stattfindet; eine Infragestellung der gesellschaftlichen Rollen kann nur innerhalb der Strukturen entstehen, in die diese Rollen eingefügt sind, oder nur aus den Interessen, die von ihnen unterdrückt werden: Es ist der Kampf der Arbeiter gegen die Organisation der Arbeit in den Betrieben und gegen die Berufshierarchie; es ist der Kampf der Werktätigen für eine andere Stadt und für eine neue Art, das Problem der Gesundheit anzugehen; es ist der Kampf der Frauen für ihre gesellschaftliche Emanzipation und der Bauern gegen die Unterentwicklung; es ist der Kampf der Techniker gegen die Entscheidungsstrukturen des Unternehmens und der Forscher gegen die Subsumtion der Forschung unter den Profit.
Haben dagegen der Kampf gegen die Arbeitsteilung und die Infragestellung der gesellschaftlichen Rollen ihr Epizentrum in der Ausbildungsinstitution und werden sie dort von der Studentenbewegung als solcher vorangetrieben, so bleiben sie unweigerlich ein rein ideologisches, nur das Bewußtsein betreffendes Faktum, ein Methodenstreit. Da sie keine reale Veränderung der Strukturen durchsetzen können, stellen sie sich immer wieder als reine „Verweigerung der Rollen" dar, die – halb populistisch, halb subkulturell – von der Minderheit praktiziert wird, die es sich leisten kann. Die Linie, die wir vorschlagen, hätte also als Linie für einen Wiederaufschwung der „Studenten"-Bewegung keinen Sinn. Sie setzt vielmehr voraus, daß sich gesamtgesellschaftlich ein Kampf gegen die Arbeitsteilung, gegen die kapitalistische Gesellschaftsorganisation und folglich eine reale Kritik der gesellschaftlichen Rollen entwickelt; in diesen allgemeinen Kampf hat sich der studentische einzufügen, und zwar nicht unter Abstrahierung von seiner Besonderheit, sondern gerade im Namen seiner Besonderheit (der verschiedenen Berufsprofile, der verschiedenen Disziplinen, die an der Universität gelehrt werden).
Diese Voraussetzung – und das ist der springende Punkt – ist heute in der Tat weder willkürlich noch utopistisch. Analysieren wir die gesellschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre und die von ihnen aufgeworfene theoretische und politische Thematik, so können wir nicht übersehen, worin sie ihre grundlegende Neuheit haben: gerade darin, daß sie – noch in embryonaler und konfuser Weise – die Notwendigkeit einer Kritik der Arbeitsteilung und der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsorganisation artikuliert haben. Dadurch haben sie eine radikale Neubestimmung der gesellschaftlichen Rollen, der qualifizierten Arbeit, der gesamten Berufshierarchie, des Charakters von Wissenschaft und Technik notwendig gemacht und zugleich ermöglicht. Enthalten die Arbeiterkämpfe nicht eine offenkundig egalitäre Tendenz, eine Ablehnung der kapitalistischen Technologie und ihrer Neutralität, die Ablehnung der parzellierten und entfremdeten Arbeit? Erwächst daraus nicht eine umfassende Reflexion über die Rolle des Technikers und des Forschers? Erwächst nicht auch aus der neuen Art, wie in den Kämpfen sich jetzt das Problem der Sozialleistungen – Krankheit, Wohnung, Stadt – als ein an der Wurzel anzugreifendes, gesellschaftliches Faktum stellt, eine radikale Ablehnung aller jener Lösungsversuche, die eine privatistische Gesellschaft dafür zu bieten hat, und eine ebenso radikale Neubestimmung der Rolle des Arztes und des Architekten? Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren.
Selbstverständlich handelt es sich um Prozesse, die gerade erst beginnen und schnell isoliert, kontrolliert und durch die herrschende Ideologie, die Repression und die völlig unsensible reformistische Strategie integriert werden können.
Gerade dies macht aber einsichtig, welche entscheidende und weitertreibende Funktion ein Kampf der Studenten, Techniker und Intellektuellen haben könnte, wenn er in diese Richtung zielte. Die Arbeiterklasse im engeren Sinne, die heute vom Proletarier am Fließband repräsentiert wird, schwankt in ihrer Spontaneität tatsächlich noch zwischen Integration und luddistischer (Luddismus = Maschinenstürmerei) Verweigerung, aus Mangel an Bewußtheit und Organisation, was jedoch Reflex ihrer gesellschaftlichen Physiognomie ist. Um aus dieser immer wieder neu entstehenden Sackgasse herauszukommen, um ihrer instinktiven Revolte gegen die kapitalistische Objektivität rationale Klarheit zu geben und um mit der Bestimmung einer Reihe von alternativen Antworten zu beginnen, anhand derer sich ein revolutionäres Lager herausbilden kann, ist es für die Arbeiterklasse notwendig, daß eine parallele Verweigerung und eine parallele Suche nach konkreten Ansätzen in dem Bereich der gesellschaftlichen Tätigkeit beginnt, der Wissenschaft, Technik, Organisation und Unterricht bestimmt. Entsprechend kann auch die Arbeitskraft niemals vollständig zum Mittel des Systems reduziert werden: sie bewegt sich im Widerspruch von Gebrauchswert und Tauschwert, der den Ausgangspunkt des Kapitalismus und zugleich seine unüberschreitbare Grenze darstellt. Eben in diesem Sinne und in diesem Rahmen kann auch das Konzept eines alternativen Gebrauchs der Ausbildung einen Wert gewinnen, der nicht von vornherein zweideutig ist, nämlich als wechselseitige Bewegung von der Ausbildung zur Gesellschaft und von der Gesellschaft zur Ausbildung. Die antikapitalistische Protestbewegung braucht, um über die romantische Verweigerung von Effizienz und produktivem Wachstum hinauszukommen, kulturelle Kategorien und neue technische Entdeckungen; ebenso ist umgekehrt eine alternative Wissenschaft nur möglich als Antwort auf real in der Gesellschaft gestellte Fragen und als Verwendung von bereits existierenden Ressourcen. Aus all diesen Gründen ist unseres Erachtens die hier vorgeschlagene Linie für eine Wiederaufnahme des Kampfes der Studenten und Schüler ein wesentliches Element zur realen Entfaltung der gesamten antikapitalistischen Front in einer fortgeschrittenen Gesellschaft: sie ist nicht nur Flucht nach vorn, sondern im Gegenteil die Vorbedingung für eine realistische revolutionäre Politik, für den Ausweg aus der Alternative Reformismus oder Aufstand.

Zum Aufbau einer Bewegung genügt es sicher nicht, daß die Bedingungen dafür existieren; ebensowenig genügt zur Bestimmung einer Linie, daß ihre allgemeinsten Inspirationen dargelegt werden. Der wichtigste Teil des Weges liegt noch vor uns, nämlich die Bestimmung der konkreten Ziele und der Aufbau einer Organisation – und wenn dieser Weg nicht ganz bis zu Ende beschritten wird, kann der gesamte politische Sinn dieses Ansatzes verloren gehen oder sich gar umkehren. Die Arbeit liegt noch vor uns, wir können hier zunächst nur die uns wesentlich erscheinenden Teile und die dringendsten Punkte bezeichnen:

Für die Vergesellschaftung der Ausbildung

1. Das wichtigste Problem ist die Bestimmung konkreter und mobilisierender Ziele im Rahmen der angegebenen Perspektive. Unserer Meinung nach muß die Untersuchung zwei Wege gehen.

In erster Linie den Weg der fortschreitenden Bekämpfung der Ausbildung als abgesonderter Institution. Auf der Ebene der Grund- und Mittelschule bedeutet das vor allem fortschreitende Integration der Ausbildung in das gesellschaftliche Ganze, Teilnahme von Eltern und Schülern an der Leitung und Verwaltung der Schule, Einbezug der die Schule umgebenden Realität (Produktion, Gewerkschaften, Politik, Kultur und Alltagsleben) in die Schule – das betrifft die Lehrinhalte und die Lehrer. Eine solche Vergesellschaftung der Erziehung ist nunmehr reif: die Methoden und Inhalte jener von Generation zu Generation tradierten und vom beamteten Lehrer vermittelten Ausbildung sind in gleichem Maße in die Krise geraten wie die Weltanschauung, die sie übermitteln, und wie die herrschende Klasse, für die sie die Selektion vorzunehmen hatten. In der Grundschule zeigt sich die Absurdität der Erziehungsinhalte und -methoden noch deutlicher als anderswo: hier sind Ausbildung und Erfahrung so weit voneinander getrennt, daß der größte Teil des Unterrichts äußerlich und willkürlich bleibt, nichts verändert und schnell vergessen wird. Auf der Ebene der Oberschule bedeutet Bekämpfung der abgesonderten Institution vor allem den Kampf für die Anwendung eines radikalen Prinzips: kein Schüler oder Student, der ausschließlich lernt, kein Werktätiger, der ausschließlich arbeitet! (In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Forderung nach einem Studienhonorar neue Bedeutung.)

Gewiß, solange die produktive Arbeit geteilt und repetitiv ist, wie das in einer kapitalistischen Gesellschaft für den überwiegenden Teil der arbeitenden Bevölkerung der Fall ist, solange genügt die bloße Zusammenkoppelung von Studium und Arbeit nicht schon von sich aus zur Wiedergewinnung einer Einheit: sie bleiben zutiefst getrennte, einander fremde Realitäten. Das ist auch der Grund, weswegen ein solcher Kampf (wie übrigens auch der Kampf für die Vergesellschaftung der Primärerziehung) nur in dem Maße und nur dann sinnvoll ist, wenn in der Gesellschaft eine allgemeine Infragestellung und das heißt eine wirkliche Reduktion der parzellierten und repetitiven Arbeit voranschreitet, oder zumindest die Möglich-

keiten zu einer wirklichen Rotation der Berufsrollen geschaffen werden. Das Gegenteil stimmt allerdings auch: die Durchsetzung einer neuen Art des Rechts auf Ausbildung stellt selbst Stimulanz und Bedingung für einen solchen allgemeinen Kampf dar. Jedenfalls dient sie von Anfang an zur Untermauerung des Prinzips, die entfremdete Arbeit, solange wie die Gesellschaft sie noch braucht, unter allen gleichmäßig zu verteilen. Dies ist vor allem die direkteste Art und Weise, die Arbeiterklasse in einen Kampf für die Umgestaltung der Ausbildung einzubeziehen: einen Kampf für den die Klasse heute mehr als reif ist, wenn es stimmt, daß einer der bedeutendsten Aspekte ihrer Forderungen heute die Rebellion gegen eine Arbeitsorganisation ist, durch die der halbqualifizierte Arbeiter einer intensiven Ausbeutung unterworfen wird.

Ein zweiter, langer und schwierigerer Weg, der präzise Ziele angeben muß, geht aus von der konkreten Situation einer Disziplin – einem Berufsbild (Medizin, Architektur, industrielle Technologie, Soziologie etc.) – um die gesellschaftliche Rolle, die sie beinhaltet, und darüberhinaus die spezifische gesellschaftliche Struktur, in die sie sich einfügt (Gesundheitswesen, Stadt, betriebliche Organisation etc.) zu bekämpfen; von hier aus führt er zurück zu einer kritischen Betrachtung der Inhalte von Kultur und Wissenschaft, die mit dieser Struktur und jener Rolle aufs engste verbunden sind. Es kommt darauf an, die abstrakte Allgemeinheit der „Studentenbewegung" zu überwinden und die Realität der Ausbildung in ihre verschiedenen Sektoren zu zergliedern; es kommt darauf an, die Diskurse über Autoritarismus und Subsumtion der Wissenschaft unter das System zu überschreiten, um in jeder einzelnen Disziplin den konkreten Modus ausfindig zu machen, in dem sich diese Subsumtion aktualisiert, und um hier die Basis für eine mehr als nur ideologische und solidaristische Verbindung mit den Kämpfen außerhalb der Ausbildungssituation zu finden. Und es kommt vor allem darauf an, den konkreten Modus, durch den diese Kulturkritik zur Bewegung werden kann, zu entdecken und den gesellschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten Idee und Motivation zu vermitteln. Ohne diese konkreten inhaltlichen Vermittlungen, ist die Rede vom „Kampf gegen die Arbeitsteilung" reine Ideologie.

Organisationsformen

2. Ein zweites Problem, mit dem ersten aufs engste verbunden, ist das der Organisationsformen. Wenn wir die „Syndikalisierung" der Bewegung ablehnen und ebenso die Vorstellungen vom studentischen Kampf als Rekrutierungsfeld allgemeiner Art für revolutionäre Kader, so enthält diese doppelte Ablehnung eine Konzeption der Studenten- und Schülerbewegung als politische autonome Massenbewegung: insofern sie eine allgemeine Kritik des Systems entwickelt und versucht, sich in einen breiteren Bündniszusammenhang einzufügen und insofern sie diese Kritik induktiv, ausgehend von einer spezifischen und konkreten gesellschaftlichen Situation, entwickelt. Dies bedeutet selbstverständlich für die Organisationsfrage, die Vorstellung vom „Transmissionsriemen" auszuschließen und darüber hinaus auch jene Minoritäten-Mentalität zu überwinden, die die Schulen und Universitäten zum Kampffeld für einander befehdende Gruppen gemacht hat; es bedeutet aber ebenso, das extreme Gegenteil zu vermeiden, nämlich die Mythologie der Vollversammlungen, deren Grenzen inzwischen vollständig sichtbar wurden. Wie ist es möglich, sinnvolle Zielvorstellungen zu erarbeiten, die theoretische Debatte weiterzutreiben und Verbindungen nach außen zu verwirklichen, wenn die Bewegung keine eigenen, stabilen Organisationsformen findet, das einmal erreichte Niveau nicht zu konsolidieren vermag und ihre verschiedenen Kämpfe nicht zu verknüpfen weiß? Hier stellt sich, wie überall, das Problem der Räte als Formen der direkten Demokratie und der permanenten Organisierung einer homogenen gesellschaftlichen Gruppe. Das Problem ist aber hier komplexer als anderswo, gerade weil die Studenten und Schüler, wie wir ausgeführt haben, keine gesellschaftliche Gruppe sind, gerade weil sich ihr Kampf nicht entfalten kann, wenn er nicht unmittelbar an die äußere Realität gebunden ist.

Die Lösung des Problems liegt unserer Meinung nach in Organisationsformen, die auf homogenen Kollektiven (in Fakultäten, in Schulen) aufgebaut werden, auf Kollektiven, die einerseits vertikale Verbindungen mit gleichartigen Kollektiven (innerhalb gleicher Fachrichtungen an verschiedenen Orten, innerhalb der Werkstudenten, innerhalb der Technik-Studenten, etc.) herstellen und die andererseits unmittelbar in größere und außerhalb von Schule und Universität angesiedelte Organismen (Arbeiter – Studenten, Studenten – Arbeiterviertel, Studenten – Techniker, Studenten – Schüler – Familien, etc.) integriert sind. Aus diesem Grunde ist eine Entwicklung der Studentenbewegung anhand der von uns angegebenen Linie nur unter der Bedingung denkbar, daß sich in anderen Bereichen der Gesellschaft in gleicher Weise autonome Bewegungen, und zwar organisiert, entwickeln (Betriebsdelegierte und Arbeiterräte, Stadtteilkomitees, Techniker- und Forscherkollektive, etc.), Organismen, die in der Lage sind, Kämpfe auf einer analogen Ebene zu begründen und zu leiten.

Das Problem der Partei

3. Ein letztes Problem ist das der Partei. Um sich als antikapitalistische Massenbewegung zu entwikkeln, braucht die Studentenbewegung, wie jede andere, einen politischen Gesprächspartner. Sie braucht ihn vor allem deshalb, weil die revolutionäre Komponente der Studentenbewegung ohne die innere Präsenz einer umfassenden Theorie der Gesellschaft und einer Avantgarde, die sie zum Ausdruck bringt, nicht dauerhaft die Oberhand über die korporative Komponente behalten kann, und weil auch die revolutionäre Komponente ohne diese Präsenz nicht zu einer kritischen und konkreten Auseinandersetzung fähig ist. Die Ablehnung des „Transmissionsriemens" und der jakobinischen Konzeption des „ausschließlich externen" revolutionären Bewußtseins beinhaltet nicht den Rückfall in eine spontaneistische, ausschließlich induktive Konzeption, die in einer Gesellschaft, in der die Produktivkräfte ebenso wie die Bewußtseinsformen tiefgreifend vom System konditioniert werden, nichts anderes zur Konsequenz hätte als die Verdammung der Bewegung zu einem ewigen Schwanken zwischen Integration und Revolte.

Zweitens braucht die Studentenbewegung einen politischen Gesprächspartner deswegen, weil Entwicklung und Resultat ihres Kampfes von der Präsenz analoger Avantgarden in anderen Bereichen der Gesellschaft abhängen, ohne die ihre Auseinandersetzung völlig abstrakt bleibt und fortwährend in sich selbst rotiert.

Sie braucht ihn schließlich deswegen, weil ihr Kampf im Zuge seiner Entfaltung dazu tendiert, eine allgemeine Krisensituation des Systems zu schaffen, eine Krise, die viel schneller kulminiert, als eine Alternative heranreift, eine Krise also, in deren Verlauf die Revolution den Charakter eines Zusammenstoßes und eines qualitativen Sprungs annehmen muß, für den eine adäquate organisatorische Struktur auf nationaler und internationaler Ebene erforderlich ist.

Einer der entscheidenden Gründe für die Schwierigkeit, in der sich die Studentenbewegung nach 1969 befand und durch die sie ihre erste Niederlage erlitten hat, war gerade das Fehlen eines solchen politischen Gesprächspartners: einer Partei, deren Strategie, Organisationsformen und unmittelbare Ziele die von der Studentenbewegung aktualisierten neuen Inhalte und Bedürfnisse hätten aufnehmen können. Deswegen ist es unmöglich, an einen neuen Aufschwung der Studenten- und Schülerbewegung zu denken – schon gar nicht mit den von uns betonten Merkmalen –, wenn man das Problem der „neuen Partei" ausklammert, wenn man sich also nicht konkret die Frage stellt, wie die Studenten selbst, als revolutionäre Kämpfer, zum historischen Prozeß der Parteibildung beitragen können. Man kann sogar sagen, daß das Problem einer Wiederaufnahme der Studentenbewegung im heutigen Italien nur deswegen von realer Bedeutung ist, weil das viel umfassendere Problem des Klassenkampfes auf allen Ebenen der Gesellschaft und der Herausbildung einer neuen revolutionären Partei konkret gelöst werden muß.

(deutsch von Burkhart Kroeber)

Kleinanzeigen

Hochschulkampf

Die Zeitschrift HOCHSCHULKAMPF ist zu beziehen im Buchhandel oder durch die Redaktion. Jedes Heft 50 Pfennig. Abonnements: im halben Jahr 8,– DM, im Jahr 15,– DM. Bestellungen gegen Vorauszahlung an Redaktion HOCHSCHULKAMPF, c/o Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstraße 60. Zahlungen auf Postscheckkonto HOCHSCHULKAMPF, PSA Berlin-West, Nr. 231 79.

Jürgen Seifert:

Solidarität mit Peter Brückner. Rede am 25. Januar 1972 in der TU Hannover. Im Anhang: Stellungnahme der GEW: Gegen Diffamierung Jürgen Seiferts! Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz: Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst. Solidaritätspreis 50 Pfennig, bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 20 Pfennig je Stück. Bezug: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

Kontaktzentrum Heimzöglinge

Der SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln e. V.) sucht dringend Kontakte zu Sozialpsychologen und Psychotherapeuten o. ä., die seiner Konzeption der Emanzipation entfremdeter Jugendlicher entsprechen. Es handelt sich um den Nachweis wissenschaftlich qualifizierter Fachkräfte, damit diese nicht ausgeschrieben werden durch das Jugendamt, falls das geforderte Kontaktzentrum bewilligt wird – mithin um eine vorhergehende gemeinsame Zielsetzung aller Beteiligten (auch der Jugendlichen) gegenüber den Behörden. Zuschriften an Eberhard Tresselt, 5 Köln 41, Marsiliusstr. 32.

Der Fall Henne

Dokumentation der Landesjugendpresse NRW zum Fall des Detmolder Realschullehrers Karl-Heinz Henne. Henne wurde wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP bisher die Einstellung in den Schuldienst in NRW versagt. Bestellungen an Reinhard Berlin, 5 Köln 51, Mansfelder Str. 37-39 (DM 0,40 in Briefmarken beilegen).

Bildungsreform

Der Bundesvorstand des Politischen Arbeitskreises Schulen (PAS) hat in einer neuen Inforeihe den ersten Titel herausgegeben: Materialien zur Bildungsreform. Solange Vorrat reicht können die Materialien kostenlos abgegeben werden: Politischer Arbeitskreis Schulen, 53 Bonn, Langgasse 10.

Politisches Nachtgebet

Das Politische Nachtgebet Köln bietet folgende neue Texthefte an: „Schule der Nation" (Situation der Jugend), „§ 218" und „Bangla Desh". Preis je DM 1,–. Bezug: Maria Veit, 5 Köln 41, Fürst-Pückler-Straße 57.

Krise als kalkulierte Selbstzerstörung oder der gewöhnliche Kapitalismus

Interviews bei Luchterhand

Daghild Bartels
Peter Jirak

Die fristlose Entlassung des Cheflektors bei Luchterhand, Frank Benseler, erscheint an der Oberfläche der deutschen, schlecht oder falsch informierten Öffentlichkeit als Einzelfall neben anderen, der arbeitsrechtlich zu klären sein wird. Jedoch die Einzelfälle werden in letzter Zeit immer häufigere Einzelfälle: der Wahnsinn entwickelt sein System. Bei Luchterhand kündigten mittlerweile 7 Lektoren und technische Angestellte aus Solidarität mit Frank Benseler[1]. Das bringt den Verlag in eine schwierige, vielleicht aber auch günstige Lage. Allen Kommentatoren dämmert zwar, daß diese Ereignisse über eine einzelne Verlagskrise hinausweisen, doch bisher wurde nicht begriffen, daß es sich um eine medienpolitische Entscheidung mit weitreichenden Folgen für die gesamte Literaturproduktion handeln kann. Denn, der Luchterhandbetrieb, im In- und Ausland als einer der progressivsten Verlage tituliert, ist im Begriff, die Branche, die ihm dieses Image einbrachte, abzuwürgen. Braucht der Verlag die Maske der Kultur nicht mehr? Kann er sie sich nicht mehr leisten?

Dieser Prozeß, in einem der renommiertesten Verlage der Bundesrepublik, macht für den Sektor Literaturproduktion deutlich, welche Überlebenschancen mittlere Betriebe im Zuge der Monopolisierung im Medienbereich haben. Er wirft Licht auf die Wege, die sie einschlagen, um zu überleben und zeigt zugleich, welche inhaltlichen Konsequenzen die verschärfte Konzentration im Verlagswesen hat: jetzt werden Zahlen sinnlich; der ökonomischen Konzentration folgt der gezielte Schlag gegen bestimmte Inhalte.

Nach fast 15jähriger Tätigkeit[2] wird dem Cheflektor ein angeblicher Fehler zum außerordentlichen Kündigungsgrund. Die Geschäftsleitung behauptet, Benseler habe sich grobe Fahrlässigkeit zu schulden kommen lassen, indem er vor endgültiger Klärung der Copyrightfragen für 3 Beiträge zum Projekt „Marxismus und Soziologie in der DDR" – herausgegeben von Christian Peter Ludz – die Imprimatur erteilt habe. Damit habe er dem Verlag in seinem Ansehen wie ökonomisch schweren Schaden zugefügt. Dieses Argument ist scheinheilig; denn Geschäftsleitung und Mehrheitsgesellschafter wissen seit mehr als zwei Jahren um die Schwierigkeiten in diesem Fall. Über die umstrittenen Beiträge, für die der Dietz-Verlag/DDR zunächst die Rechte nicht freigeben wollte, konnte und sollte weiterverhandelt werden[3].

Ernst genommen wurde dieser Kündigungsgrund im übrigen von niemand. Benseler selbst sieht die Entscheidung eindeutig politisch motiviert, nicht als Schlag gegen seine Person, sondern gegen dieses Projekt, das der Verleger Walter den Stolz des Herbstprogramms nennt. Benseler: „Ich könnte meinerseits nun der Geschäftsleitung das Vertrauen aufkündigen, denn meine Aufgabe war ja, wie die der anderen Kollegen, zwischen Autoren und Lesern den Gebrauchswert von Literatur zu realisieren, zu vermitteln. Ich muß jetzt der Geschäftsleitung den Vorwurf machen, daß sie bewußt 33 Autoren aus der DDR den Zugang zu Tausenden von Lesern in der Bundesrepublik, die darauf angewiesen sind, vorenthält."

Das entscheidende Informationsinteresse der Öffentlichkeit betont auch Hildegard Brenner in ihrem Protestbrief an die Verlagsleitung, wörtlich schreibt sie: „Im Fall einer Publikation zur DDR-Soziologie gibt es ein vorrangiges wissenschaftliches Interesse an der Repräsentanz der Beiträge ... Es gibt bekanntlich juristisch einwandfreie Mittel und Wege, um den Verlag von jeglichen Folgen der fehlenden Drucklizenzen freizustellen ... Auch ist dieser Fall ganz und gar nicht mit dem Raubdruck des Solchenizyn-Romans zu vergleichen. Hier lag, für alle offensichtlich, ein massives Profitinteresse vor. Das aber wird niemand mit einem öffentlichen Informationsinteresse an einem wissenschaftlichen Werk verwechseln."

Wogegen sich die Strategie der Geschäftsleitung tatsächlich richtet, sieht Benseler ganz deutlich: „Die fristlose Kündigung erfolgte genau in dem Augenblick, als das Programm für die Geschäftsleitung erkennbar, von mir nie verheimlicht, von abstrakt theoretischen Texten zu handlungsanweisenden sozialpolitischen Texten, umschaltete[4]."

Der Betriebsrat bezeichnete die Kündigung als „rechtsstaatsunwürdig". Durch das überstürzte Verfahren sei dem Betroffenen und dem Betriebsrat der Anspruch auf rechtliches Gehör genommen worden. Weiter heißt es: „Die Verlagsleitung hat durch die Kündigung dem Prestige des Verlages wahrscheinlich mehr geschadet, als dies durch die Mißachtung der Urheberrechte an den Aufsätzen durch Herrn Dr. Benseler der Fall gewesen wäre. Die Kündigung hat den Betriebsfrieden gestört."

Der Betriebsfrieden wurde durch die Geschäftsleitung gestört. Wie stellt sie sich zu dieser innerbetrieblichen Krise? Zunächst Geschäftsleiter Berger: „Natürlich habe ich als Personalchef Herrn Dr. Benseler die Kündigung zugestellt. Persönlich auf die Folgekündigungen angesprochen, erscheinen sie mir irrational, eher von Emotionen als von der Ratio bestimmt." Frage: Wer wird den Schaden haben, der Verlag oder die einzelnen? „Ich kann nur für den Verlag sprechen, natürlich wird der Verlag Schaden erleiden, weil die qualifizierten Mitarbeiter zwar ersetzbar, aber nicht schnell ersetzbar sind."

Auch Geschäftsleiter Böckel kann die Motive der Folgekündigungen nicht ergründen: „Mir als Jurist fällt es schwer, einen Zusammenhang zwischen der Kündigung an Dr. Benseler und den Folgekündigungen zu sehen, zumal sie ohne Begründung eingereicht wurden. Die Kündigung Dr. Benselers erfolgte aufgrund eines Sachverhaltes, der nach unserer Ansicht die außerordentliche Kündigung rechtfertigt und mußte auch aus Gründen der Gleichbehandlung ausgesprochen werden. Einen direkten Bezug zu den Folgekündigungen sehe ich nicht. Es wird eine Beeinträchtigung der Arbeit des Hauses zeitweilig ergeben, eine Änderung der Zielrichtung nicht."

Lektoren, die kündigten: Frau Scholz, was waren Ihre Kündigungsgründe? „Als Sekretärin und Mitarbeiterin von Dr. Benseler, sehe ich mit der Kündigung den Fortbestand der soziologischen Abteilung infrage gestellt und damit auch meine Arbeit." Herr Giese? „1. aus Solidarität und weil durch das Ausscheiden Dr. Benselers großer Schaden entsteht, und 2. weil mir in der Werbeabteilung das gleiche passieren kann, wenn ich z. B. einen Druckfehler im Prospekt mache." Frau Stolz? „2 Gründe, 1. protestiere ich gegen die Art, in der die Kündigung erfolgte und 2. erscheint mir sinnvolle Arbeit im zentralen Verlagsbüro nach Ausscheiden der soziologischen Abteilung nicht mehr möglich." Herr Ramm? „Ein ganzes Bündel von Gründen: 1. um zu zeigen, daß es nicht mehr möglich ist, einen einzelnen aus einer Gruppe herauszuschlagen. 2. die Umstände der Kündigung, die ein Jurist inzwischen als rechtsstaatsunwürdig bezeichnete 3. weil wir gerade in unseren Büchern solche Unternehmerrohheiten, wie sie hier passierten, aufs Korn nehmen, und 4. weil wir unter den Bedingungen, unter denen wir hier arbeiten, jederzeit unsere eigenen Kündigungsgründe produzieren müssen, bisher hat die Geschäftsleitung nicht willkürlich eingegriffen – ich zum Beispiel habe schon häufig das getan, was Herrn Benseler jetzt zur Last gelegt wird – da sie es aber tut, kann man hier nicht mehr arbeiten. Daß das ganze ein Schlag gegen die kooperative Arbeitsform ist, mit der wir hier das Programm gemacht haben, ist klar, eine Programmarbeit, die zum Ziel hatte, die Unterschiede zwischen soziologischer, politischer und belletristischer Literatur aufzuheben, in der Sammlung Luchterhand. Mit unseren Kündigungen soll gezeigt werden, daß, wenn man ein Bein abschlägt, zum Beispiel das soziologische, auch das andere fällt."

Damit sind die Abteilungen für Soziologie und Belletristik im Hermann Luchterhand Verlag verwaist. Das Kollektiv, von dem Klaus Ramm spricht, entstand 1970, anläßlich eines Falles, der als Affäre in die Verlagsgeschichte einging. Es ging um das „Werk" von Dr. Walter Hemsing, „Kinder und Jugenderziehung, ein Handbuch für Eltern und Erzieher". Nach genauer Lektüre stellte das Kollektiv aus versammelten Angestellten und Lektoren fest, daß dieses Buch mit der Linie des Verlages unvereinbar sei; wissenschaftliche Gutachten begründeten den Protest: dieses Werk ist faschistisch. Auf Druck der demokratischen Öffentlichkeit im Verlag mußte das Projekt offiziell aus dem Programm gestrichen werden, was die Geschäftsleitung aber nicht hinderte, es heimlich doch drucken zu lassen. 1971 erschien dieses Machwerk im Selbstverlag des Autors, finanziert von Luchterhand.

Geschäftsleiter Berger: „Schwierigkeiten sind möglich, durch Zeitverschiebungen, im Grundsätzlichen aber, ich zitiere hier meinen Kollegen Herrn Walter, das Schiff fährt weiter auf gleichem Kurs. Verkennen Sie aber nicht, daß die Mehrzahl der Kündigungen auf den 30. 6. datiert ist. Ich persönlich habe, wenn ich hier das Stichwort Loyalität gebrauchen darf, soviel Vertrauen in die Loyalität der Mitarbeiter, daß sie die bisherige Arbeit fortsetzen, so daß ich die Gefährdung des Herbstprogramms nicht so stark einschätze."

Wie „Loyalität" von den Angestellten im Kündigungsstand verstanden werden muß, erläutert Klaus Ramm: „am besten dadurch, daß wir wirklich konsequent und loyal dem Verlag gegenüber arbeiten, und nur tun, was wir dürfen, was die Verträge vorschreiben, dann werden wir nämlich keine Arbeit mehr leisten können, wäre auch nie ein Programm entstanden."

Beim Blick auf weitere Vorgänge im Luchterhandverlag stellt sich freilich der Verdacht ein, daß die Perspektiven der Verlagsleitung längst in andere Richtung zielen. Zur Erläuterung der Struktur des Verlages zunächst Geschäftsleiter Böckel: „Die Basis ist das Gesamtunternehmen, für uns ist nicht entscheidend, welcher Teil den größeren Teil erwirtschaftet. Die Basis besteht aus Rendite und Ruf, das Image wurde sicher von der Belletristik geschaffen. Von dem Gesamtumsatz des Hauses dürften 60 – 70 % auf den Fachbuchverlag, der eher im verborgenen blüht, kommen, der Rest auf die Belletristik und Soziologie. Diese Zahlen können sich verschieben, wenn ein Buch eines gut verkäuflichen Autors, z. B. Grass, erscheint."

Das weltweite Renommée des Verlages begründeten also die Abteilungen Soziologie und Belletristik. Daß man künftig mehr auf Profit als auf Image zielt, zeigt die Umstrukturierung des Verlages im vergangenen Jahr. Die Gesellschaftsversammlung vom Dezember 1970 beschließt: Luchterhand gründet eine Verwaltungs- und Organisations GmbH; zentrales Aufgabengebiet dieses Rechenzentrums: Dienstleistung für die Industrie. Die alte Verlags GmbH wird zu einer GmbH & Co KG umgegründet. Um- und Neugründungen haben zum Ziel: den Verlag auf lange Sicht vor Krisenanfälligkeit zu sichern. Welche konkreten Maßnahmen das Krisenmanagement ergreift, erläutert Geschäftsführer Böckel: „Die Krisenanfälligkeit ist bei uns außerordentlich gering, weil die Gesellschafter nicht alle Gewinne herausgezogen haben, d. h. in guten Zeiten machten wir Rücklagen, damit wir über Durststrecken kamen. Auf der anderen Seite ist es immer wieder möglich, neue Marktlücken zu entdekken, wir haben z. B. festgestellt, daß wir überhaupt keine Formulare drucken, wir haben es jetzt angefangen, das ist ein interessanter, ausbaufähiger Markt. Wir sind dann dabei, den Bereich Betriebswirtschaft auszubauen. Nicht weil wir glauben, daß da etwas Neues gesagt werden müßte, sondern weil moderne Betriebswirtschaft echt gut verkauft werden kann. Und das bildet für uns ein kleines Standbein, so daß wir mit den übrigen Bereichen durch diese Produktionszweige überstehen können. Dann haben wir einige Tochtergesellschaften und Beteiligungen, z. B. den Versandbuchhandel, den wir weiter aktivieren wollen und die eigene Druckerei, die auch Fremdaufträge übernimmt. Damit erreichen wir, daß der Gesamtbereich nicht nur über Wasser bleibt, sondern als Unternehmen weiter besteht."

Die Entscheidung gegen Benseler ist eine Entscheidung im ökonomischen Kampf um profitable und nichtprofitable, um systemerhaltende und systemsprengende Literatur. Das progressive Lager schickt sich an, diesen Kampf zu verlieren, wenn es nicht zu geeigneten Maßnahmen kommt. Was ist in dieser Situation zu tun? Stolz: „Zunächst muß die Gruppe als geschlossene auftreten, dann praktisch, die Arbeit verweigern, d. h. Streik, und dann ein Arbeitsstatut ausarbeiten." Ramm: „1. Möglichkeit, Entzug unserer Arbeitskraft, was wir durch unsere Kündigungen gemacht haben, dann ein Mitbestimmungsmodell als Gruppe ausarbeiten."

Benseler gibt solchen Kampfmaßnahmen allerdings wenig Chancen: „Im Gegensatz zu Ramm glaube ich nicht, daß Lektoren streiken oder teilstreiken können. Wir müssen die Beziehungen zu den Autoren ausnutzen, sie dazu bringen, daß sie Druck auf den Verlag ausüben, d. h. Autoren dahin bringen, ihre Inhalte dem Verlag zu verweigern, zu fordern, daß die Innenbeziehungen im Verlag gemäß den gedruckten Inhalten gestaltet werden. Zum anderen, in der Zeit die uns bleibt, Informations- und Aufklärungsarbeit im Gesamtbetrieb, den Arbeitern und Angestellten klar zu machen, daß sie auch unmittelbar betroffen sind wie jetzt die privilegierte Gruppe."

Wesentlicher entscheidender Bündnispartner werden die Autoren sein: Benseler: „Wir arbeiten mit den Autoren zusammen, speziell jetzt in der Krise, ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß die Machtpositionen der Autoren gegenüber dem Verlag ganz unterschiedlich sind. Es gibt eine Gruppe von arrivierten Autoren, die, wenn sie in diesem Verlag keine Heimat mehr findet, jederzeit woanders unterkommt – Namen brauche ich wohl nicht zu nennen – die können Druck ausüben. Die aber für uns wichtigere Gruppe von Autoren besteht in Newcomer, die durch unser früheres Programm hier eingeführt und gehalten werden sollten, diese Autoren sind am ehesten geneigt, zu uns zu halten, haben aber wenig Einfluß, d. h. der Verlag kann leicht auf sie verzichten. Ich möchte aber noch auf ein Beispiel der Vergangenheit hinweisen: auf die Suhrkampkrise vor zwei Jahren, wo es gerade die Autoren waren, die als Ersatzlektoren den Verlag gerettet haben.

Anmerkungen

[1] Drei weitere Mitarbeiter haben aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht gekündigt, scheiden aber mit den anderen ebenfalls aus.

[2] Die außerordentliche Kündigung ist delikaterweise zum 30. 9. 1972 ausgesprochen, zu welchem Zeitpunkt Benseler genau 15 Jahre im Verlag gearbeitet hätte. Eine fristgerechte Kündigung wäre erst zum 31. Januar 1974 möglich gewesen. Benseler hat, durch den DGB vertreten, Arbeitsschutzklage erhoben.

[3] Es handelt sich um die in der DDR längst veröffentlichten Beiträge: Peter Bernstein, Probleme der Anwendung der Spieltheorie in der soziologischen Forschung; Toni Hahn, Arbeitsfreude – eine soziologische Studie; Horst Oswald, Theoretische Probleme der Literatursoziologie – Gegenstand und Bezugssysteme einer marxistischen Literatursoziologie.

[4] Vergl. z. B. Fritz Vilmar, Mitbestimmung am Arbeitsplatz, Neuwied 1971; Joseph Scholmer, Die Krankheit der Medizin, Neuwied 1971.

eva titel:

evareihe: „basis arbeitsergebnisse" (basis)

Marx-Arbeitsgruppe Historiker
Zur Kritik der Politischen Ökonomie
Einführung in das „Kapital" Band I
208 Seiten, kartoniert DM 5,–
Es werden die grundlegenden Kategorien der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie dargestellt und zwar in einer speziell zur Arbeiterschulung geeigneten Form.

evareihe: „basis studienausgaben" (basis)

Karl Kautsky
Der Weg zur Macht
Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand
Herausgegeben und eingeleitet von Georg Fülberth
164 Seiten, kartoniert DM 6,–
Dies ist die letzte revolutionäre Schrift Kautskys, die von Lenin auch nach 1914 noch hoch geschätzt wurde. Der Parteivorstand der SPD zwang ihn zu der öffentlichen Erklärung, die im „Weg zur Macht" vertretene Position sei lediglich seine persönliche Meinung.

Arthur Rosenberg
Demokratie und Sozialismus
Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre
312 Seiten, kartoniert DM 9,–
Ein historischer Beitrag (zum ersten Mal 1938 erschienen) zur Diskussion über Demokratie, der die im Gedächtnis der Wissenschaft verschüttete Verschränkung der Begriffe Demokratie und Sozialismus wieder ins Bewußtsein der Zeitgeschichte ruft.

Alfred Schmidt
Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx
Überarbeitete, ergänzte und mit einem Postscriptum versehene Neuausgabe
211 Seiten, kartoniert DM 9,–
Diese Arbeit bereichert die philosophische Marx-Interpretation vor allem auf erkenntnistheoretischem Gebiet und trug wesentlich zur Kritik ontologisch-anthropologischer Vorstellung bei, indem sie den konkret-historischen und politisch-ökonomischen Gehalt der Marxschen Lehre in intensiver Arbeit an den Texten herauspräpariert.

evareihe: „Kritische Studien zur Philosophie"

Alfred Sohn-Rethel
Warenform und Denkform
Aufsätze
132 Seiten, kartoniert DM 10,–
Es geht Sohn-Rethel darum, die Ursachen der „Ausschaltung der Gesellschaft aus dem Denken, wie sie für die theoretische Objekterkenntnis charakteristisch ist und von aller bisherigen Philosophie explicite oder implicite als genetische Ursprünglichkeit des reinen Verstandes hypostasiert worden ist", aufzudecken.

evareihe: „Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik"

Alexander Erlich
Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928
Aus dem Amerikanischen von Gisela Engel und Sigrid Meuschel
180 Seiten, kartoniert 18,– DM, Leinen 26,– DM
Im Oktober 1928 nahm das ZK der KPdSU den ersten Fünfjahresplan in Angriff, dessen unerbittliche Verfolgung auf Kosten anderer deklarierter Ziele mit dem Argument gerechtfertigt wurde, daß sich die sowjetische Wirtschaft gegen Ende der 20er Jahre vor eine radikale Entscheidung gestellt sah: entweder Stagnation auf dem bestehenden, sehr niedrigen Niveau oder schnelle Expansion. In seiner Analyse will Erlich zeigen, daß sich diese Alternative gar nicht so kraß stellte.

eva Allgemeines Buchprogramm

Peter Brückner
Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus
Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung 1
182 Seiten, kartoniert DM 12,–
Veröffentlichung des Psychologischen Seminars der TU Hannover
Brückner zeigt den sozio-kulturellen Bedingungszusammenhang der antiautoritären Revolte als eine Bewegung, die eine langfristige Strategie der Emanzipation verfolgt.

11/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Zum Klassencharakter der israelischen Gesellschaft

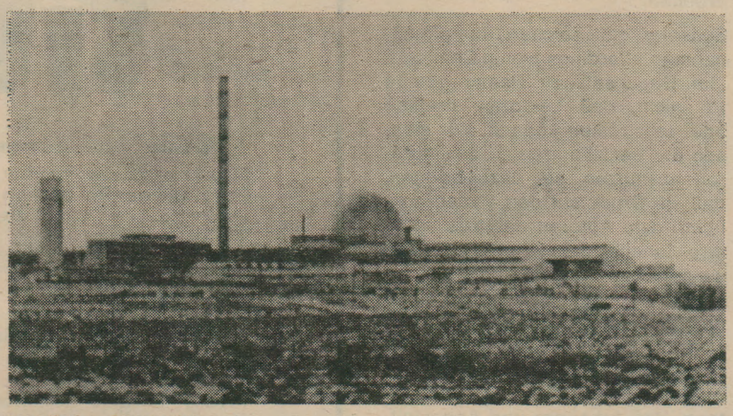
Haim Hanegbi
Mosche Machover
Akiva Orr

Teil II

Israel und der Imperialismus

Welche politischen Umstände ermöglichen es Israel, Hilfe von außen in solchen Mengen und zu solch unvergleichlichen Bedingungen zu bekommen? Diese Frage wurde schon 1951 vom Herausgeber der Tageszeitung „Ha'aretz" beantwortet: „Man gab Israel etwa die Rolle eines Wachhundes. Man brauchte nicht zu befürchten, daß es gegenüber den arabischen Staaten eine aggressive Politik betreiben wird, falls dies den Interessen der USA und Englands widerspricht. Aber sollte es der Westen aus dem einen oder anderen Grund vorziehen, die Augen zu verschließen, kann man sich darauf verlassen, daß Israel diejenigen Nachbarstaaten schwer bestraft, die sich gegenüber dem Westen ungezogen benommen haben[14]." Diese Einschätzung der Rolle Israels im Mittleren Osten hat sich oft als richtig erwiesen, und es ist klar, daß Israels Außen- und Verteidigungspolitik nicht ausschließlich Folgen des innenpolitischen sozialen Konflikts sein können. Die gesamte israelische Wirtschaft gründet sich auf der besonderen politischen und militärischen Rolle, die der Zionismus und die Siedlergesellschaft als ganzes im Mittleren Osten spielen. Wenn man Israel isoliert vom übrigen Mittleren Osten betrachtet, gibt es keine Erklärung für die Tatsache, daß 70 % des Kapitalzuflusses weder für den wirtschaftlichen Nutzen gedacht sind noch vom Standpunkt ihrer Einträglichkeit her betrachtet werden. Aber das Problem ist sofort gelöst, wenn man Israel als Bestandteil des Mittleren Ostens sieht. Die Tatsache, daß ein beachtlicher Teil dieses Geldes aus Schenkungen kommt, die Zionisten bei Juden in der ganzen Welt initiiert haben, ändert nichts daran, daß es eine Subvention des Imperialismus ist. Wichtiger ist vielmehr die Tatsache, daß das US-Schatzministerium gewillt ist, diese Geldmittel, die in den USA zur Überweisung in ein anderes Land aufgebracht worden sind, als „wohltätige Schenkungen" einzustufen, die von der Einkommenssteuer abgesetzt werden können. Diese Schenkungen hängen vom Wohlwollen des US-Schatzministeriums ab, und man kann ruhig annehmen, daß dieses Wohlwollen ein Ende hat, falls Israel eine grundsätzlich anti-imperialistische Politik betreiben würde.

Daraus folgt: Obwohl es in der israelischen Gesellschaft Klassenkampf gibt, steht er unter dem Vorzeichen, daß die Gesellschaft als Ganzes von außen her subventioniert wird. Dieser privilegierte Status hängt mit Israels geographischer Rolle zusammen, und solange es diese Rolle spielt, sind die Aussichten gering, daß die inneren sozialen Konflikte einen revolutionären Charakter annehmen. Andererseits würde ein revolutionärer Durchbruch in der arabischen Welt diese Situation ändern. Durch eine Aktivierung der Massen innerhalb der arabischen Welt könnte er das Gleichgewicht der Mächte ändern; dadurch wäre Israels traditionelle politisch-militärische Rolle überholt und seine Nützlichkeit für den Imperialismus verringert. Wahrscheinlich würde Israel zuerst für den Versuch benutzt, einen solchen revolutionären Durchbruch zu zerschlagen; würde dieser Versuch jedoch fehlschlagen, dann wäre dies das Ende von Israels politisch-militärischer Rolle gegenüber der arabischen Welt. Wären diese Rolle und die damit verbundenen Privilegien ausgespielt, dann wäre das zionistische Regime, das ja von diesen Privilegien abhängig ist, zugänglich für eine Herausforderung der Massen, die aus Israel selbst kommt.



Israelischer Atomreaktor

Das heißt, daß revolutionäre Aktivität auf einer Strategie basieren muß, die die einzigartigen Wesensmerkmale der israelischen Gesllschaft anerkennt, und nicht auf einer Strategie, die nur die Verallgemeinerungen derjenigen Analysen wiederholt, die auf den klassischen Kapitalismus anwendbar sind. Es ist die Hauptaufgabe der Revolutionäre, die diese Voraussetzung akzeptieren, sich in ihrer Arbeit mit denjenigen Schichten der israelischen Bevölkerung zu befassen, die von den politischen Auswirkungen des Zionismus unmittelbar betroffen sind und dafür bezahlen müssen. Zu diesen Schichten gehören die israelische Jugend, die aufgerufen ist, „einen ewigen schicksalhaften Krieg zu führen", und die palästinensischen Araber, die unter israelischer Herrschaft leben[15]. Diesen Schichten ist eine anti-zionistische Tendenz gemeinsam, die sie zu potentiellen Verbündeten für den revolutionären Kampf in Israel macht und für den revolutionären Kampf im ganzen Mittleren Osten.

Israels Rolle in Afrika und Asien

Israels Verhältnis zum Imperialismus ist primär das eines Wachhundes im Mittleren Osten, und für diesen Zweck wird es subventioniert und privilegiert. Dieses Verhältnis hat einen zweiten Aspekt: Israel dient auch als Kanal, durch den Geld und Ideologie zu neokolonialen Ländern in Asien und Afrika geschleust werden können. Offensichtlich liegt es in Israels eigenem Interesse, mit nicht-arabischen afro-asiatischen Staaten wirtschaftliche und politische Beziehungen einzugehen und dort den pro-israelischen Einfluß zu stärken; gleichzeitig hält es der US-Imperialismus oft für besser, seine Hilfe mittels eines „dritten Landes" weiterzuleiten als sich selbst zu erkennen zu geben, indem er die Hilfe direkt organisiert. Dieses wird auf drei verschiedene Arten realisiert: 1. gutausgebildete israelische „Experten" werden afrikanischen Staaten zur Verfügung gestellt, oft in strategisch wichtigen Positionen; 2. verschiedene Kategorien von afrikanischen Beschäftigten, wie Studenten, Beamte, Gewerkschaftsführer und militärische Kader, erhalten in Israel selbst eine besondere Ausbildung und 3. israelische Geschäftsleute und die Regierung haben gemeinsame wirtschaftliche Unternehmen mit afrikanischen Staaten und privaten Geschäftsleuten gegründet[16].

Seit den fünfziger Jahren ist Israels Hilfsprogramm für Afrika immer umfangreicher geworden; dabei hat es sowohl spezifisch israelischen Interessen als auch den Interessen des Welt-Imperialismus gedient. Verschiedene Teile des israelischen Staates wurden zur Ausführung dieser Politik mobilisiert, zwei von ihnen waren Histradut, die Gewerkschaftsorganisation, und Tsahal, die Armee. Die Besonderheit der Histradut – sie ist gleichzeitig Auftraggeber und einheimische Gewerkschaft – erleichtert Israels Eindringen in die dritte Welt, wo man oft eine Ein-Parteien-Regierung oder eine Gewerkschaft findet. Mit dieser Unterwanderung verfolgt Israel seine eigenen Interessen, und es erweitert die geheime Interessengemeinschaft zwischen Israel und dem Imperialismus. „Möglicherweise wird das israelische Modell als ‚dritte wirtschaftliche Macht' dienen. Israel ist eine Alternative zum westlichen Modell, aber den Interessen der freien Welt mehr zugewandt als das kommunistische Modell", schrieb die amerikanische Zeitung „Foreign Affairs" im Jahre 1957. Der Autor des Artikels, Arnold Rivkin, war Direktor des „Africa Research Project" am „Center for International Studies", das von der CIA am Institut für Technologie in Massachusetts geleitet wird. In einem 1961 erschienenen Buch geht Rivkin näher auf die Rolle ein, die Israel bei der westlichen Unterwanderung Afrikas spielt: „Israels Rolle als Dritte Macht könnte gestärkt werden durch eine geschickte Anwendung der Methode „Einschaltung eines dritten Landes". Ein Staat der Freien Welt, der seine Unterstützung für Afrika erweitern möchte, könnte diese teilweise durch Israel zukommen lassen, weil Israel besonders qualifiziert und für viele afrikanische Nationen erwiesenermaßen akzeptabel ist[17]."

In Israel weiß man wenig über diesen Aspekt der Histadrut-Tätigkeit, man macht vielmehr Publicity für das afro-asiatische Institut. Der Direktor der Politischen Abteilung der Histradut (der „Außenminister" der Histradut, der eng mit dem wirklichen Minister zusammenarbeitet) gab vor kurzem einen Bericht über die Arbeit des afro-asiatischen Instituts: „Das Institut, das 1960 von der Histradut gegründet wurde, ist in seiner internationalen Tätigkeit ein wichtiges Bindeglied zu den unterentwickelten Ländern in Afrika und Asien. Seine Arbeit und seine weltweite Anerkennung tragen dazu bei, die Verbindungen der Histradut zu anderen Ländern und Organisationen zu stärken. Bis heute hat das Institut 1.848 Abgesandte aus Gewerkschaften und Genossenschaften, aus Instituten für Erwachsenenbildung und auch hohe Beamte aus 85 afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern ausgebildet ... Das Institut wurde zur Leitung von Se-

minaren in verschiedenen afrikanischen und asiatischen Ländern aufgefordert ... Ehemalige Studenten des Instituts, die heute hohe Positionen in ihren jeweiligen Ländern und Organisationen innehaben, ergriffen die Initiative für solche Seminare. Bisher hat das Institut Seminare in folgenden Ländern geleitet: Nigeria (zweimal), Dahomey, Togo, Elfenbeinküste, Liberia, Singapur, Korea (zweimal), Ceylon, Indien und Nepal. Nächsten Monat werden drei kurze Seminare gehalten werden für die Anhänger von cypriotischen Gewerkschaftsorganisationen, und das Programm für 1970 sieht Seminare in folgenden Ländern vor: Swaziland, Lesotho, Botswana, Sambia, Singapur, Hong-Kong, Korea ... andere werden folgen[18]."

George Meany, der Präsident, der AFL-CIO, die das afro-asiatische Institut finanziert, stellte eindeutig fest: „Die Histradut ist ein nationales Zentrum, das der Sache der Demokratie und Freiheit in der Freien Welt gedient hat, besonders in Afrika und Asien, und zwar auf dem Weg über sein afro-asiatisches Institut[19]."

Israels direkte militärische Unterstützung für afrikanische Staaten begann 1960. Sie setzt sich zusammen aus allgemeiner Unterstützung für neokolonialistische Regierungen und aus der Hilfe für Streitkräfte an der südlichen Peripherie der arabischen Welt, Streitkräfte also, welche die imperialistischen Interessen fördern. Die letztgenannte Kategorie schließt die Bereitstellung militärischer Berater für den Anti-Guerilla-Kampf der Tschad-Regierung mit ein; ebenso Hilfe für die Guerilla-Bewegung im südlichen Sudan. Gleichermaßen hat Israel Äthiopien bei der Bekämpfung der erythräischen Befreiungsbewegung Hilfestellung geleistet. In anderen Ländern, einschließlich Tansania und dem Kongo, hat Israel das Personal der Luftwaffe, der Kriegsmarine und der Armee geschult und Waffen und Berater für die Errichtung von paramilitärischen landwirtschaftlichen Siedlungen bereitgestellt, die nach dem Modell von israelischen Pioniersiedlungen aufgebaut waren. Viele dieser Projekte sind in Zusammenarbeit mit dem US-Auslandsprogramm oder amerikanischen Geldmitteln verwirklicht worden, die von den USA über Israel geleitet waren[20].

In Asien war Israel in der Ausführung solch eines Programms nicht so erfolgreich. Als rühmliche Ausnahme sei Singapur genannt, wo Israel dazu beitrug, die britische Strategie „östlich von Suez" aufrechtzuerhalten. Seit 1966 schulen israelische Experten, die man ursprünglich als „mexikanische Landwirtschaftsexperten" deklariert hatte, die Armee Singapurs und liefern Panzer und elektronische Ausrüstungen[21].

Die herrschende Klasse

Die Unterordnung der gesamten Wirtschaft unter politischen Erwägungen hat die zionistische Kolonisation von ihrem ersten Augenblick an gekennzeichnet; sie ist auch der Schlüssel, mit dem man die einzigartige Beschaffenheit der herrschenden Klasse in Israel sichtbar machen kann. Die zionistische Kolonisation verlief nicht als einfacher kapitalistischer Prozeß mit dem Ziel der Kolonisierung, die nur auf Profit ausgerichtet war. Die Elemente der Bourgeoisie zogen dabei arabische Arbeitskräfte vor, aber die zionistische Gewerkschaftsbürokratie kämpfte dagegen an und verlangte eine Politik nach dem Motto: „Nur jüdische Arbeitskräfte". Es war ein harter Kampf, der in den zwanziger und dreißiger Jahren ausgefochten wurde. Es löste auch den Hauptkonflikt unter den Zionisten in Palästina aus. Schließlich siegte die Gewerkschaftsbürokratie, nicht zuletzt durch die Hilfe der zionistischen Weltbewegung. Diese Unterstützung basierte auf politischen Überlegungen, denn das Ziel des politisch orientierten Zionismus war von Anfang an der Aufbau eines rein jüdischen Volksstaates in Palästina und die Entfernung der einheimischen Bevölkerung. Schon im Juni 1895 schrieb Theodor Herzl in seinem Tagebuch: „Die Ländereien dieser Territorien, die sich in Privatbesitz befinden, geben uns das Vorrecht, sie nach und nach aus der Hand der Besitzer zu nehmen. Wir versuchen, den ärmeren Teil der Bevölkerung ohne Aufsehen aus unseren Grenzen wegzusiedeln und besorgen ihnen Arbeit in den Durchgangsländern, aber in unserem Land verweigern wir ihnen jede Arbeit. Diejenigen, welche Eigentum haben, werden bei uns bleiben. Die Übertragung des Landes und die Übersiedlung müssen behutsam und sorgfältig vor sich gehen. Die Landbesitzer mögen glauben, sie beuteten uns aus, indem sie viel zu hohe Preise bekommen. Aber ihnen wird kein Land zurückverkauft werden[22]."

Genau diese Erwägung, die tief in der zionistischen Weltbewegung verwurzelt ist, wirkte sich zugunsten der zionistischen Gewerkschaftsbürokratie in Palästina und ihrer „Nur-jüdischen-Arbeitskräfte-Politik" aus. Die Niederlage der bürgerlichen Schichten stellte ein Muster der gemeinsamen Herrschaft her, in der die Gewerkschaftsbürokratie die Haupt- und die Bourgeoisie die Nebenrolle spielt. So wurde eine herrschende Klasse im Embryozustand geschaffen. Diese spezifische Zusammensetzung innerhalb der herrschenden Regierung blieb seit den vierziger Jahren bis auf den heutigen Tag unverändert. Sie ist ein einzigartiges Merkmal der israelischen Gesellschaft. Wenn in einer Gesellschaft die herrschende Ideologie die der herrschenden Klasse ist, und wenn die Identität der herrschenden Klasse schwer zu erkennen ist, so muß man versuchen, die herrschende Ideologie zu analysieren, um daraus die Identität der herrschenden Klasse abzuleiten. In Israel war die vorherrschende Ideologie niemals kapitalistisch; sie war eine Mischung

Sammlung Luchterhand
Taschenbücher

Jóhann Páll Árnason
Von Marcuse zu Marx
Band 54 DM 9,80

Jürgen Baumann (Hrsg.)
Das Abtreibungsverbot des § 218
Band 62 DM 9,80

Lewis Coser
Theorie sozialer Konflikte
Band 58 DM 7,80

Angela Davis
Materialien zur Rassenjustiz
Band 61 DM 9,80

Régis Debray/ Salvador Allende
Der chilenische Weg
Band 42 DM 7,80

Josef Dietzgen
Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit
Band 50 DM 7,80

Helga Gallas
Marxistische Literaturtheorie
Band 19 DM 9,80

Jürgen Habermas
Strukturwandel der Öffentlichkeit
Band 25 DM 9,80

Eric J. Hobsbawm
Sozialrebellen
Band 16 DM 9,80

Adrian Hsia
Die chinesische Kulturrevolution
Band 23 DM 9,80

Georg Lukács
Geschichte und Klassenbewußtsein
Band 11 DM 9,80

Rosa Luxemburg
Internationalismus und Klassenkampf
Band 41 DM 9,80

Serge Mallet
Die neue Arbeiterklasse
Band 59 DM 9,80

H. C. F. Mansilla
Faschismus und eindimensionale Gesellschaft
Band 18 DM 9,80

Herbert Marcuse
Der eindimensionale Mensch
Band 4 DM 7,80

Ausführliche Prospekte der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung

Sammlung Luchterhand

bourgeoiser Einflüsse mit den vorherrschenden Slogans und Ideen, die der zionistischen Arbeiterbewegung zu eigen waren, d. h. Ideen, die ihren Ursprung in den sozialistischen Bewegungen Osteuropas hatten, die jedoch zur Verfolgung der Ziele des politischen Zionismus umgewandelt worden waren.

Das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Gruppen der herrschenden Klasse ist nicht statisch; in jüngster Zeit hat es sich zugunsten des bourgeoisen Teils verschoben. Eines der Anzeichen dafür ist die Trennung zwischen Golda Meir und Ben-Gurion einerseits und ihrem Jünger Dayan andererseits. Es ging um die alte Streitfrage, ob man Palästinensern aus den eroberten Gebieten in der israelischen Wirtschaft Arbeit geben solle. Golda Meir stimmte energisch gegen eine solche Politik, während Dayan dafür war; die bürgerliche Zeitung Ha'aretz unterstützte Dayan. Doch wohin die verschiedenen Tendenzen auch führen, Tatsache bleibt: die Gewerkschaftsbürokratie gibt in ihren drei Bereichen (Regierung, Jewish Agency und der Histradut) den Ton an. Sie lenkt den riesigen Staatsapparat und die Gewerkschaften, sie beherrscht die israelische Gesellschaft, und den größten Teil der Wirtschaft. Im Jahre 1960 hatte die Privatindustrie einen Anteil von nur 58,5 % des gesamten Nettosozialprodukts der israelischen Wirtschaft[23], und es ist zweifelhaft, ob sich dieser Anteil in den 60er Jahren verändert hat.

Aber die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaftsbürokratie ist weitaus größer als diese Zahlenangabe vermuten läßt. Außer ihrer direkten Kontrolle über den Staat und die Histradut hat sie noch eine indirekte Kontrolle über den privaten Sektor. Die gesamte Wirtschaft Israels, den privaten Sektor eingeschlossen, ist abhängig von Auslandsgeldern, die meist über staatlich kontrollierte Stellen fließen. Indem die Gewerkschaftsbürokratie den Geldfluß durch die Politik des Schatzamts und der Jewish Agency kontrolliert, dirigiert und reguliert sie ihn. Auf diese Weise kann sie auch ihre kapitalistischen Partner beeinflussen. In Israel finden wir einen einzigartigen Typus von Kapitalismus vor, der von einer einzigartigen Form von Klassenpartnerschaft regiert wird. Die Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie über das Auslandsgeld gibt ihr auch eine weitreichende Kontrolle über breite Massen der Bevölkerung, und zwar nicht nur im politischen und volkswirtschaftlichen Bereich, sondern auch im Alltag. Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung ist täglich unmittelbar von ihrem Wohlwollen abhängig, und zwar in bezug auf Beruf, Haushalt und Krankenversicherung. Einige der Arbeiter, die, wie die Seeleute damals im großen Streik von 1951, streikten, bekamen keine Arbeit mehr und die, welche nicht bereit waren aufzugeben, wurden letzten Endes zur Ausreise gezwungen. Außerdem gibt es in Israel keine Krankenversicherung, nur die der Histadrut-Gewerkschaft. Folglich sind diejenigen, die sich weigern, ihr beizutreten oder sie bekämpfen, ohne Krankenversicherung. Tatsächlich beruht die Macht der Bürokratie über das Proletariat auf ihrer Macht über die Gewerkschaft Histadrut.

Die Histadrut: Nationale Interessen vor Klasseninteressen

Es könnte so aussehen, als ob die Arbeiter in Israel in einer beneidenswerten Lage wären; schließlich vermittelt doch die Gewerkschaft den Eindruck, hochentwickelt und mächtig zu sein. Von einem gewissen Standpunkt aus betrachtet, ist die Histadrut mit ihren Einrichtungen natürlich außergewöhnlich: sie hat bei einer Gesamteinwohnerzahl von 3 Millionen 1,1 Millionen Mitglieder; ein Viertel der israelischen Lohnempfänger arbeiten in Histadrut-eigenen Konzernen und die Histadrut produziert seit Jahren rund 22–25 % des israelischen Nettosozialprodukts.

Die Histadrut wurde 1920 anläßlich eines Landeskongresses jüdischer Arbeiter gegründet und war bis 1966 unter dem Namen „Allgemeiner Bund hebräischer Arbeiter des Landes Israel" bekannt. Nach einer Schätzung eines zionistischen Historikers betrug 1920 die Zahl der jüdischen Arbeiter in Palästina etwa 5 000 und die der arabischen Lohnempfänger etwa 50 000[24].

Die Gründer dieses „allgemeinen" Bundes, alle von der zionistischen Ideologie inspiriert, waren größtenteils Mitglieder kleinbürgerlicher jüdischer Parteien. Die Mitgliederzahl der Histadrut war begrenzt, es waren nur Juden zugelassen, und Juden „die von den Früchten ihrer Arbeit lebten", also Arbeiter, Handwerker, Kaufleute und selbständige Arbeiter. Als die grundlegenden Prinzipien der Histadrut schriftlich fixiert wurden, erklärten die Gründer eindeutig, daß „nationale Interessen vor wirtschaftlichen und kulturellen Interessen" rangierten. Der internationalistische Ansatz in bezug auf den Klassencharakter von Gesellschaften wurde bei der Gründungsversammlung der Histadrut nicht einmal von Minderheitsfraktionen zur Sprache gebracht. Nach dem ersten Jahr ihrer Gründung baute die Histadrut ihre ersten Unternehmungen auf. Es waren dies eine große Gesellschaft, die für die Öffentlichkeit arbeitete, die „Idel Boneh", und die „Arbeiterbank". Die „Arbeiterbank" wurde in Verbindung mit der zionistischen Weltorganisation aufgebaut. Die „Idel Boneh" wirkte in den letzten Jahren bei Bauunternehmungen in verschiedenen Teilen der Welt mit; z. B. hat sie in mehreren afrikanischen Ländern Luxushotels gebaut, ebenso Straßen und militärische Anlagen in Asien, einschließlich US-Luftbasen in der Türkei.

Die Tatsache, daß die Histadrut von Anfang an zionistischen Interessen auf Kosten ihrer Rolle als Gewerkschaft den Vorrang gab, hat zu einer extrem hierarchisch organisierten Struktur geführt. Eine bürokratische Maschinerie wurde aufgebaut, so daß die gesamte Organisation der Gewerkschaft dem Management der politischen „Bosse" – die immer aus zionistischen Parteien kamen – untergeordnet waren. Es hat also nie die geringste Unabhängigkeit der Gewerkschaft bestanden[25].

Die Aufgabe der Histadrut beschränkte sich nicht nur darauf, Juden, die in arabischer Umgebung wohnten, im Zustand „nationaler Isolation" zu halten. Seit ihrer Gründung war sie die Spitze der zionistischen Kolonisation in Palästina. Durch ihre Führungsposition gegenüber den zionistischen Kolonialisten des Landes und durch ihre äußerst starke Organisation, wurde sie zum Pionier der landwirtschaftlichen Kolonisation und der Ausweisung der arabischen Bauern und Arbeiter, um dadurch Arbeitsplätze für die Juden zu schaffen. Die zionistischen Slogans der zwanziger und dreißiger Jahre, „die Eroberung der Arbeit" und „die Eroberung des Bodens", wurden erst durch die Histadrut grundlegend erfüllt.

Als durch und durch allgemeine Gewerkschaft ist die Histadrut auf wirksame Weise und in vieler Hinsicht zum zentralen Machtinstrument der jüdischen Gemeinschaft geworden. Sie organisierte die zionistische Streitmacht, wobei manchmal Meinungsverschiedenheiten mit den britischen Besatzungstruppen auftraten, und wobei manchmal gegen den Willen der Briten gehandelt wurde; sie schuf ein System sozialer Sicherungen – das einzige, das in Israel besteht – das zu einem wichtigen Instrument zur Beherrschung der jüdischen Massen und zur Organisierung der Arbeiter unter der Autorität der Histadrut wurde. Überall unterhält sie Rekrutierungsbüros zur Stärkung ihrer Herrschaft; gleichzeitig reguliert sie das „Recht auf Arbeit". Sie besitzt ein eigenes Netz von Schulen, eigene Förderungs-Gesellschaften und eigene Produktions- und Kundendienst-Kooperativen. Sie beherrscht organisatorisch alle Kibbutzim und Gemeinschaftsfarmen im ganzen Land. Deshalb wurde die Histadrut nicht ohne Grund von Anfang an als Hauptpfeiler des zionistischen Vorhabens oder wie die Zionisten sagen, des „Staates im Embryozustand" angesehen.

Die Leitung der Histadrut entschied über die politische Haltung der jüdischen Gemeinschaft in zwei Dingen: über die „Interessen der Juden" und über ihr Verhältnis zu den britischen Besatzungstruppen und dem arabischen Volk. Die politischen Führer des Staates Israel – David Ben-Gurion, Levi Eshkol, Golda Meir – haben alle der Histadrut einmal angehört.

Erst als die Periode der britischen Herrschaft 1943 ablief, schuf die Histadrut eine Sonderabteilung für arabische Arbeiter. Ihr Ziel war es, diese in einem paternalistischen und von außen gelenkten Rahmen zu organisieren und sie so vom politischen Kampf abzuhalten, z. B. von der antiimperialistischen und antizionistischen Bewegung. Das Experiment wurde damals von einem zionistischen Historiker und Kenner von Araberfragen – ebenfalls Mitglied der Histadrut – so zusammengefaßt: „Da sich unter den (arabischen) Arbeitern ein Nationalgefühl entwickelt, wird der Widerstand gegen diejenigen, die sie von außen organisieren wollen, stärker. Die Intelligentesten und Tatkräftigsten von ihnen haben nie die Gelegenheit, ihr Talent und ihre Initiative zu zeigen. Ein Rundschreiben in arabisch (von der Histadrut veröffentlicht) erklärt, daß man sich nur mit den wirtschaftlichen Interessen der arabischen Arbeiter befassen, jedoch jede politische Aktivität ausschließen solle. Es ist jedoch schwierig, für Menschen, die engen Kontakt mit dem öffentlichen Leben haben, diese Bedingung zu akzeptieren. Das Konzept jedoch, einerseits Arbeiterinteressen zu vertreten, andererseits jedoch die Monopolisierung von Arbeitsmöglichkeiten durch die jüdische Histadrut-Mehrheit zu betreiben, kann den arabischen Arbeitern nicht überzeugend erklärt werden. Die finanzielle Benachteiligung gegenüber ihren jüdischen Kollegen verbittert darüberhinaus die arabischen Arbeiter, besonders seitdem sich die Arbeitsbedingungen und die Preise angleichen. Unter diesen Umständen konnten uns Mitglieder arabischer Organisationen bei den Maidemonstrationen leicht die naive Frage stellen, wie z. B. „kann man proletarische Solidarität mit dem Ruf nach Monopolisierung der Arbeit und der Schaffung eines jüdischen Staates vereinbaren[28]."

Kein Zionist konnte je diese Frage beantworten.

(Schluß folgt)

Übersetzt von
MONIKA und GEORG LINGES

[14] Shoken in Ha'aretz, „The prostitute of the sea ports and ourselves. Meditations on the eve of newyear", 30. 9. 1951.

[15] Die Oppositionsbewegung in Israel, besonders bei High-School-Studenten, wurde erläutert in Akiva Orrs: „Israel: Opposition Grows", Black Dwarf, 12. 6. 1970.

[16] „Israel: imperialistische Mission in Afrika", Tricontinental 15.

[17] „Afrika und der Westen", Praeger 1961.

[19] ibid.

[20] Mehr Details über die israelische Militärhilfe in Afrika, in: Tricontinental 15.

[21] Der Spiegel, Ausgabe vom 23. 10. 1969.

[22] Herzl, Ausgewählte Worte, Newman-Verlag, Tel-Aviv, Band 7, Kapitel 1, S. 86.

[23] Falk Institute Report, 1961–63. Der Rest entfällt etwa in gleicher Menge auf den Staat und auf die Histadrut.

[24] „Die Araber in Palästina" (in hebräisch) von Joseph Washitz, Seite 151.

[25] Gewerkschaftsbeiträge werden durch besondere Sammlungsbüros eingezogen, die die Histadrut in ganz Israel errichtet hat. Die örtlichen Geschäftsstellen beziehen ihre Gelder von der Zentralstelle, nicht von ihren dort wohnenden Mitgliedern. Dies schränkt ihre Unabhängigkeit ernstlich ein. Die Histadrut unterhält einen dauernden Stab von 30 000 Angestellten, wobei ihre Bürokratie straff die Zügel hält; tatsächlich wird das Histadrut-Gebäude in Tel-Aviv „Kreml" genannt.

[26] Internationaler Nachtrag zum Histadrut-Jubiläum, 1920–1970.

[27] Moed, veröffentlicht von der Stelle für Kultur und Bildung der Histadrut, (in hebräisch), 1960, S. 3.

[28] Die Araber in Palästina, S. 173.

berichte

GEW-Junglehrer vor neuem Selbstverständnis?

Am Ende ihrer Bundestagung '72 beschlossen die gewerkschaftlich organisierten jungen Lehrer und Erzieher eine Doppelstrategie nach Juso-Modell: „sowohl Gremienarbeit als auch Mobilisierung der Lehrer, Erzieher, Schüler, Lehrlinge und Studenten". Beides nicht einfach nebeneinander, sondern in dem Bewußtsein, daß „Mitarbeit in den Gremien auf allen Ebenen nur dann zu Erfolgen führen kann, wenn die Gewerkschaftsmitglieder – an der Basis – die Voraussetzungen für starke Verhandlungspositionen der Gewerkschaftsfunktionäre in den Gremien schaffen".

Ein solcher strategischer Ansatz ist nicht neu. Aber er wurde von den GEW-Junglehrern nicht einfach übernommen, sondern als notwendige Konsequenz aus den Erfahrungen ihrer eigenen Berufspraxis für ihre politische Arbeit innerhalb und außerhalb der GEW neu entdeckt.

Wie kam es dazu? Die Bundestagung des „Ausschusses junger Lehrer und Erzieher" (AjLE) in der GEW analysierte die Ergebnisse bundesrepublikanischer Bildungsplanung, den an die Regierungschefs überreichten „Zwischenbericht" über einen Bildungsgesamtplan. Diese Analyse mußte zu enttäuschenden Ergebnissen führen – für alle, die in den Regierungswechsel Hoffnungen gesetzt und das Wort von der „Priorität der Bildungsaufgaben" ernst genommen hatten: Der bildungspolitische Aufgalopp erlahmte zur Echternacher Springprozession; nicht einmal eine relevante „technokratische" Reform wurde sichtbar, geschweige denn eine demokratische Erneuerung. Insbesondere kritisierten die Junglehrer, daß

- die Integration der Berufsausbildung auf lange Sicht vertagt,
- die Gesamtschule nicht als Regelschule obligatorisch,
- der Anteil der Ganztagsschulen drastisch reduziert
- und der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt auch für die 80er Jahre nicht auf 8, sondern lediglich auf 6,7 bzw. nur 5,6 % festgesetzt wurden.

Die Detailkritik wurde grundsätzlich. Mit einem der Hauptreferenten der Tagung, dem Berliner Politologen Elmar Altvater, diskutierten die Junglehrer die „Sozialstaatillusion", der besonders leicht die im Ausbildungssektor Tätigen unterliegen. Ihnen erscheint der Staat als eine neutrale Institution, die vorhandene Ressourcen nach „Gemeinwohl"-Gesichtspunkten verteilt. Hingegen ist dieser in seiner Abhängigkeit von den gesellschaftlich herrschenden Eliten zu durchschauen, für die er die „notwendige Qualifikation und Anpassung der zukünftigen Arbeitskräfte" durch sein Ausbildungssystem gewährleistet. „Der Spielraum für seine Entscheidungen ist durch die Struktur des kapitalistisch organisierten Wirtschaftssystems und der bestehenden Machtverhältnisse bestimmt." Auch eine sozial-liberale Regierung kann sich über diese Zwänge nicht hinwegsetzen, ihre „Reformpolitik" im Bildungsbereich muß sich an den „ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse" orientieren und dient der „langfristigen Sicherung des kapitalistischen Wirtschaftssystems".

Grundsatz- und Detailkritik zeitigten als Ergebnis: Die AjLE-Bundestagung lehnte einmütig den „Zwischenbericht" zu einem Bildungsgesamtplan ab und beschloß, der „durch die Bildungspläne gekennzeichneten Entwicklung entschlossen entgegenzutreten".

Über diese Diskussion ergab sich der erste Dissens zur gegenwärtigen GEW-Politik. Die Gesamtorganisation diskutiert erst in Ansätzen über gewerkschaftliches Selbstverständnis aufgrund einer vorangegangenen politökonomischen Analyse. Deshalb werden dort die zurückgenommenen Reformansätze im Bildungsbereich wie dessen konkrete Mängel als überwindbare Symptome einer zu ändernden falschen Politik verstanden, nicht aber als Folge einer grundsätzlich zu verändernden Gesellschaftsstruktur.

Weitere politische Differenzen traten offen zutage, als GEW-Vorsitzender Frister sich der Diskussion mit den Junglehrern stellte.

Nach dem Bundeskongreß 71 der GEW in Kiel rumort es in der Organisation. In der Tradition von „Lehrervereinen" verhaftete Beamte hatten als „Linksdruck" mißverstanden, daß die Gewerkschaft begann, sich als Gewerkschaft zu verhalten. Das gilt insbesondere für den Beschluß, einen Streikfonds einzurichten und eine Streikordnung anzunehmen. – Der durch Austritte erhärtete Protest dagegen in Teilen der Mitgliedschaft veranlaßte in der Folgezeit den Vorstand, die Kongreßbeschlüsse limitierend zu interpretieren. Man wollte den einst gezeigten Mut selbst nicht mehr wahrhaben. Frister bezog vor den Junglehrern den Streikbeschluß auf die Angestellten unter den Mitgliedern – die ohnehin schon zuvor und unbestritten das Streikrecht hatten – und vertröstete im übrigen auf die DGB-Initiative zur Neuordnung des Beamtenrechts in ein Status- und Folgerecht unter Einschluß des Streikrechts.

Die Bundestagung hingegen bekräftigte den Kongreßbeschluß der Gesamtorganisation und betonte ihren Willen, das Streikrecht auch für Beamte ebenso „wie die Arbeiter durch harten Kampf zu erringen".

Vollends enttäuscht waren die Junglehrer über Fristers Meinungen zur Disziplinierungskampagne gegen die Linken im öffentlichen Dienst. Sie warfen ihm vor, die politische Funktion der Hamburger Senatsentscheidung zu unterschlagen und diese vordergründig als Rechtsproblem auszugeben. Der Eklat war vollends da, als Frister sich hinter „Abgrenzungsbeschlüsse" einiger GEW-Landesverbände stellte und damit rechtfertigte, daß jedermann „seine politische Auffassung" äußern könne und zudem aufgrund der historischen Erfahrungen eine Abgrenzung von Kommunisten erforderlich sei. Vor allem jene Delegierten, die Frister erstmals hörten, konnten dessen linkes Image mit solchen Äußerungen nicht in Einklang bringen. Was blieb, waren Unverständnis und Enttäuschung darüber, nun nicht mehr mit einem zuvor als verläßlich geltenden und vermittelnden Bündnispartner rechnen zu können.

Schließlich konnten die Junglehrer Fristers Taktik nicht akzeptieren, sie in die Sektenecke für „Linksextreme" zu drängen, um selbst als Mann der Mitte zu erscheinen. Nach ihrer Auffassung hätte er wissen müssen, daß die große Mehrheit der im AjLE aktiven jungen Erzieher sich deutlich von solchen Gruppen abgrenzt, die gewerkschaftliche Arbeit als Vehikel benutzen, dabei aber – nach eigenem Zeugnis – nicht „die Stärkung der von den wirklichen Auseinandersetzungen ablenkenden GEW, sondern die Entfaltung des Schulkampfes mit einer antikapitalistischen Stoßrichtung" beabsichtigen.

So ging Fristers Absicht nicht auf. Was als Warnung vor sektiererischer Eigenbrötelei gemeint war, wurde unter der Hand zur Solidarisierungswelle aller Fraktionen des AjLE; was zur realitätsbewußten Diskussion über strategische Möglichkeiten und richtige Taktik anregen wollte, wurde zur Konfrontation zwischen Junglehrern und Vorsitzendem.

Dabei waren jene durchaus bereit, den blinden Konflikt mit der Gesamtorganisation zu vermeiden. Entgegen der ursprünglichen Absicht verzichtete die Bundestagung z. B. darauf, eine ausformulierte sozialistische Strategie zu Papier zu bringen, um nicht überflüssig zu provozieren. Umso enttäuschter mußten jene sein, die für das stetige Bemühen eingetreten waren, die theoretische Arbeit in der GEW voranzutreiben und deren Ergebnisse so behutsam zu vermitteln, daß die Fähigkeit zum solidarischen Handeln im konkreten Fall nicht gefährdet wird.

Trotz dieser Differenzen zeigten die Junglehrer ihren guten Willen. Sie beschlossen, das „Aktionsprogramm" der GEW zur Bildungsreform zu unterstützen. Und vielleicht zeigt gerade dieses Unternehmen, daß hinter der von Frister inszenierten Konfrontation mehr Taktik als grundsätzliche strategische Differenzen stehen. Das angekündigte „Aktionsprogramm" macht nämlich den Versuch, gemeinsam mit den Industriegewerkschaften die Arbeiter zu bewegen, ihre Interessen und die ihrer Kinder im Ausbildungsbereich aktiv wahrzunehmen; Mobilisierung an der Basis und nicht allein Arbeit in Gremien war ein zentrales Postulat der Junglehrertagung.

EKKART WEIL

Neu im Verlag des

POLITLADEN ERLANGEN:

- Mehrwert
  Schriftenreihe zur Kritik der politischen Ökonomie
- Marx / Engels
  Briefe über „Das Kapital", 404 S. ca. DM 6,–
- Sinowjew, G.
  Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – Hamburg 1923 –
  Mit einem Vorwort, 240 S. ca. 6,–
- Larin / Kritzmann
  Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917–1920 – Berlin 1921 –
  180 S. ca. 5,–

Alle Titel erscheinen im Laufe des Frühjahrs.
Verlagsinformationen – besonders zur Schriftenreihe MEHRWERT – bitte anfordern.

Alle Titel erhältlich im linken Buchhandel!

Politladen, 852 Erlangen, Hindenburgstraße 17

Kleinanzeigen

Neu im Vertrieb

Internationale Marxistische Diskussion 21, Massimo L. Salvadori/ Vittorio Rieser: Rätesystem und Maoismus, DM 5,—
Autorenkollektiv Liebel, Marzahn u. a.: Gefesselte Jugend — Fürsorgeerziehung im Kapitalismus, DM 8,—
Fritz Vilmar: Mitbestimmung am Arbeitsplatz, DM 9,80
Kerbs (Hrsg.), Brückner, Gottschalch, Klönne, Vester u. a.: Die hedonistische Linke, DM 9,80
Bezug über Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postf. 591

Kriminalisierung

Info zur Kriminalisierung der sozialistischen Opposition in der BRD. Teach-in-Beiträge, Reden, Solidaritätsadressen, Brückner-Interview. Komitee „Solidarität mit Peter Brückner", c/o Theo Becker, 3 Hannover, Gehägestr. 131 (DM 1,— in Briefmarken beilegen).

Bilanzprofite

Entschleiern für fortschrittliche Betriebs- und Basisgruppen den wirklichen Bilanzprofit — wichtiger Faktor in der Agitation. BWL-Basisgruppe, c/o K. Werner, 673 Neustadt, Pulverturmstr. 5. Interessenten können Betriebsbilanz — alle Rechtsformen — einsenden (und DM 5,- — dient unserer politischen Provinzarbeit) und erhalten schnell die entschleierte Bilanz.

Bezugsperson

Kinderladen (Frankfurt/Main-Westend) sucht für 8 Kinder eine Bezugsperson für Montag bis Freitagvormittag. Kontaktadresse: M. Miller, 6 Frankfurt 1, Liebigstr. 60, Telefon 72 44 95.

„Strafvollzug"

UNBESTIMMT — Zeitung der Jugendstrafanstalt Schwäbisch Hall. Probeheft über Verein für Gefangenen- und Entlassenenfürsorge, 717 Schwäbisch Hall, Postfach 360 (DM 1,— in Briefmarken beifügen).

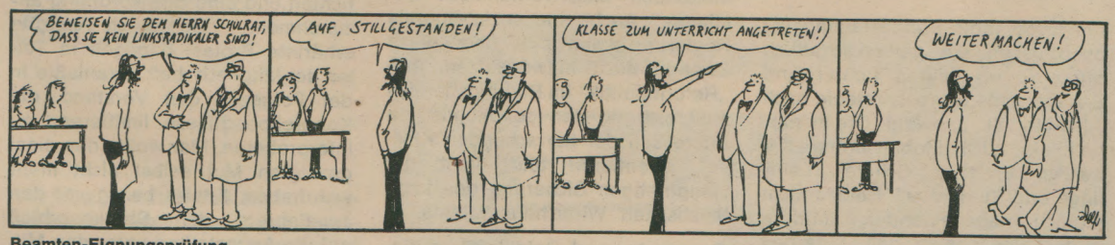
Obdachlosenunterkünfte

Ende vergangenen Jahres ereignete sich in Köln ein Skandal, der in der Öffentlichkeit nahezu totgeschwiegen wurde: Betroffen sind mehrere kinderreiche Familien aus Kölner Obdachlosenunterkünften. Hierzu gibt es jetzt die Dokumentation „Seuchengefahr" bei Interessengemeinschaft Obdachlosigkeit, 5 Köln 91, Auf dem Sandberg 21 b.

Paper Ökonomie

Kurzreferat über die ökonomische Entwicklung in der BRD. Bezug: Gruppe Solidarität, c/o Hans Hanke, 413 Moers, Ostring 11 (50 Pfennig in Briefmarken beilegen).

Bericht über die Arbeitstagung sozialistischer Lehrer



Beamten-Eignungsprüfung

STERN 8/1972

Am 29. und 30. Januar 1972 fand in Frankfurt die zweite überregionale Arbeitstagung für sozialistische Lehrer statt, zu der der SLB-Frankfurt und das Sozialistische Büro eingeladen hatten (siehe „links", Januar 1972). An der Tagung nahmen über 650 Lehrer und Hochschulangehörige (darunter 30% Studenten) aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin teil. Nach einer etwa einstündigen Programm-Beratung im Plenum am Samstagnachmittag wurde bis zum späten Abend in den angekündigten Arbeitsgruppen getagt, die sich alle — wegen der großen Teilnehmerzahl — wiederum in Untergruppen teilten. Die Arbeitsgruppe „Gesamtschule" war am meisten frequentiert, die Gruppe „Grundschule/Kinderläden" fand das nächstgroße Interesse, gefolgt von „Polytechnik" und „Traditionelles Schulwesen" mit je über 100 Teilnehmern. Am Sonntag wurde bis 14 Uhr im Plenum diskutiert; die Gruppen berichteten über den Gang ihrer Arbeit am Vortag. Abschließend bildeten sich Gruppen nach regionalen Gesichtspunkten, in denen verbindliche Absprachen über die weitere organisatorische Zusammenarbeit in den einzelnen Bundesländern getroffen wurden.

Bis auf die Arbeitsgruppe „Grundschule/Kinderläden", die sich vor allem auf die Erörterung des Verhältnisses von antiautoritärer Erziehung und sozialistischer Erziehung und auf die Praxiserfahrungen im „Rödelheimer Modell" (antiautoritäre Kinder im 1. Schuljahr) konzentrierte, wurde in den Arbeitsgruppen weniger stringent am „Gruppenthema" gearbeitet, sondern aktuelle Fragen zur Theorie, Praxis und Strategie sozialistischer Lehrer in der BRD standen dort im Mittelpunkt. Wie die Berichte im Plenum zeigten, lassen sich die Schwerpunkte der in den Gruppen behandelten Probleme in folgenden fünf Punkten zusammenfassen:

— Klassenanalyse, Bildungsökonomie, Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft im Ausbildungssektor, Fragen der „richtigen" theoretisch-politischen Linie;

— Beschluß der Innenministerkonferenz (Berufsverboterlaß) vom 28. 1. 1972; „Kriminalisierung der Linken", Angriff auf die berufliche Existenz sozialistischer Lehrer;

— Schule: Lehrer — Schüler: Eltern. Anknüpfung an dem Interesse der Lehrerschaft als Schicht; Zusammenarbeit mit Schülern und Eltern; Mitarbeit in Planungsgruppen und Gremien?; welche Schulform, welcher Schultyp erhalten Vorrang?

— Organisationsfragen sozialistischer Lehrer; Verhältnis zu und Strategie der Arbeit in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW); Funktion des SLB — „einheitsfrontliche" Organisation der sozialistischen Lehrer?

— Zusammenarbeit von Lehrern und Lehrerstudenten; Verhältnis zu den sozialistische Organisationen der Studentenschaft.

Ein 13-Punkte-Papier des SLB-Frankfurt und des Sozialistischen Büros — das unten abgedruckt ist — zur Situation und Aufgabe der sozialistischen Lehrer in der BRD wurde als Diskussionsplattform für die weitere Arbeit in regionalen Zusammenkünften akzeptiert.

Kleiner linker Digest

Berliner Extradienst 8/IV/1972, ED-MEMO: „1940 traten nach Revolutionen in Lettland, Litauen und Estland diese drei Staaten, die bis 1918 zu Rußland gehörten, wieder der UdSSR als Unionsrepubliken bei."

Kommentar von Radio Tirana: „Dies ist wirkliche überzeitliche Größe. Es handelt sich um eine der genialen Taten des Genossen Stalin, sich wie ein Fisch im Wasser der Revolution zu bewegen, ohne naß zu werden. Die Art der Revolution ändert nichts an ihrem Wesen, und manche Folge muß sich eine Ursache suchen."

Humanité Dimanche, Organ der Kommunistischen Partei Frankreichs: „Eine Welt ohne Werbung ist undenkbar bei der Vielfalt der vorhandenen und neuen Produkte auf dem Markt. Wir legen Wert darauf, daß unseren Lesern diese kommerzielle Information so mannigfach und so umfassend wie möglich zugänglich wird."

Kommentar von Radio Eriwan: „Hiermit ist ein neuer Schritt zum Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte getan. Werbearbeiter aller nichtmonopolistischen Schichten vereinigen sich!"

Eine ausführliche Analyse der Arbeitstagung sowie eine umfängliche Dokumentation wird der SLB im nächsten INFO vorlegen. Hier sollen vorläufig nur einige bemerkenswerte Punkte angedeutet werden, die die Arbeitstagung kennzeichneten:

1. Im Unterschied zu der vorbereitenden ersten Arbeitstagung im Januar 1971 wurde die damals auffällig rigide Trennung von Theorie und Praxis selbst problematisiert. Fragen der Lehrerpraxis an den Schulen und die allseits für dringend notwendig erachtete konkrete Perspektive einer nicht dogmatisch-sektenhaften politischen Organisation der sozialistischen Lehrer wurden eingehend untersucht. Anarchistische Züge der Diskussion — wie sie bei ähnlichen Treffen in der „antiautoritären Phase" noch selbstverständlich waren — traten ganz zurück. Der Arbeitsstil war geprägt von einem hohen Maß an Selbstdisziplin und spontaner Selbstorganisation.

2. Der massive Angriff der herrschenden Klasse auf die berufliche Existenz sozialistischer Lehrer rückte die Fragen nach einer wirksamen Verteidigung der Grundrechte und die nach der Absicherung der politischen Arbeit im Beruf in den Vordergrund. Unter dem Druck des Gegners erfahren Lehrer angesichts des Berufsverbotserlasses ein Stück der Unsicherheit der beruflichen Reproduktionsmöglichkeiten, mit der die Arbeiterklasse insgesamt permanent konfrontiert ist. Dieser Druck zwingt zur Organisation — auch in syndikalistischen Organisationen.

3. Die Tatsache der Isolierung, unter der viele Genossen vereinzelt in der „Provinz" arbeiten, drängt nach Schaffung eines größeren kommunikativen Zusammenhalts. Damit hängt auch eine teilweise übersteigerte Erwartungshaltung an eine solche Arbeitstagung zusammen, in der manche Genossen glaubten, die anstehenden Probleme könnten sofort von einer bestehenden Organisation wie dem SLB gelöst werden. Darin war der SLB naturgemäß im jetzigen Stadium überfordert.

5. In der Arbeitstagung lag ohne Zweifel ein mobilisierendes Moment: die konkreten Beschlüsse im Hinblick auf den Aufbau regionaler Organisationen beweisen das unter anderem.

Der SLB Frankfurt und das Sozialistische Büro haben in diesem Prozeß eine Art Katalysator-Funktion übernommen, die organisationsstiftend wirkt.

Die Einschüchterungsversuche gegenüber Sozialisten im Schuldienst von seiten der SPD und CDU haben nicht lähmend gewirkt, sondern im Gegenteil zu intensiver Arbeit angespornt.

SLB-FRANKFURT

Dokumentation Berufsverbot

Wir bereiten eine Dokumentation „Berufsverbot" vor. Informationen über Relegationen, Disziplinarmaßnahmen etc. im öffentlichen Dienst erbeten an Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Telefon 06 11 - 83 25 93.

slb-strategie

Zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern

Der Sozialistische Lehrerbund (SLB) Frankfurt und das Sozialistische Büro stellen die nachfolgenden Thesen zur Situation und Aufgabe von sozialistischen Lehrern in der BRD zur Diskussion. Auf der Arbeitstagung sozialistischer Lehrer am 29./30. Januar 1972 in Frankfurt wurde vereinbart, daß dieses Diskussionspapier als Grundlage für die Zielsetzung der regionalen Lehrer-Tagungen (die in den nächsten Monaten in den einzelnen Bundesländern stattfinden werden) dienen soll.

I.

Noch vor einigen Jahren glaubten viele progressive Lehrer, die angekündigten Reformen im Schulwesen würden die Chance bieten, das verrottete Schulwesen in der BRD qualitativ und strukturell von Grund auf zu ändern. Es hat sich jedoch gezeigt, daß weder „Chancengleichheit", „optimale Förderung jedes einzelnen Schülers" noch „Demokratisierung der Schule" und grundsätzliche „Curriculumrevision" beim Fortbestand des kapitalistischen Systems in der öffentlichen Schule zu verwirklichen sind. Selbst die technokratischen Maßnahmen zur Reparatur eines Schulwesens, das dem aktuellen sozioökonomischen und technologischen Zustand der Gesellschaft nicht mehr entsprach, sind in den Anfängen steckengeblieben, teils wegen mangelnder — oder zu diesen Zwecken nicht bereitgestellter — Geldmittel, teils aufgrund der Konzeptions- und Konsequenzlosigkeit der „Schulreformparteien".

II.

Diese Tatsache kann nur durch eine materialistische bildungsökonomische Analyse erklärt werden:

- aus dem widersprüchlichen Verhältnis von Arbeitsplatzstruktur und Berufsstruktur: einerseits besteht die Notwendigkeit eines quantitativ höheren out-puts an qualifizierten Arbeitskräften; andererseits erfolgt eine Dequalifizierung immer größerer Teile der arbeitenden Bevölkerung, die auf handlangende Tätigkeiten abgerichtet werden sollen;
- aus dem Widerspruch zwischen der notwendigen gesellschaftlichen Planung von Produktions- und Qualifikationsprozessen und der allein am Prinzip der Profitmaximierung orientierten anarchischen Konkurrenz der verschiedenen Kapitalfraktionen;
- aus dem Widerspruch zwischen deklamatorisch geforderter Einlösung von Verfassungsgarantien (Chancengleichheit, politische Mündigkeit, Bildungsgerechtigkeit), und der fortdauernden Klassengliederung der Gesellschaft, die die reale soziale Emanzipation ihrer Mitglieder verhindert und die Schule als Instrument der Selektion und ideologischen Anpassung benötigt.

Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit hat die Art der proklamierten Reformen selbst determiniert. Sie mußten Scheinreformen bleiben, weil sie die grundlegenden Funktionen der Schule im Kapitalismus nicht anrührten und nur solche Veränderungen anstrebten, die im Rahmen der Systembedingungen „machbar" waren und mit ihnen nicht kollidierten. Die exakte, detaillierte, bildungsökonomische Analyse der Widersprüche im Erziehungssektor durch weitere intensive theoretische (Schulungs-)Arbeit an den Schulen und Universitäten wissenschaftlich voranzutreiben, ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Genossen im Schulwesen. Dabei müssen auch die Erscheinungen der Schulwirklichkeit durchdrungen werden.

III.

Der sozialistische Lehrer befindet sich in einem kapitalistischen Staat selbst in einer antagonistischen Rolle: er ist einerseits Agent der Herrschaftsinteressen der kapitalistischen Gesellschaft — vielfältig vermittelt durch Beamtenstatus, Elternerwartungen, Lehrpläne, Prüfungen usw. — und erhält damit die objektive Funktion (die mit bestimmten Privilegien verbunden ist), die Reproduktion dieser Gesellschaft in die folgende Generation zu besorgen.
Andererseits interpretiert er sich als Anwalt der Interessen der zu Erziehenden nach Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Abschaffung bestehender Emanzipationsbarrieren, deren stärkste in der Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft liegt.
Er versteht sich außerdem als Teil der sozialistischen Kräfte der Arbeiterklasse.

IV.

Aufgabe eines sozialistischen Lehrers ist es, solidarisch und konsequent sowohl an seinem Arbeitsplatz „Schule", als auch im Kontext der aufzubauenden sozialistischen Massenorganisationen dafür zu arbeiten, daß die Herrschaft des Kapitals und seiner Ideologieagenturen gebrochen wird und der Weg zu einer Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft in eine sozialistische frei wird.

V.

Ein wichtiger Beitrag zur Ebnung dieses Weges liegt in der Erschütterung des Legitimationseinverständnisses der heranwachsenden Generation mit dem bestehenden System, d. h.: in dem Abbau der autoritären Charakterstrukturen (dem kapitalistischen Lebensplan im proletarischen Kind — Kanitz) und dem Aufbau von kognitiven, emotionalen, affektiven und politisch-handlungsrelevanten Fähigkeiten, das bestehende System als Klassensystem zu begreifen, in marxistischen und gesellschaftlichen Kategorien denken zu lernen und die Kenntnisse und Mittel zu erwerben, die es jedem Heranwachsenden erlauben, sowohl in der vorhandenen Gesellschaft halbwegs „glücklich" zu bestehen, als auch an ihrer Umgestaltung aktiv mitzuwirken.

Prinzip dieser Einwirkung auf die Schüler kann nicht die Vermittlung von Glaubenslehren — „Indoktrination" — sein, sondern das der Aufklärung und der Identifikation. Dabei bedeutet „kritische" Aufklärung und Identifikation gleichzeitig, allen am Lernprozeß Beteiligten gerade auch die Mittel zu erschließen, die Interessen, Wünsche, Urteile der „Vermittler" beurteilen zu können. „Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß der sozialistische Lehrer auf jede Propaganda verzichten kann. Er hat nichts weiter zu tun, als den Schülern und Studenten wirklich Tatsachen vorzulegen und ihnen zu zeigen, wie man denken kann, keinesfalls, was sie denken sollen." (Herbert Marcuse, in: links, Nr. 24, Juli/August 1971, Seite 14.)

VI.

Die Berufspraxis eines sozialistischen Lehrers muß demnach auf folgende Hauptpunkte hin orientiert sein:

- nachhaltig die Interessen der arbeitenden Klasse zu vertreten und deren soziale Emanzipation und Bewußtwerdung zu fördern versuchen; (die Beschränkung auf „Hauptschüler" oder „C-Kurs-Schüler an Gesamtschulen" allein würde die Definition der „Arbeiterklasse" sozio-ökonomisch auf etwa 1/3 der Schüler langfristig fixieren. Gerade das Eingehen auf die Bedürfnisse, das Aspirationsniveau und die ideologischen Prägungen der sogenannten Mittelschichtkinder, die perfekt ins System integriert sind, stellt eine wichtige Aufgabe für sozialistische Lehrer aller Schulformen dar);
- all die Inhalte und Methoden aus dem Schulunterricht zu entfernen, die dieser Bewußtwerdung entgegenstehen; an dem Problem experimentell und theoretisch zu arbeiten, wie affirmative Lernprozesse in der Schule in kritisch-politische didaktisch und methodisch umschlagen;
- eine allgemeine, polytechnische Ausbildung zu vermitteln, die die intellektuellen und manuellen Fähigkeiten der Schüler entwickelt, selbstbestimmend die Produktivkräfte zur Befreiung und Befriedigung der eigenen Bedürfnisse zu nutzen;
- solche Lehrmethoden zu praktizieren, die die Selbstbestimmung in den Lerngruppen ermöglichen, autoritäre Charakterstrukturen abbauen helfen und politisch handlungsfähig machen.

VII.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß eine solche Erziehungskonzeption nicht nur die Kinder, sondern auch, als die wichtigsten primären Sozialisationsinstanzen, deren Elternhäuser betrifft. Da eine relevante sozialistische außerschulische Jugendorganisation und -kultur zur Zeit nicht besteht, wird eine Politisierung in der Schule nur zu leicht von der ideologischen und materiellen Zwangssituation im Elternhaus paralysiert. Intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit mit den Eltern, gemeinsam mit den Schülern, ist deshalb zwingend notwendig (Schülerläden, Elternbasisgruppen, Eltern-Lehrergruppen).

VIII.

Eine weitere wichtige Aufgabe der sozialistischen Lehrer ist es, innerhalb ihres Kollegiums von Lehrkräften dem reaktionären und zum Teil faschistischen Potential entgegenzuwirken. Das gelingt häufig allein schon dadurch, daß man die bestehenden Verhältnisse zum Tanzen zwingt, indem man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt (nach Marx). Das Prinzip abstrakter „Kollegialität" muß notfalls durchbrochen werden. Wenn sich viele Lehrer selbst interpretieren als mit dem Rücken zur Wand gegen Behörde, Schüler, Kollegen und Eltern Kämpfende, so muß der politisch-gesellschaftliche Kontext ihrer Situation vermittelt und notfalls der offene Angriff — gemeinsam mit Schülern — eingeleitet werden, um die objektiv reaktionäre Position von Lehrern zu entlarven.

IX.

Dies alles setzt voraus, daß die sozialistischen Lehrer nicht vereinzelt, sondern möglichst in Kollektiven arbeiten. Individuelle „Husarenritte" vermögen meist nicht qualitative Änderungen zu bewirken, sondern nur die psychische und arbeitsplatzmäßige Bedrohung des Einzelnen. Damit kollektive Lehrerpraxis ermöglicht wird, ist es notwendig, schon während des Studiums durch kollektive Praktika und später — möglichst durch kollektive Wohnformen abgestützt — kollektive Arbeitsplätze zu erschließen (auch auf dem „Lande"). Für die sozialistischen Lehrer wird es deshalb zwingend, den Genossen unter den Lehrerstudenten bei dieser Planung und Praxis zu helfen und ihnen ein projekt- und praxisorientiertes Studium zu erleichtern.

X.

Für die politische Arbeit unter den Kollegen ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die wichtigste Basis. Von den 270 000 Lehrern in der BRD sind etwa 120 000 in der GEW organisiert. Die sozialistische Analyse der Gewerkschaften in der BRD hat klar aufgezeigt, daß reformistische Tendenzen in den Industriegewerkschaften vorherrschen und wie illusionär es wäre, auf rein syndikalistischen Wegen revolutio-

näre Strategien verwirklichen zu wollen. Unter Berücksichtigung dieser richtigen Einschätzung – auch der GEW – stellen die in der GEW organisierten Lehrer dennoch zumindest den Teil der Lehrerschaft dar, der seit Mitte des 19. Jahrhunderts um seine eigene Emanzipation als Berufsgruppe, und um die Interessen einer demokratischen anti-elitären „Volksbildung" ringt und zumindest – im Gegensatz zu den Philologenverbänden und dem „Deutschen Lehrerbund" – begriffen hat, daß die Lehrer sich selbst als (wenn auch von der Revenue bezahlte) Arbeiter zu betrachten und im Kontext der Arbeiterklasse gewerkschaftlich zu organisieren haben.

Die GEW als die größte und politisch relevanteste Organisation der Lehrerschaft – abgesehen von den Tendenzen in den Kreis- und Landes verbänden, eine mit dem SPD-Establishment verquickte Aufstiegs- und Versicherungsagentur zu sein – muß von sozialistischen Lehrern als eine Plattform von Aufklärung und Agitation notwendigerweise benutzt werden, auch unter dem Aspekt, die progressiven – nichtsozialistischen – Kräfte in der GEW gegen den Angriff der Reaktion zu stützen. In einzelnen Kreis- und Bezirksverbänden der GEW und im AjLE hat diese Strategie sich bisher bewährt. Zur Intensivierung der Arbeit innerhalb der GEW ist es jedoch notwendig, daß sich die einzelnen sozialistischen Fraktionen innerhalb der Kreis-, Bezirks- und Landesverbände zu gemeinsamen Strategieabsprachen treffen.

XI.

Auf örtlicher oder Kreisebene gelten diese strategischen Prinzipien entsprechend. Deshalb halten wir die Gründung von Arbeitskreisen sozialistischer Lehrer auf Schul-, Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene für ein besonders wichtiges politisches Gebot. Dieser Prozeß der Selbstorganisation kann nicht zentral gesteuert werden, sondern bedarf der Initiative der betroffenen Genossen.

Bis zum Ende des Jahres 1972 sollte der Organisationsprozeß von sozialistischen Lehrern auf örtlicher und regionaler Ebene soweit vorangetrieben sein, daß eine Konferenz von delegierten Vertretern der arbeitenden Einheiten an der Basis über die weitere Organisationsstruktur von sozialistischen Lehrern in der BRD entscheiden kann.

XII.

Bis dahin wird der SLB-Frankfurt in enger Kooperation mit dem Sozialistischen Büro (Offenbach), durch den Info und die Möglichkeit der Publikation von „Materialien zur Unterrichtspraxis – Reihe Roter Pauker" und andere Publikationen, den notwendigen Kommunikationszusammenhang organisatorisch aufrechterhalten und ausbauen.

XIII.

Die aktuellen Schwerpunkte der Arbeit sozialistischer Lehrer in der

links

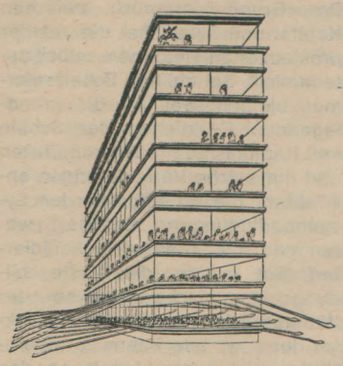
Schule sind die folgenden:

1. sich gegenseitig zu schützen, zu unterstützen und solidarisch zu verteidigen gegen die verfassungswidrigen Bestrebungen einzelner Landesregierungen und des Bundesinnenministeriums, Sozialisten und Kommunisten aus dem Schuldienst zu entfernen oder den Zugang zu ihm zu verwehren.

2. Die demagogische und objektiv falsche Gleichsetzung von „Rechts- und Linksradikalen" muß im Hinblick auf ihre antidemokratische Funktion der Öffentlichkeit, den Schülern, Eltern und Lehrern bewußt gemacht werden – auch durch Aktionen, Demonstrationen u. ä.

3. Ausgehend von einer exakten Analyse der schicht-, kultur- und klassenspezifischen Ausgangslage der Schüler muß eine Didaktik entwickelt werden, die nicht vom Phantom „sozialintegrativer" Lernprozesse oder der nur auf kognitiven Wissenserwerb ausgerichteten „didaktischen Differenzierung" ausgeht, sondern die sozialen und politischen Lernprozesse im Zusammenhang stabiler sozialer Bezugs- und Lerngruppen zum Zwecke gezielter politischer Sozialisation, verbunden mit allgemeiner, polytechnischer Ausbildung, zur Grundlage hat.

4. Die vordergründige „Rationalisierung" von Lernprozessen, verbunden mit ihrer inhaltlichen Entleerung zugunsten einer auf „Objektivierung" und „Operationalisierung" ausgerichteten Organisation der Lernvorgänge, muß bekämpft werden. Diese Art der funktionellen Rationalität verhindert tendenziell – wegen der ausgeblendeten Zweckreflexion – die Entstehung systemüberwindender Orientierung. Die Methoden ihrer Vermittlung



Die soziale Grundordnung!

selbst verhindern handlungsrelevante Verhaltensänderungen (Marx und „kritische Theorie" – objektiviert gemessen, d. h. angelernt – eröffnen nicht den Weg ins Freie, sondern produzieren sich selbst im Kontext des Systems: d. h. repressiv).

5. Die Forderung nach Auflösung der vertikalen Struktur des Schulwesens zugunsten von Gesamtschulen – angefangen bei Vor- und Grundschule – die eine „Leistung" hervorbringen, die primär den subjektiven Interessen der Kinder und den objektiven der Arbeiterklasse nützt, muß verdeutlicht und ansatzweise praktiziert werden.

6. Die sozialistischen Lehrer aller Schularten und -stufen müssen ihre curricularen Konzepte und Erfahrungen den Genossen schnell und direkt zugänglich machen. Kollektive Arbeit an Unterrichtsprojekten, die an komplexen Phänomenen fächerübergreifend orientiert sind, müssen in den Bereichen Polytechnik, Naturwissenschaft, Politik, Sprache, ästhetische Erziehung, Spiel entwickelt, erprobt und publiziert werden.

7. Gemeinsam mit anderen sozialistischen Genossen aus Gewerkschaften und Parteien müssen sozialistische Lehrer aktiv dafür eintreten, daß den Schulabgängern (vor allem der Haupt-, Real- und Berufsschulen) an ihren beruflichen Arbeitsplätzen geholfen wird, – praktisch, konkret und politisch (Jour fix, Schüler- und Lehrlingszentren).

8. In der Frage des „sozialistischen Lehrerstudiums" müssen sozialistische Lehrer zusammen mit den Studenten Modelle praxis- und projektorientierten Studiums entwikkeln, die gleichzeitig für die 2. Phase der Lehrerbildung relevant sind.

9. Durch Bürgerinitiativen, Beteiligungen an Volkshochschulen und gewerkschaftlicher Schulungsarbeit und an der Gestaltung der Vorschulerziehung (Kinderläden, Kindertagesstätten) müssen sozialistische Lehrer initiativ werden, um die Aufklärungsprozesse in Gang setzen zu helfen, die bei Kindern und Eltern notwendig sind, um sie für eine geänderte Erziehung zu einer anderen Gesellschaft aufgeschlossen zu machen.

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer, Klaus Vack (presserechtlich verantwortlich) ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,– zuzüglich DM 2,40 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegt der Prospekt „links" bei.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab 1. 1. 1972

(Bezugspreis für das Jahr 1972 DM 15,–, zuzüglich DM 2,40 Versandkosten – einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokkonto Nr. 17 41 26 95 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt – erstmals zum 31. 12. 1972 – werden.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift